

GESCHICHTE

**Taiwan
und China**
Die Wurzeln des
Konflikts



Helden der Nation

Wie die Schweiz
zum Staat der Bauern wurde

Seite 18

Rom ist nicht alles

Zur Antike gehören auch
Indien oder China, sagt der
Historiker Raimund Schulz

10

Guten Morgen!

Von Glocken und Weckern
bis zur Snooze-Taste: Eine
Geschichte des Aufwachens

72

Lawinen

Der Katastrophenwinter
1951 stellte die Existenz
der Schweiz infrage

88

Weiterbildungsprogramm in Applied History 2026–2028

Der MAS Applied History bietet eine praxisorientierte Ausbildung auf hohem Niveau, die Ihre berufliche Qualifikation auf einzigartige Weise ergänzt. Sie eignen sich analytische Fähigkeiten an, schulen Ihre Kommunikationskompetenz, erweitern Ihren Bildungshorizont und erwerben in konzentrierter Form historisches Wissen. Gut 100 Dozierende unterrichten Sie in Zürich und im Rahmen mehrtägiger Schools, die in Georgien, auf Sizilien, in Kolumbien und entlang der maritimen Seidenstrasse in Südostasien stattfinden.

Ihr Profil: Sie sind vielseitig interessiert, verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium in einer beliebigen Fachrichtung oder über eine vergleichbare Qualifikation (Entscheidung über die Aufnahme sur dossier). Das zweijährige, berufsbegleitend angelegte Studium behandelt in 29 Modulen u.a. folgende Themen:

- Geschichte und Zukunft der Demokratie
- Aktuelle Probleme der Schweizer Wirtschaftspolitik
- Zyklen der Finanz- und Wirtschaftskrisen
- Urbanisierung von der antiken Polis zur Megacity
- Aufstieg und Fall von Imperien
- Welterperspektiven: Lateinamerika, Naher Osten, Russland

Vier verschiedene Studiengänge stehen Ihnen offen:

- MAS Applied History (CHF 24 900)
- DAS Applied History (CHF 17 900)
- CAS Applied History (CHF 9960)
- CAS Applied Economic History (CHF 9960)

Das 21. Curriculum 2026–2028 beginnt am 5. Juni 2026.
Anmeldefrist: 15. April 2026.

Anmeldung und Auskünfte

MAS Applied History
Universität Zürich
Historisches Seminar
Culmannstrasse 1
8006 Zürich

applied-history@hist.uzh.ch
mas-applied-history.ch
044 634 47 97



Liebe Leserin, lieber Leser

Wer im Mittelalter gegen die Eidgenossen wettern wollte, konnte aus einer Palette von Kuh-Wörtern wählen: Kuhmelker, Kuhbegatter, Kälbermacher oder einfach Kuhschweizer schimpften Deutsche und Österreicher ihre Nachbarn. Die Schweiz, sollte das heissen, war von ungehobelten, ja sittenlosen Bauern dominiert. Manche Eidgenossen machten aus dem Spott eine Tugend und trugen Kuhschwänze als Abzeichen. Das ist sinnbildlich für eine breitere Entwicklung: Das «Bäurische», das man ihnen vorhielt, haben die Schweizer hervorgekehrt und das Einfache und Bodenständige zum Wesenskern des Landes erklärt. «Schweizerart ist Bauernart», lautete noch im 20. Jahrhundert der Spruch dazu.

Man kann das leicht als Mythos entkräften: In der Eidgenossenschaft waren die Städte tonangebend, und der Bundesstaat wurde von Eliten gegründet. Aber interessanter ist, wie kräftig der Mythos wirkt: Heute sind die Bauern im Bundeshaus ein Machtfaktor – und zwar nicht zuletzt wegen des heroischen Bilds, das man links wie rechts von ihnen pflegt. Mehr dazu in unserer Titelgeschichte.

Apropos Helden: Am 27. März dürfen wir einen unserer treuesten und originellsten Autoren zu einem Gespräch im Landesmuseum Zürich begrüßen. Der Kulturwissenschaftler Christoph Ribbat wird mit meinem Kollegen Daniel Di Falco über die «Geschichte der Dinge» sprechen. Und vielleicht auch von seinen ersten Erfahrungen mit einer Fitnessstation namens «Autark» berichten – aber lesen Sie selber ab Seite 6. Ich wünsche Ihnen anregende Lektüre.

Claudia Mäder, Redaktionsleiterin

PS. Tickets für die Veranstaltung vom 27. März: nzz.ch/live



**Kommt es zu einem Klimawandel
im Gebirge, wenn man die
Bildung von Lawinen unterbindet?
Im Oktober 1954 werden
Lawinensperren am Berg oberhalb
von Airolo errichtet.**

→ Seite 88

Bild: Keystone / Photopress-Archiv / Str

Das Ding

6 Hantel

Gewichtheben ist mehr als Selbstoptimierung:
Es hat immer auch Gemeinschaft gestiftet.

Von Christoph Ribbat

Interview

10 Vernetzte Antike

Von Alexander dem Grossen bis zum Kaiser von
China: Raimund Schulz erklärt, wieso man die
antike Welt als grossen Raum betrachten sollte.

Von Thomas Ribi

Bauern

18 Die Macht der Bauern

Sie galten als mythische Ahnen der Nation, doch
in der Politik hatten die Landwirte lange wenig
zu sagen. Dann wurde der erste Bauer Bundesrat.

Von Patrick Feuz, Rahel Freiburghaus
und Adrian Vatter

34 Zwischen Staat und Scholle

Früher hatten die Bauern das Volk zu ernähren,
heute bekommen sie vom Staat auch Geld für
Umweltschutz. Die Geschichte der Agrarpolitik.

Von Angelika Hardegger

40 Die verkannte Revolution

Der Bauernkrieg von 1653 spielt in der Schweizer
Erinnerungskultur kaum eine Rolle. Warum?

Von Gerhard Meister

52 Motoren wie wir

Kühe, Pferde und Hunde trieben die Moderne an.

Von Claudia Mäder

60 Saftige Geschäfte

In Florida machten Investoren viel Geld mit
Orangen – bis ein Wurm dazwischenfunkte.

Von Frank Uekötter

Schlüsselmomente

68 Taiwan

Die Wurzeln des heutigen Konflikts: 1949
spaltete sich China – in die Volksrepublik auf
dem Festland und in die Republik auf Taiwan.

Von Ute Frevert

72 Die Menschheit am Morgen

Augen auf – und dann? Der Start in den Tag hat
sich seit dem Mittelalter stark verändert.

Von Christoph Ribbat

84 «An alle!»

Der öffentliche Rundfunk gibt heute viel zu
reden. Aber wie ist er eigentlich entstanden?

Von Claudia Mäder

88 Der Plan zur Abschaffung des weissen Todes

Nach dem Lawinenwinter 1951 sah der Bundesrat
die Existenz der Schweiz gefährdet. Es folgte eine
beispiellose Aufrüstung gegen die Naturgefahr.

Von Daniel Di Falco

Wege zum Wissen

98 Das Unbewusste

Sigmund Freuds Theorien haben einen neuen
Umgang mit psychischen Leiden begründet.

Von Martin Amrein und Daniel Röttele

Zugaben

106 Werkstatt

Besuch in Diepoldsau, wo ein Teil des Schweizer
Memorials für die NS-Opfer am Entstehen ist.

Von Urs Hafner

110 Empfehlungen

114 Das Buch meines Lebens

Von Lorraine Daston

Hantel

Menschen, die beim Krafttraining Gewichte heben?
Man mag sie für Knechte halten – Knechte, die einsam
für den Fitnesswahn schufteten. Doch die Hantel
war immer auch ein Ding, das Gemeinschaft stiftete.

Text Christoph Ribbat **Illustration** Andrea Ventura

Die allerersten Hanteln sah die Menschheit bei den Olympischen Spielen im antiken Griechenland. Für die Einrichtung dieser Eventreihe, begonnen 776 Jahre vor Christus, kann man die Hellenen wirklich nur bewundern. Die Sieger erhielten nichts als einen Olivenzweig pro Kopf, vorbildlich kostengünstig, während der Wettkämpfe pausierten militärische Konflikte, und im Rahmenprogramm lasen Historiker aus ihren Werken.

Besonders faszinierend aber: die Hanteln. Sie waren für Weitspringer gedacht, nicht für Gewichtheber. Man wusste, dass sich mit Zusatzpfunden in den Händen mehr Schwung holen liess. Zu leicht durften die Objekte nicht sein, dann gab es keinen Effekt. Waren sie zu schwer, dann bremsten sie nur. Aber mit genau richtig proportionierten Hanteln flog der selbst ebenfalls wohlgeformte Athlet – wie üblich: nackt und mit Olivenöl eingeschmiert – auf spektakuläre Weite, und das vor bis zu 50 000 Zuschauern aus der gesamten mediterranen Welt und sicher auch einigen sportinteressierten Göttern. Und wo sind wir Menschen nun gelandet? In der spröden Gegenwart, in der wir

zwecks gymnastischer Stärkung unseres uneingeöhlten, ja in der Tat eingerosteten Körpers zu Gewichten greifen sollen, um unseren fragilen Gesundheitssystemen nicht zu sehr zur Last zu fallen. Anders gesagt: Wir befinden uns, es ist ein früher Dienstagabend, in einer Filiale der Kraftsportgerät-Geschäftskette namens Hammer Fitness, siebzehnmals in der Schweiz und in Deutschland zu finden. «3,2 Millionen zufriedene Kunden», verkündet die Werbung der Hammer Sport AG. In dieser spezifischen Zweigstelle allerdings, zwischen einem Biosupermarkt und einer Sushibar gelegen, sind wir mit zwei Verkäufern allein. Wir betrachten die multifunktionale Kraftstation «Autark». Sie ragt vor uns in die Höhe.

Hammer Fitness verkauft lange, kurze und kugelförmige Hanteln. Aber der uns gewissenhaft betreuende Kundenberater ist überzeugt: Wenn man es mit dem Muskelaufbau ernst meint, läuft alles auf die «Autark» hinaus. Sie hat Seilzüge, eine Klimmzugstange und ein integriertes Gewichthebe-Modul. Zwei Meter hoch ist sie, eineinhalb Meter breit. Die Ausmasse irritieren uns, und der



Verkäufer sagt: Beim Bezug einer neuen Immobilie sähen viele Menschen ein Zimmer allein für die Pflege der Fitness vor. Dieses werde dann mit der «Autark» möbliert. Angesichts des Grauens auf dem Wohnungsmarkt ahnen wir, dass das freizurechtphantiert ist. Dennoch entsteht in uns das Bild eines schwitzenden Zeitgenossen: allein im Fitnesszimmer, stöhnend in der Kraftstation.

Ist diese Vision zu düster? Jörg Scheller meint: definitiv. Er lehrt Kunstwissenschaften an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), und er hat als junger Mann eine Doktorarbeit über Arnold Schwarzenegger vorgelegt. Ist selbst Bodybuilder und zertifizierter Fitnesstrainer. Ihm, so sagt er im Zoom-Gespräch, bringe die Hantel Gelassenheit. In anderen Lebensbereichen könne man die Dinge stets auf verschiedene Arten interpretieren. «Wenn ich jedoch zwanzig Kilo nur zehnmal hochheben kann und nicht elfmal, dann hat das eine beruhigende Klarheit.» Scheller zitiert den Musiker Henry Rollins: «Freunde kommen und gehen»,

Das Mittelalter war auch ohne Krafttraining anstrengend genug. Doch bald wurden Hanteln wieder populär.

sagte dieser einst. «Aber zweihundert Pfund sind immer zweihundert Pfund.» Rollins sprach vom Gewichtheben, nicht von Devisen.

Wir sollten uns der Hantel also anders nähern. Sie respektieren. Ihre Karriere verfolgen. Die erste Etappe ihrer Geschichte verläuft von jenen altgriechischen Weitspringern bis zu einem römischen Mosaik des vierten Jahrhunderts unserer Zeit. Es zeigt junge Frauen bei Leibesübungen. Eine von ihnen macht ihr Work-out mit Minihanteln in den Händen. In einer sizilianischen Villa südwestlich des Ätna hat man das Kunstwerk gefunden. Unglücklich einsam wirkt die Athletin nicht.

Nach der Antike brauchte es eine Weile, bis Sportgewichte wieder populär wurden. Das fortwährend Steine zu Kathedralen auftürmende Mittelalter? Auch ohne Krafttraining anstrengend genug. Doch dann, mit der Aufklärung, begann der Mensch sich ausgiebig zu reflektieren – und dachte auch darüber nach, ob er wohl muskulös genug sei. Für die Ertüchtigungshungrigen des 19. Jahrhunderts gründete ein ehemaliger Akrobat in Paris das grösste Gymnastikstudio seiner Zeit; Metallstangen mit kugelförmigen Enden zählten zum modernen Equipment. In Deutschland verbreitete die antinapoleonische Turnerbewegung kollektive Leibesübungen und das Gewichtheben. Auf beiden Seiten des Rheins stahlte man sich für den jeweils nächsten Krieg.

Zur gleichen Zeit erhellte in Indien ein Fitness-Utensil die Widersprüche des Kolonialismus. Die Briten waren die neuen Herren des Subkontinents. Sie hatten bemerkt, dass viele der Männer dort ausgesprochen gut in Form waren – durch traditionelles Training, seit Generationen praktiziert. Die Männer hoben keine Hanteln, sondern schlangen Holzkeulen, in komplexen Choreografien, gemeinschaftlich einstudiert. Leichte Keulen halfen ihnen, an körperlicher Flexibilität zu gewinnen, mit Steingewichten beschwerte Keulen sorgten für den Muskelaufbau.

Die britische Armee übernahm eine vereinfachte Version der Trainingsmethode, und auch unter Zivilisten im Vereinigten Königreich wurden Keulen populär. Man rechtfertigte die Herrschaft über die Kolonisierten mit der Überlegenheit westlicher Zivilisation. Welche indischen Errungenschaften man derweil kopierte? Das spielte man herunter.

Dann aber stieg Metall zum populärsten Material im Kraftsport auf. Das Europa des frühen 20. Jahrhunderts erfand die Scheibenhantel: einen Stahlstab, an dessen Enden man, je nach Ehrgeiz, Muskulatur und Profilierungssucht, halbwegs leichte bis monströs schwere Platten schraubte. Der Kampf mit den Kilos liess sich so systematisieren; Gewichtheberei wurde durch die modernen Olympischen Spiele zu einem weltweit verbreiteten Leistungssport. Dieser nahm im Kalten Krieg politische Dimensionen und eine propagan-

Illustration: Agata Marszałek

distische Bedeutung an. Für Sowjets wie für Amerikaner war es unvorstellbar, dass der «stärkste Mann der Welt» der jeweils anderen Nation angehören könnte. Schon 1958 aber, nur fünf Jahre nach Stalins Tod, tourten sowjetische und amerikanische Gewichtheber friedlich miteinander durch die USA. Im Namen der Kulturdiplomatie: Schwerathletik-Schaukämpfe zwischen den Supermächten. Auf dem Programm standen das traditionelle «Reissen», für das der Sportler die Hantel in einer Bewegung in die Höhe führt, und das «Stossen», bei dem die Last zwischendurch auf dem Schlüsselbein ruht.

Eine hantelfreie Disziplin wählte man für den letzten Kampf, ausgetragen im Restaurant Leone's in Manhattan. In jenem Lokal traten, vor 250 Zuschauern, zwei Gewichtheber der Klasse Superschwergewicht zu einem Wettessen gegeneinander an. Sowjet wie Amerikaner gaben sehr früh auf, nach jeweils vier Hummern und jeweils drei mit Wildreis gefüllten Tauben. Dabei hatten noch Steaks und Lammkoteletts, Kuchen und Eiscreme für die nächsten Runden bereitgestanden. Auch dieses faire Unentschieden – eher: ein gemeinsames Scheitern – beförderte womöglich den Entspannungsprozess, der, wie man später, in den 1990er Jahren, dachte, Weltfrieden für immer bringen würde und das Ende der Geschichte.

Heute ist die Sportart Gewichtheben durch zahllose Dopingkandale unattraktiv geworden. Die Grosskonflikte unserer Tage wird sie wohl nicht entschärfen können. Die Hantel aber ist allgegenwärtig – ob daheim, als Teil der «Autark» im Selbstoptimierungszimmer oder im Fitnessstudio, dessen Mitgliedsvertrag man sich hat aufschwätzen lassen.

Hantelkritiker wie der amerikanische Essayist Mark Greif – man konsultiere seinen berühmten Aufsatz *Gegen das Training* – halten die Geräte für Folterinstrumente der Gegenwart. Kein Wunder, dass sie aus Stahl sind, sagt Greif. Sie sollen so aussehen wie Maschinenteile in der Fabrik des 19. Jahrhunderts. Wir unterwerfen uns, als Fitnessfetischisten, den Zwängen eines mechanisierten Mikrokosmos, werden wieder zu Industriearbeitern, bewegen Gewichte in monotonen Rhythmen, geben jede Form von gemeinschaft-

lichem Leben auf und schufteten stattdessen – so will es dieser Denker – nur für uns selbst und für die uns medial eingepflichtete Vorstellung des gerade noch akzeptablen Körpers.

Nachfrage auch dazu bei Jörg Scheller, dem durchtrainierten Experten von der ZHdK: Er ist anderer Ansicht. Ist ohnehin nicht so für Kulturpessimismus zu haben. Dazu, sagt er, sei er zu sehr an der Realität interessiert. Und wenn er an Hanteln hebende Menschen unserer Zeit denkt, sieht er keine einsamen, sich selbst unterjochenden Pumper, sondern miteinander plaudernde Leute in Fitnessstudios: Männer, und nun auch immer mehr Frauen, die Metall stemmen, einander helfen, sich Ratschläge geben, wieder Metall stemmen. Durchaus konkurrieren sie darum, wer mehr Kilos in die Höhe bringt, aber nach dem Reissen, Stossen, Prusten, Schwitzen treffen sie sich ebenso gern zum Plausch danach, bei einem Proteinshake an der Bar. Soziales Miteinander eben. Die Hantel macht es möglich. | 9 |



Weiterführende Literatur

Mark Greif: *Gegen das Training*, in: Benjamin Kunkel und Keith Gessen (Hg.): *Ein Schritt weiter*. Die n+1-Anthologie. Berlin 2008, S. 30–46.

Jörg Scheller: *Body-Bilder. Körperkultur, Digitalisierung und soziale Netzwerke*. Berlin 2023.

Jan Todd: *The Strength Builders. A History of Barbells, Dumbbells and Indian Clubs*, in: *The International Journal of the History of Sports* 20 (2003), Nr. 1, S. 65–90.



Christoph Ribbat, Jahrgang 1968, ist Professor für Amerikanistik in Paderborn. 2011 erschien von ihm im Steiner-Verlag *Flackernde Moderne. Die Geschichte des Neonlichts*. Bei Suhrkamp folgten *Im Restaurant* (2016), *Deutschland für eine Saison* (2017) sowie *Die Atemlehrerin* (2020), bei Insel *Wie die Queen* (2022). In diesen Tagen erscheint im Insel-Verlag Christoph Ribbats neues Buch: *In den Tag. Eine kurze Geschichte des Aufwachens*. Mehr dazu auf Seite 72 dieses Hefts.

«Für die Perser war die Schlacht bei Salamis ziemlich unbedeutend»

Die Antike? Das ist Griechenland und Rom. Doch dieses Verständnis greife zu kurz, sagt Raimund Schulz. Er betrachtet die alte Welt als Einheit, die vom Mittelmeer bis nach China reicht. Und sieht vertraute Ereignisse dadurch ganz neu.

Interview Thomas Ribl
Bild Maximilian Gödecke

«Schon im 5. Jahrhundert vor Christus kannten die Athener Seide aus China, und zu Ciceros Zeit würzte man in Rom Speisen mit indischem Pfeffer», sagt Raimund Schulz. Der Historiker, der an der Universität Bielefeld Alte Geschichte lehrt, plädiert dafür, die Geschichte des Altertums in grossen Zusammenhängen zu denken. In seinem Buch *Welten im Aufbruch* folgt er Verbindungen, die von Alexander dem Grossen bis zum ersten Kaiser von China führen. Und untersucht Entwicklungen, die sich durch die Geschichte ganz Eurasiens ziehen.

NZZ Geschichte: **Herr Schulz, stellen wir uns einen Kaufmann vor, der am Ende des 1. Jahrhunderts vor Christus in Ephesos lebte, einer römischen Grossstadt in der heutigen Türkei. Was für ein Bild hatte er von der Welt?**

Raimund Schulz: Ein Kaufmann in einer Küstenstadt in Kleinasien war durch seinen Wohnort und seine Tätigkeit eingebunden in eine Welt, die viel grösser war als sein unmittelbarer Lebensraum. Im Westen reichte sein Weltbild sicher bis zur spanischen Mittelmeerküste, im Osten bis an die iranische Hochebene. Im Norden bestand von Kleinasien aus seit langem eine Verbindung zum Schwarzen Meer. Und im Süden kannte er Ägypten und das Rote Meer, auch wenn er noch nie dort war.

Wie genau war seine Vorstellung der Erde?

Er hätte sie geografisch nicht korrekt wiedergeben können, obwohl gerade in Kleinasien die Kartografie weit entwickelt war. Ganz sicher war er überzeugt, dass die Erde eine Kugel ist. Den näheren Mittelmeerraum kannte er aus eigener Anschauung. Und zumindest über Berichte anderer Kaufleute wusste er von fernen Ländern bis mindestens nach Indien.

War ihm China ein Begriff?

Zumindest eine vage Vorstellung von einer Hochkultur im Osten am Ende der bekannten Welt hatte er. Der Austausch von Waren über Syrien und über die Route südlich des Schwarzen und des Kaspischen Meers bis nach China war im 1. Jahrhundert vor Christus schon üblich. Oft über Zwischenhändler.

Was wurde gehandelt?

Seide zum Beispiel war in Athen schon seit dem 5. oder 4. Jahrhundert vor Christus bekannt. Dazu kamen bald exotische Gewürze wie Zimt. Der Westen lieferte Textilien, Keramik, Glaswaren und Edelsteine.

Kamen diese Produkte auch in den Westen des Mittelmeergebiets?

«Griechen und Römer hätten wohl selbst nicht verstanden, warum wir uns auf ihre Kulturräume beschränken. Ihnen war bewusst, dass ihre Welt viel grösser war.»
Raimund Schulz, fotografiert zu Hause in Bielefeld, Juli 2024.

In keltischen Gebieten hat man Seidenstoffe aus China gefunden. Italien war früh an den Fernhandel angebunden. Wir wissen, dass indischer Pfeffer im Rom des 1. Jahrhunderts vor Christus schon fast ein Alltagsprodukt war. Auch Eisen spielte eine wichtige Rolle. Das chinesische Eisen war geradezu ein Exportschlager. Die Chinesen verfügten über Techniken der Eisenproduktion in Hochöfen, die denen der Mittelmeerwelt und Vorderasiens weit überlegen waren.

Wie war es umgekehrt? Kannte man in China die Reiche im Westen?

Ja, seit der Bildung des Han-Reichs im 2. Jahrhundert vor Christus verstärkte sich Chinas Handel mit dem Westen. Dann finden sich erste Hinweise darauf, dass man Kenntnis hatte von einem Reich im fernen Westen, auch wenn man nichts Genaues darüber wusste. Interessanterweise haben sich beide Reiche gegenseitig idealisiert. Die Chinesen taten das mit Rom genauso wie umgekehrt.

In Ihrem Buch erwähnen Sie die Terrakotta-Krieger, die im Grab des ersten Kaisers von China entdeckt wurden. Es gibt die These, dass sie das Ergebnis eines Kulturaustauschs mit Griechen sind. Halten Sie das für möglich? Ich finde diese Erklärung sehr plausibel. Die Krieger sind die ersten vollplastischen, realistischen Figuren im chinesischen Kulturraum. In der Entwicklung der chinesischen Kunst stehen sie völlig isoliert. Das Reich der baktrischen Griechen, die sich nach Alexanders Feldzug etablierten, reichte damals bis nach Nordostafghanistan und nach Tadschikistan. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Anregung, Menschen und Tiere plastisch darzustellen, aus diesen Regionen kam.

Gibt es klare Hinweise dafür?

Der Schritt zu vollplastischen Darstellungen ist ein grosser Entwicklungssprung. Das braucht Anregung, Vorbilder und Expertise. Bei einem der

Skelette aus dem Kaisergrab konnte man eine westasiatische oder europäische Herkunft nachweisen. Vielleicht waren es also griechische Bildhauer, die hier arbeiteten. Dafür gibt es andere Beispiele: Auch am Bau der Palastanlage von Persepolis waren griechische Ingenieure beteiligt, das wissen wir aus schriftlichen Zeugnissen.

Sie plädieren dafür, die Geschichte des Altertums in viel grösseren als den üblichen Zusammenhängen zu denken. Warum?

Die klassische Antike mit ihrer Konzentration auf Griechenland und Rom bildet nur einen Teilbereich der Wirklichkeit ab. Griechen und Römer hätten wohl selbst nicht verstanden, warum wir uns auf ihre Kulturräume beschränken. Ihnen war bewusst, dass ihre Welt viel grösser war.

Sie reden von Globalgeschichte. Kommt da die Universalgeschichte, wie man sie im 19. Jahrhundert nannte, durch die Hintertür wieder herein?

Nein, die Universalgeschichte hatte den Anspruch, die Geschichte der ganzen Menschheit umfassend darzustellen. Das will die Globalgeschichte nicht. Sie beschäftigt sich mit bestimmten Phänomenen in Grossräumen, die die historischen Akteure selbst als ihre Welt bezeichneten. Und ein zentrales solches Phänomen sind die Verbindungen über Grenzen hinweg. Wenn man den Blick darauf richtet, erkennt man, dass sich Regionen, Länder, Reiche zu viel grösseren Einheiten zusammenschliessen, die von gemeinsamen Entwicklungen geprägt sind.

Sie betrachten den eurasischen Raum – ein Gebiet, das von der Ostsee bis zum Chinesischen Meer und von der Taiga bis in die arabischen Wüsten reicht. Kann man das als einzelner Historiker überblicken? Wenn ich das Konzept der Globalgeschichte ernst nehme, muss ich den Verbindungen folgen, die

damals bestanden. Und die waren sehr viel weiter, als wir denken. Natürlich muss ich mich auf Phänomene und Akteure konzentrieren, an denen ich Entwicklungen ablesen kann. Und ich muss mich oft auf die Expertise von Kollegen verlassen, die mit den betreffenden Kulturen vertraut sind.

Im grossen Massstab sieht Vertrautes anders aus. In der Schlacht bei Salamis kämpften 480 vor Christus Griechen gegen Perser. Die Griechen stilisierten den Kampf zum epochalen Ereignis, und so überlieferten sie ihn uns. Globalgeschichtlich betrachtet: War die Schlacht von Salamis wirklich wichtig?

«Rom setzte mehr auf Delegation, während die Herrschaft in China sehr zentralistisch war. Das hat sich bis in die Moderne gehalten.»

Für die Perser war sie ziemlich unbedeutend. Sie waren ein Weltreich, der Konflikt mit den griechischen Stadtstaaten war einer unter vielen. Deshalb wird die Schlacht in persischen Quellen nirgends erwähnt. Dagegen haben die Griechen, besonders die Athener, Salamis zur Gründungsgeschichte ihrer Identität stilisiert, obwohl nur wenige griechische Städte beteiligt waren. Und von einer drohenden Unterdrückung durch die Perser konnte keine Rede sein. Aber die von den Griechen geprägte Sicht wirkt bis heute nach.

Der historische Raum, den Sie als Einheit betrachten, besteht aus Reichen mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen. Sind die Verhältnisse überhaupt vergleichbar? Herrschaft hiess in China doch etwas ganz anderes als in Rom oder Ägypten?

Dieses Problem hat man immer, wenn man sich mit kulturübergreifenden Fragen befasst. Die Phänomene sind vergleichbar. Die Errichtung einer Herrschaft ist in der Regel mit einer zentralen Ordnung verbunden. Das ist ein gemeinsamer Nenner. Und da beginnt das Interessante: die Frage, wie dieses Grossphänomen in den jeweiligen Räumen umgesetzt wird. In Rom geschah das völlig anders als in China.

Wo liegen die Unterschiede?

Rom setzte mehr auf Delegation und Kooperation als auf zentrale Kontrolle, während die Herrschaft in China sehr zentralistisch war. Das hat sich bis in die Moderne gehalten. Und die Macht wird nicht nur verschieden ausgeübt. Sie wird auch anders begründet. In Rom wendet man wenig Energie auf, um das Reich zu legitimieren, während die Legitimation in China eine grosse Rolle spielt. Darin liegt der Reiz der Globalgeschichte: Man versteht das Herrschaftsmodell, mit dem man vertraut ist, besser, wenn man es mit einem anderen Modell vergleicht.

Kulturen zu vergleichen, ist nichts Neues. Wie unterscheidet sich der globalgeschichtliche Ansatz davon?

Die Fragestellung ist anders. Es gibt keine herausgehobene «Hauptkultur» mehr, die von anderen beeinflusst wird oder andere beeinflusst, sondern es gibt verschiedene Zivilisationskerne, die sich gegenseitig beeinflussen. Bisher dominierten in der Alten Geschichte Rom und Griechenland. Diese Kulturen wollte man erklären. Karthago, die Kelten, die Nomaden, die germanischen Stämme, das waren Randphänomene. Die Globalgeschichte versteht sie als gleichrangige Akteure.

Waren sie das wirklich? Das Römische Reich war eine globale Kultur, die alles beherrschte: vielleicht das erste Beispiel von Globalisierung?

Das hängt davon ab, was man unter Globalisierung versteht. Entweder meint man damit, dass das Römische Reich den Mittelmeerraum und seine Anrainer so untereinander vernetzte, dass sie zur Einheit wurden. Der andere Zugriff, den ich für sinnvoller halte, besteht darin, das Römische Reich in dem Sinn als globalisiert zu bezeichnen, als der von ihm beherrschte Raum intensive Kontakte zum Rest der eurasischen Welt pflegte.

In Vergils *Aeneis* verspricht Jupiter den Römern ein «Reich ohne Grenzen». Verstanden sich die Römer tatsächlich als Reich, das die ganze Welt umfasst?

Die Weissagung von Jupiter ist programmatisch für das römische Herrschaftsverständnis: Die ganze Welt, soweit sie sich zu beherrschen lohnt, ist Untertan. Und zwar bis zum Ende aller Zeiten, die Grenzen sind auch zeitlich gemeint. Aber im Perserreich finden wir ähnliche Gedanken. Und in China auch. Qin Shihuangdi, der erste Kaiser, verkündete, dass sein Reich bis an die Enden der Welt reiche. Und ging davon aus, dass seine Dynastie die letzte sein werde. Das ist der gleiche Anspruch.

In Ihrem Buch sprechen Sie von Impulsen, die die Geschichte antreiben. Gab es Impulse, die die ganze Welt von Rom bis China betroffen haben?

Die Bildung von Grossreichen zum Beispiel. Das zieht sich durch die ganze eurasische Geschichte. Oder die Gründung von Städten. Sie führte zu einer völligen Veränderung der Gesellschaft. Alle Tätigkeiten müssen neu organisiert werden, die alten Clanverbindungen lösen sich in grösseren Einheiten auf. Das kennen wir von den griechischen Stadtstaaten und von der Kolonisation in den westlichen Mittelmeerraum und zum Schwarzen Meer. Aber wenn man diese Entwicklung nicht isoliert betrachtet, sieht man, dass sie Teil einer grösseren Bewegung ist, die sich seit der Eisenzeit, also ab Ende des 8. Jahrhunderts vor

Christus im Westen und ab dem 7. und 6. Jahrhundert auch in Indien und China, entwickelt.

Gab es im Zweistromland nicht schon viel früher grosse Städte?

Doch, aber diese standen meist unter der Autorität von Tempeln und Königen. Das Modell des engen Zusammenlebens von Menschen mit einer differenzierteren Arbeits- und Gesellschaftsordnung entwickelte sich später. Unter verschiedenen politischen Vorzeichen, aber überall mit ähnlichen Strukturen. Und es hatte enorme Konsequenzen auf die Geschichte der Folgezeit.

«Die griechische Kultur und das Römische Reich stützten sich auf Städte. Dasselbe galt auch für den chinesischen, indischen und afghanischen Raum.»

Welche?

Städte sind ein Schrittmacher für die Vernetzung von Handelsstrukturen und die Konzentration von Handwerk. Sie sind Treiber von Innovation. Technische Neuerung findet meist in Städten statt. Auch für die Entwicklung von Religion und Philosophie sind die Städte entscheidend. Die griechische Philosophie ist meines Erachtens ein städtisches Phänomen.

Die Philosophie war ein Produkt der Urbanisierung?

Ja, das hat zum einen mit der Schrift zu tun. Städte sind Horte der Schriftkultur. Es wird nicht nur geschrieben, das Geschriebene wird auch konserviert und erschlossen und bleibt damit zugänglich. Aber Städte sind auch Orte des Austauschs. Marktplätze für Waren und Ideen. Hier treffen Menschen aufeinander und diskutieren. Auch Religionen breiten sich in Städten aus: Das

Christentum konnte erst zur Massenbewegung werden, als es in den Städten Fuss fasste. Weil es hier die Möglichkeit gab, Gemeinschaften zu bilden, die nicht der totalen Kontrolle unterworfen waren, wie sie in Dörfern herrscht – und die gross genug waren, um gesellschaftliche Bedeutung zu erlangen.

Dass Städte Innovationstreiber sind, ist schon lange bekannt. Was zeigt die Globalgeschichte darüber hinaus?

Dass sich der Entwicklungsschub, der von der Städtebildung ausging, nicht auf den Mittelmeerraum beschränkte. Wir wussten, dass die griechische Kultur eine städtische Kultur war, dass sich das Imperium Romanum auf Städte stützte. Aber im grösseren Massstab zeigt sich, dass das auch für den chinesischen, indischen und afghanischen Raum gilt.

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass sich diese Entwicklung in einem bestimmten Zeitraum gehäuft beobachten lässt?

Das ist ein Phänomen, das ich noch nicht durchschaue. Ich denke, dass es mit der Ausbildung der Eisenproduktion und der Intensivierung des Handels zu tun hat. Wenn man den Boden mit Eisenwerkzeugen bearbeitet, erzielt man viel grössere Erträge als mit Holzwerkzeugen und kann mehr Menschen ernähren. Das ist sicher ein Aspekt, der die Urbanisierungswelle erklärt. Es hat auch damit zu tun, dass Herrscher die Städte als Stützpunkte für die Organisation grösserer Herrschaftsbereiche entdeckten.

Es wird mehr erwirtschaftet, als man verbraucht: Das schafft Überfluss – und damit Spielraum für Handel und den Antrieb, Gesellschaften neu zu organisieren?

Für Indien ist das offensichtlich. Sobald Eisenpflüge in grosser Zahl hergestellt werden, kommt es zu einem enormen Aufschwung der Städte.

Neue Werkzeuge haben ja nicht nur Auswirkungen auf das Handwerk. Sie rütteln auch am Gesellschaftssystem, weil die Arbeit neu organisiert werden muss. Das bietet Chancen, weil die alten Clanstrukturen aufbrechen und sich neue Hierarchien bilden. Es ist ein Mix von Entwicklungen, der in verschiedenster Hinsicht Impulse setzt.

Griechenland und Rom galten über Jahrhunderte als «Wiege Europas». Lässt sich diese Vorstellung in einer globalgeschichtlichen Betrachtung halten?

Labels wie «Wiege Europas» sind wenig hilfreich. Griechenland und Rom so zu sehen, bedeutet ja auch eine Verengung. Man macht sie zu Vorläufern und nimmt sie damit für etwas in Anspruch, was sie nicht sein konnten und wollten. Die antike Geschichte verliert keineswegs an Bedeutung, wenn man erkennt, dass sich in ihr Entwicklungskonstanten zeigen, die weit über die griechische und römische Kultur hinaus wirksam sind. Das zeigt zwar, dass die Geschichte Europas nicht einzigartig ist. Aber sie erhält zugleich auch neue Bedeutung, indem man klarer erkennt, worin ihre Besonderheit besteht. **IG**

Raimund Schulz, Jahrgang 1962, hat in Göttingen studiert und mit einer Arbeit über das spätantike Völkerrecht promoviert. Heute ist er Professor für Alte Geschichte an der Universität Bielefeld. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Seefahrt, Herrschaftspraxis und Herrschaftsdenken sowie die Globalgeschichte. Sein Buch *Abenteuer der Ferne. Die grossen Entdeckungsfahrten und das Weltwissen der Antike* (Klett-Cotta 2016) erhielt mehrere Auszeichnungen und gilt als Standardwerk der Entdeckungsgeschichte. Schulz' neues Buch *Welten im Aufbruch. Eine Globalgeschichte der Antike* ist 2025 bei Klett-Cotta erschienen.

Thomas Ribi ist Feuilletonredaktor der NZZ. thomas.ribi@nzz.ch

BAUERN

18

Die Macht der Bauern

Von Patrick Feuz, Rahel Freiburghaus
und Adrian Vatter

34

Zwischen Staat und Scholle

Von Angelika Hardegger

40

Die verkannte Revolution

Von Gerhard Meister

52

Motoren wie wir

Von Claudia Mäder

60

Saftige Geschäfte

Von Frank Uekötter

Die Schweiz autark machen:
Im Zweiten Weltkrieg werden
die Bauern als Ernährer der
Nation gefeiert. Die «Anbau-
schlacht» tragen sie aber
nicht allein aus: Ein Landdienst
wird obligatorisch. Und so
wie hier 1941 strömen auch
Freiwillige zum Einsatz.

Bild: Keystone / Photopress-Archiv / Str

Die Macht der Bauern

Es gibt immer weniger Bauern in der Bevölkerung. Doch im Bundeshaus sind sie so stark vertreten wie noch nie. Im 19. Jahrhundert war es umgekehrt: Damals bestand die Schweiz zur Hälfte aus Bauern, aber politisch traten sie kaum in Erscheinung. Und erst 1929 wurde mit Rudolf Minger ein Landwirt Bundesrat. Was bedeuten die Bauern für die Geschichte dieses Landes? Und wie kamen sie zu ihrer Macht?

Von Patrick Feuz, Rahel Freiburghaus und Adrian Vatter

Staatsmann unter Hornussern: Rudolf Minger (mit Stumpen), der erste Bauer in der Landesregierung (1929–1940), pflegt während seiner Amtszeit das Image des bodenständigen Landwirts und zelebriert auch nach seinem Rücktritt die bäuerliche Kultur. 14. Eidgenössisches Hornusserfest in Utzenstorf im Kanton Bern, August 1950.



Am 12. Dezember 1929 sind die Tribünen im Nationalratssaal überfüllt. Um 8 Uhr beginnt die Bundesratswahl, welche «die ganze Schweiz in Spannung hält», so der *Schweizer Bauer*, eine Fachzeitung für die Landwirtschaft. Die FDP kann ihren Anspruch, wie bisher fünf der sieben Bundesratssitze zu besetzen, nicht länger aufrechterhalten. Erstmals stellt die SP einen Kandidaten für den Bundesrat – sie ist bei den Nationalratswahlen von 1928 mit einem Wähleranteil von 27,3 Prozent knapp vor der FDP zur wählerstärksten Partei angestiegen. Doch in den Bundesrat gewählt wird an jenem Morgen kein Sozialdemokrat, sondern schon im ersten Wahlgang der Berner Rudolf Minger von der deutlich schwächeren Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), der späteren SVP.

Der *Schweizer Bauer* schreibt von einem «historischen Augenblick» und betont die «eminente schweizerische Bedeutung» der Wahl. Dass erstmals ein praktizierender Landwirt in den Bundesrat einziehe, biete Gewähr dafür, dass die Landwirtschaft, aber auch der Grossteil des Gewerbes «auch fernerhin treu zu unserer Demokratie und ihren Institutionen stehen». Während die Bauern feiern, empfindet die SP den Wahlausgang als Affront und organisiert einen Demonstrationzug durch die Stadt Bern.

Seit dem Landesstreik von 1918 ist die Schweiz stark polarisiert. In den dramatischen Monaten am Ende des Ersten Weltkriegs haben viele befürchtet, die Schweiz breche auseinander. Die Arbeitsniederlegungen und die klassenkämpferische Rhetorik der Linken haben im Bürgertum die Angst vor einem sozialistischen Umsturz geweckt. Umgekehrt hat das repressive staatliche Vorgehen gegen SP und Gewerkschaften in der Arbeiterschaft das Gefühl der Ungerechtigkeit verstärkt. Das gegenseitige Misstrauen wirkte noch lange nach (*NZZ Geschichte* Nr. 52 und 60, Mai 2024 und September 2025). In den 1920er Jahren erhöhten die sozialen Spannungen den Druck, die Landesregierung breiter abzustützen – bis 1929 waren darin nur die Freisinnigen und die Katholisch-Konservativen (später CVP, heute Die Mitte) vertreten.

Rudolf Mingers Wahl in den Bundesrat besiegelt parteipolitisch, was sich seit der Jahrhundertwende angebahnt hat: eine bäuerlich-bürgerliche

Allianz, die früh als Bürgerblock bezeichnet wurde, zusammengehalten von der gemeinsamen Furcht vor Arbeiterschaft und Sozialismus.

Als Minger Bundesrat wird, besteht der Bundesstaat seit gut achtzig Jahren. Die Bauern sind darin politisch zunächst eine Randgruppe gewesen, obwohl 1850 rund die Hälfte der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft arbeitete. Im eidgenössischen Parlament waren die Bauern bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts untervertreten, wie der Politologe Andrea Pilotti gezeigt hat. 1910 stellten sie 7,6 Prozent der Parlamentarier – dabei war zu der Zeit noch über ein Viertel der Beschäftigten landwirtschaftlich tätig, auch wenn sich die Schweiz rasant industrialisierte und auch die volkswirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors zunahm.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich das Bild: Während es immer weniger Bauern gab, waren sie im Parlament immer stärker vertreten. Heute, da sie noch 2,3 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, halten sie 9,3 Prozent aller Parlamentssitze. Zudem haben gegenwärtig vier Bundesräte einen bäuerlichen Hintergrund. Was hat es gebraucht, damit die Bauern zum Machtfaktor wurden?

Wenn es um die politische Kultur geht, um die nationale Ideologie, spielen die Bauern schon 1848 eine Hauptrolle: als Identitätsstifter und Integrationsfiguren. Der aus einem Bürgerkrieg hervorgegangene Bundesstaat mit seiner föderalen Struktur und seiner multikulturellen Bevölkerung steht auf tönernen Füßen. Um das fragile Gebilde zu festigen, behelfen sich die liberalen Eliten und die vaterländischen Geschichtsschreiber mit einer Konstruktion: Demnach liegen die Wurzeln des Nationalstaats von 1848 in alteidgenössischen Bündnen von freiheitsliebenden Bauern. Als Symbol «edler Tugend und politischer Tatkraft», so der Historiker Matthias Weishaupt, werden die Bauern im 19. Jahrhundert gleichsam zu Staatsgründern und zu Beschützern der modernen Demokratie. Die Schweiz verpasst sich eine «Bauernstaatsideologie», wie Weishaupt schreibt.

Die Instrumentalisierung der Bauern hat Tradition. Die nationale Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts knüpft an mythisierte Bauern-

bilder früherer Zeiten an. Schon im späten Mittelalter, so Weishaupt, präsentieren sich die eidgenössischen Führungsgruppen als «frume edle puren». Sie leben zwar mehrheitlich in Städten, verteidigen so aber ihren Herrschaftsanspruch gegen den Vorwurf des Auslands, die Eidgenossen seien «böse puren», abgefallen von der gottgewollten Ständordnung. Die hiesigen Eliten drehen den Spieß um: Mit Gottes Hilfe habe man die Tyrannei des Adels abgeschüttelt und dessen legitime Nachfolge angetreten. Dabei klaffen Ideologie und Realität weit auseinander: Wenn die Bauern im späten Mittelalter mehr Rechte und weniger Abgaben fordern, schicken die führenden Städteorte Bern, Solothurn, Luzern und Zürich regelmässig Truppen aufs Land (Beitrag Seite 40).

Im späten 19. Jahrhundert setzt der Weltmarkt die Bauern unter Druck. Deshalb rücken sie stärker zusammen.

Im 18. Jahrhundert machen Gelehrte wie der Berner Albrecht von Haller die Bauern zu egalitären Naturburschen – zu einer Art natürlichem Adel. In seinem berühmten Gedicht *Die Alpen* (1732) wimmelt es von tugendhaften «Hirten», die im Einklang mit der Natur leben und in Gleichheit untereinander. Haller sieht in ihnen Nachfahren der alteidgenössischen «Helden-Ahnen». Die Bergbevölkerung wird zum Gegenmodell der städtisch-adligen Gesellschaft, die aufgeklärten Geistern wie Haller verdorben erscheint.

Etwas später machen ausländische Reiseliteraten aus der Schweiz ein demokratisch-republikanisches Idyll. So will der deutsche Dichter Christoph Martin Wieland im Appenzellerland den «Schoss der Freiheit» mit «Sitten eines freyen und unpolierten Volks» erkennen – dort gewesen ist er selber nie. Und nachdem Friedrich Schiller 1804 sein Bühnendrama *Wilhelm Tell* vollendet hat,

steht für immer breitere Kreise fest: Die Schweizer sind ein «Volk von Hirten» mit angeborenem Freiheitsdrang. Was die ausländischen Bewunderer der Schweiz übersehen: Selbst in den Orten mit Landsgemeinden – Volksversammlungen mit Entscheid- und Wahlrecht – liegt die Macht in den Händen weniger einflussreicher Familien.

Aus diesen Hirten- und Bauernidealen entsteht eine bis weit ins 20. Jahrhundert hineinreichende Fiktion rund um die Nationalstaatsgründung: Sie behauptet eine direkte Linie von den mittelalterlichen Bauerngesellschaften zum modernen Bundesstaat. Der Jurist Johann Caspar Bluntschli etwa erklärt die schweizerische Nationalität 1875 mit der «Natur des Landes»: Der Schweizer fühle sich «als Sohn der Gebirgsnatur». So geht es Jahrzehnte weiter. Von den Waldstätten Uri, Schwyz und Unterwalden, die 1291 einen Bund in den Bergen schlossen, strahlten «die freiheitlichen Ideen» aus, wie der Historiker Johannes Dierauer in den 1890er Jahren schreibt. 1950 bringt es der Titel eines Aufsatzes in einer rechtshistorischen Zeitschrift auf den Punkt: *Der freie Bergbauer als Staatengründer*.

Tatsächlich ist der Schweizer Staat von 1848 nicht von alpinen Landwirten, sondern von liberalen Eliten gegründet worden. Und erst allmählich übernehmen die Bauern in diesem Staat eine andere Rolle als die von Figuren im nationalen Mythensspiel. Ab den 1870er Jahren integrieren sie sich zum organisierten Berufsstand, so der Historiker Werner Baumann. Dazu bringt sie der Druck des Weltmarkts: In der Agrarkrise der 1880er Jahre, ausgelöst durch neue Eisenbahnlinien und schnellere Schiffsverbindungen, sinken die Preise für Landwirtschaftsprodukte.

Vor allem die billigen Getreideimporte zwingen viele Betriebe, auf die rentablere Vieh- und Milchwirtschaft umzustellen. Schweizweit entstehen landwirtschaftliche Genossenschaften, die bei der Anpassung helfen: durch gemeinsamen Einkauf von Kunstdünger und Kraftfutter, Ausbildungskurse und die kollektive Vermarktung der Produkte. Was die Bauern ebenfalls zusammenrücken lässt: Sie merken, dass sie in der schnell wachsenden Industriegesellschaft zu einer immer kleineren Minderheit werden.



Rudolf Minger ist ein Meister der Kommunikation. Oben als Redner bei der Schweizerischen Ausstellung für Landwirtschaft in Luzern, 1954.

Die Partei der Bauern wird rasch zu einer wichtigen politischen Grösse. Hier macht die Plakatgesellschaft BGB-Material für den Wahlkampf von 1967 bereit.

Minger hätte gerne als Volkswirtschaftsminister gewirkt, muss dann aber mit dem Militärdepartement Vorlieb nehmen. Rechts wird er im Dezember 1940 in Winterthur von einem Soldaten begrüsst.

Die Nachbarstaaten helfen ihrer Landwirtschaft im späten 19. Jahrhundert zunehmend mit Schutzzöllen. Nicht zuletzt mit Blick auf die zollpolitische Diskussion drängen Agrarpolitiker in der Schweiz darauf, die vielen landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaftsverbände unter ein Dach zu bringen, um national Schlagkraft zu entwickeln. 1897 wird der Schweizerische Bauernverband (SBV) gegründet – nach dem Vorbild des Handels- und Industrievereins, des Gewerbeverbands und des Gewerkschaftsbunds.

Der SBV übernimmt für den Bund unter anderem statistische Aufgaben, verschafft sich unter seinem langjährigen Sekretär Ernst Laur rasch Gehör und prägt den agrarpolitischen Kurs der schwach dotierten zuständigen Bundesstelle bald stark mit. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigt der SBV über achtzig feste Mitarbeiter, weit mehr als die 1881 gegründete Abteilung Landwirtschaft der Bundesverwaltung (heute Bundesamt für Landwirtschaft). Die schweizerische Verbandsdemokratie ist um einen Spitzenverband reicher. Die Bauern haben es geschafft, sich politischen Einfluss zu sichern.

In dieser Welt der bäuerlichen Organisationen macht Rudolf Minger, der spätere Bundesrat, Karriere: 1907 Kassier der Käsereigenossenschaft Schüpfen im bernischen Seeland, 1909 Präsident der dortigen landwirtschaftlichen Genossenschaft (Landi), 1911 Vorstandsmitglied des bernischen Genossenschaftsverbands, 1920 Mitglied des Grossen Vorstands des SBV und 1923 des Leitenden Ausschusses. 1881 in einer wohlhabenden Bauernfamilie im bernischen Dorf Mülchi im Limpachtal zur Welt gekommen, arbeitet er zunächst im väterlichen Betrieb. Dank der Heirat mit einer Cousine kommt er zu einem stattlichen Hof in Schüpfen. Dort treibt er als Landi-Präsident den Bau des Lagerhauses beim Bahnhof voran; hier können die Bauern die angelieferten Produktionsmittel abholen, wenn es zeitlich passt. 1912 richtet die Landi Schüpfen ein «Konsumgeschäft» mit diversen Produkten ein. So will Minger das Vordringen städtischer Konsumvereine aufs Land verhindern.

Die Konsumvereine sind als Reaktion auf die hohen Lebensmittelpreise entstanden, die die städtischen Konsumenten seit Ende des 19. Jahr-

Bilder S. 22: Imago / Uig; Sibold / Photopress-Archiv / Keystone; S. 23: Jansen / Fred Eberhard / Photopress-Archiv / Keystone



hunderts beklagen. Um Abhilfe zu schaffen, setzen SP, Gewerkschaften und bürgerliche Konsumentenschützer auf Freihandel: Der Import günstiger Nahrungsmittel soll die Arbeiterschaft finanziell entlasten. Der Bauernverband setzt sich demgegenüber vehement für möglichst hohe Zölle ein. Mit Kundgebungen und intensivem Lobbying gelingt es ihm 1902, die bundesrätliche Vorlage für den neuen Zolltarif zu seinen Gunsten zu verändern. Für viele Nahrungsmittel soll sich der Import verteuern. Butter beispielsweise, bis dahin mit 3,5 Prozent verzollt, wird neu mit 7 Pro-

zent Gebühren belegt, bei Schlachtochsen springt der Satz von 7 auf 15 Prozent. Insgesamt umfasst der neue Tarif über tausend Positionen, auf den meisten wird der Zoll erhöht.

Unter dem Eindruck der Zollpolitik der anderen Staaten unterstützen auch die wichtigsten Interessengruppen der Wirtschaft diesen Schritt. Dass die Vertreter der anderen Branchen den Zusatzforderungen der Bauern nachgeben, beschreibt der Bundesrat als «Akt der Versöhnlichkeit» zwischen den verschiedenen Interessen. Im Abstimmungskampf in Sachen Zolltarif schliessen sich



Die Modernisierung der Landwirtschaft ist ein langer Prozess. Dieser Bauer in Obfelden (Aargau) bringt 1978 Mist mit einer alten Maschine aus; anderswo sind damals schon motorisierte Mistzetter im Einsatz.

dann 1903 die grossen Dachverbände der Wirtschaft mit den Bauern zu einem Aktionskomitee zusammen. Der Bauernsekretär Laur treibt den Bauernmythos bei dieser Gelegenheit auf die Spitze: «Es ist gewiss keine leere Phrase, dass die Wehrkraft eines Landes im Bauernstand ruht.» Nicht nur «Gesundheit und Kraft» bringe der Bauer dem Volk:

«Er ist auch der beste Träger schweizerischer Eigenart. Auf dem Land finden wir noch die alten Sitten, die alten Bräuche, die heimatliche Sprache, die Landestracht, die schweizerische Bauart, das überlieferte Volkslied, überhaupt all das, was unser Volk von den Bewohnern der uns umgebenden Staaten unterscheidet und die Selbständigkeit unseres kleinen Staatswesens rechtfertigt und begründet.»

Bei einer Beteiligung von mehr als 73 Prozent befürworten fast 60 Prozent der Stimmenden den neuen Zolllarif. Mit seiner Mobilisierungskraft empfiehlt sich der Bauernverband den bürger-

lichen Kräften auch für künftige Abstimmungen als Stimmenbeschaffer. Die bürgerlich-bäuerliche Allianz in der Zollfrage markiert den Beginn einer Zusammenarbeit, die die Innenpolitik jahrzehntelang prägt. Bürgerliche Kreise helfen den «alten Sitten und Bräuchen», die Laur im Abstimmungskampf beschwört, seit Ende des 19. Jahrhunderts fleissig nach. Und mit der Gründung nationaler Verbände der Schwinger (1895), Hornusser (1902), Jodler (1910) und der Trachtenbewegung (1926) wird die «bäuerliche» Kultur homogenisiert und neu definiert, wie die Historiker Werner Baumann und Peter Moser erklären. Die heterogene Bauernschaft soll ein einheitliches, verbindendes Bild von sich selbst erhalten und so als Gruppe in den Nationalstaat integriert werden.

Dank Ertrags- und Effizienzsteigerungen in der Landwirtschaft verbessert sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Situation vieler Bauern und Bäuerinnen. Ihre Einkommen steigen regelmässig. Auch die Interessenvertretung zahlt sich aus. Im eidgenössischen Parlament sitzen mehrere Vertreter des Bauernverbands und erzielen durch den informellen «Landwirtschaftlichen Klub» der Bundesversammlung über den Kreis der direkten Bauernvertreter hinaus Wirkung.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird die heimische Landwirtschaft zur wichtigen Lebensmittellieferantin und erlebt eine Blüte, auch wenn die Schweiz – vor allem beim Getreide – nach wie vor weit entfernt von der Selbstversorgung ist. Der Bauernverband spielt in der kriegswirtschaftlichen Landesversorgung eine Schlüsselrolle und liefert den Behörden die Entscheidungsgrundlagen.

Als sich 1917 die Versorgungslage im Zug der alliierten Seeblockade drastisch verschlechtert und die Preise explodieren, greift der Bundesrat allerdings mit Vorschriften und Verboten in den Markt ein: Er verordnet zwei fleischlose Tage pro Woche und deckelt die Preise für Lebensmittel. Viele Landwirte machen trotzdem weiter gute Geschäfte: Begüterte fahren aufs Land und decken sich auf den Höfen direkt mit Butter, Eiern, Kartoffeln und Fleisch ein. Für das Image der Landwirtschaft ist das nicht förderlich. Die Arbeiterlöhne bleiben hinter der Teuerung zurück. In den Städten nehmen Armut und Hunger zu.

In jenen Jahren vertieft sich der Graben zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Stadt und Land. Viele Bauern haben den Eindruck, dass die bürgerlichen Parteien der Linken zu stark entgegenkommen. Nicht zuletzt mit Blick auf die Zollfrage, die wegen auslaufender Bestimmungen bald neu verhandelt werden muss, kommt in Bauernkreisen die Forderung auf, eine eigene Partei zu gründen. Generell befürchten sie die politische und gesellschaftliche Marginalisierung: Der Anteil der Bauern an der Erwerbsbevölkerung ist weiter gesunken – von einem Drittel um 1900 auf ein Viertel vor Kriegsbeginn.

Die Zürcher Bauernverbände gehen voran und gründen 1917 eine eigene Partei. Auslöser ist das auf kantonaler Ebene kurz zuvor eingeführte Proporzwahlrecht. Dieses System verteilt die Sitze differenzierter nach den tatsächlichen Kräfteverhältnissen – im Gegensatz zum bisherigen Majorz. Er hat in jedem Wahlkreis der stärksten Partei den Sitz zugewiesen, wodurch in der Summe die grossen bürgerlichen Parteien zu gut bedient waren. Auf dem Land geht die Angst um, dass der neue Wahlmodus zu einem politischen Übergewicht der Städte führt, wo die Sozialdemokraten stark sind – von der «roten Flut» und vom «Stadtmoloch» ist die Rede. Kurz vor Kriegsende verändern sich die Spielregeln für Parlamentswahlen dann auch schweizweit: Die Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative für die Proporzwahl des Nationalrats im dritten Anlauf gut.

Der Berner Bauernfunktionär Minger sieht den Systemwechsel im Gegensatz zu den Zürchern schon 1917 als Chance für die Bauern. Zwar hätten die Sozialdemokraten und die Katholisch-Konservativen den Proporz auf nationaler Ebene zu ihrer Sache gemacht, so Minger. Aber die Bauern hätten alles Interesse, sich der Bewegung anzuschliessen: «Jetzt müssen die Fesseln gesprengt werden. Die politische Bevormundung muss aufhören, denn jetzt wollen wir selbst aktiv in die Politik eingreifen.» Minger sieht die Bauern im Kanton Bern vom Freisinn schlecht vertreten, denn auch dort werden gelegentlich Stimmen laut, die weniger Zollschutz für die Bauern verlangen. Wochenlang ziehen Rudolf Minger und andere jüngere Bauernvertreter durch Wirtshaussäle und Turnhallen

und weibeln für eine eigene Partei. 1918 wird die Bernische Bauern- und Bürgerpartei gegründet. Weitere Bauernparteien folgen: im Kanton Schaffhausen ebenfalls 1918, im Aargau 1920, im Tessin und in der Waadt 1921, in Baselland 1925.

Bei den Nationalratswahlen 1919, den ersten Proporzahlen auf nationaler Ebene, holen die Bauernparteien auf Anhieb 30 Sitze und erreichen landesweit einen Wähleranteil von 15,3 Prozent. Im Kanton Bern erringt Mingers Partei mit 16 Sitzen die Hälfte der Mandate und wird mit 46,3 Prozent Wähleranteil stärkste Kraft. Zwar gewinnen auch die Sozialdemokraten, aber weniger deutlich als erwartet. Die Sensation sind die Bauern.

So kommt 1919 auch Rudolf Minger ins Parlament. Als Nationalrat hat er vor allem die ökonomischen Interessen der Bauern im Sinn: Einfuhrbeschränkungen, Monopole, kostendeckende Preise, Absatzgarantien für landwirtschaftliche Produkte. Zugleich pflegt auch er – nach dem Vorbild des SBV-Sekretärs Laur – die ideologische Überhöhung der Bauern. Im September 1918 ruft er bei der Parteigründung in den Saal: «Die Bernische Bauern- und Bürgerpartei wird eine politische Felsenburg darstellen, an der alle staatszersetzenden Tendenzen seitens der Sozialdemokratischen Partei machtlos zerschellen.» Die Bauern als Speerspitze gegen links – als die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten bald darauf mit dem Landesstreik drohen, wollen Minger und seine Partei Bürgerwehren organisieren und Munition bereitstellen, obschon der Bundesrat ausdrücklich davor warnt.

In den Tagen des Streiks im November 1918 werden junge Landwirte als Kavalleristen zum Ordnungsdienst in Zürich und Bern eingezogen, wo nicht wenige in den überbelegten Unterkünften an der Spanischen Grippe sterben. Der Zorn auf dem Land ist gross, die Stimmung aufgeheizt. In bürgerlichen Kreisen ist seit der Revolution in Russland von 1917 die Angst vor einem baldigen Umsturz in der Schweiz verbreitet. Bei den Nationalratswahlen 1919 werben die Freisinnigen auf Plakaten mit einem roten Monster, das die Schweizer zerstampft, und rufen zum Kampf gegen die «bolschewistischen Zerstörer». Derweil droht die SP mit einem mächtigen Hammer in einer Arbei-

terfaust. Die harte Linie der Bauernvertreter gegen links festigt die bürgerlich-bäuerliche Allianz, die mit der Einigung in der Zollfrage zu Beginn des Jahrhunderts begonnen hat.

Allerdings sind die Bauern regelmässig unbequeme Verbündete. Rudolf Minger führt einen «Klassenkampf nach oben und nach unten», wie es der Historiker Christoph Graf formuliert: Er beschimpft die Anführer der Sozialdemokraten als vom Ausland gesteuerte «Parteibonzen» – und gleichzeitig die Freisinnigen als «Erzkapitalisten» und «habgierige Geldsäcke», die mit offenen Märkten den Bauernstand kaputt machen wollen. Bei der Ausrichtung seiner Partei handelt Minger allerdings pragmatisch: Gegen den Rat Laurs, der reine Bauernparteien bevorzugt, baut er seine Bauern- und Bürgerpartei 1921 zur breiter abgestützten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) um. So entsteht eine konservative mittelständische Wirtschaftspartei, die für den Schutz der lokalen Arbeit und Produktion einsteht, eine vaterländische Gesinnung und eine starke Milizarmee fordert, Verstaatlichungen ablehnt und das Privateigentum befürwortet – aber auch einen industrie- und exportorientierten Kapitalismus bekämpft.

Mit ihrer Positionierung gegen Sozialismus und Liberalismus spricht die BGB nebst Landwirten auch weitere Kreise an: Gewerbler, kleine Angestellte, das konservative städtische Bürgertum und die traditionellen Landeliten, unter ihnen Tierärzte und Lehrer. Der ideologische Bezugspunkt der Partei bleibt dabei das verklärte Bauerntum. Auch Gewerbler und konservative Honoratioren in Stadt und Land finden damals den Spruch «Schweizerart ist Bauernart» zutreffend. Mingers Öffnungskurs hat Erfolg: Die bernische BGB spielt aufgrund ihrer Wählerstärke in der eidgenössischen Parteienlandschaft bald eine wichtige Rolle. Zu einer nationalen Partei formiert sich die BGB erst 1936. Bis dahin bildet sie – wegen der Heterogenität der Kantonalparteien – im Nationalrat nur eine Fraktionsgemeinschaft.

Als Minger 1928 den Nationalrat präsidiert, erscheinen in Tages- und Wochenzeitungen, Frauen- und Fachzeitschriften zahlreiche Interviews und Reportagen, die den «aktiven Bauern» mit Frau und Kindern auf dem Hof in Schüpfen

Bild: Hans Staub / Fotostiftung Schweiz / Keystone



als tüchtige Schweizer Bauernfamilie inszenieren. Nebst idyllischen Bildern schätzt der Bauernaktivist Minger die spektakuläre Aktion: Kurz vor den Nationalratswahlen 1928 organisiert die Landwirtschaftslobby einen «Bauerntag» vor dem Bundeshaus, um der Forderung nach höheren Milch- und Schlachtviehpreisen Nachdruck zu verleihen. Auf dem Bundesplatz beklagt der Hauptredner Minger vor 20 000 Anhängern die angebliche Benachteiligung des Bauernstands gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Die NZZ fühlt sich an 1.-Mai-Kundgebungen erinnert und spottet über «sozia-

Eine Familie macht um 1930 Holzbündeli bereit zum Transport. Die Zahl der Bauern sinkt damals rasch, doch vor dem Zweiten Weltkrieg arbeiten immer noch 20 Prozent der Schweizer in der Landwirtschaft.

listische Vorbilder», nach denen die Bauern «nun auch einmal auf die Strasse steigen wollen».

Nach dem Wahlsieg der SP bei den Nationalratswahlen von 1928 bildet der Bundesrat die Wählerschaft noch weniger ab als zuvor. Der Freisinn und die Katholisch-Konservativen, die gemeinsam 49 Prozent der Stimmen machten, sehen sich



Die Milch- und Viehwirtschaft entwickelt sich ab dem 19. Jahrhundert zum Hauptzweig der Schweizer Landwirtschaft: Alpaufzug im Greyerzerland, 1940.

Käse wird nicht nur in der Schweiz abgesetzt, hier in Uesslingen (Thurgau), 1966: Milchprodukte sind schon seit dem Mittelalter auch wichtige Exportgüter.

Der Selbstversorgungsgrad liegt in der Schweiz um die 50 Prozent. Importiert wird etwa viel Gemüse, der Lauch jedoch stammt vorwiegend aus heimischer Produktion: Lauchernte im Berner Seeland, 1997.

gezwungen, die Basis der Landesregierung zu vergrössern und damit die Legitimation zu stärken. Nach der Wahl eines BGB-Vertreters repräsentiert der Bundesrat erstmals eine deutliche Mehrheit der Wählerschaft der Nationalratswahlen. Die Aufnahme der lärmig-aufmüpfigen Bauernpartei ins Machtkartell soll helfen, die ländliche Opposition in den bürgerlichen Staat einzubinden. Minger und die BGB sind mit ihren protektionistischen Forderungen berechenbar und in ihrem Antisozialismus solid staatstragend – den Tatbeweis haben sie beim Landesstreik erbracht.

Der *Schweizer Bauer* beschwört am Tag nach Mingers Wahl den alteidgenössischen Mythos: «Die Wahl des Bauern in unsere höchste Landesbehörde führt uns zu jener hohen Linie zurück, da Bauern unseren Staat gründeten, ihn mit ihrer Faust schmiedeten und mit ihrem staatsmännischen Sinn durch gefährliche Brandungen leiteten.» Fühlen sich die Bauern selbst durch Minger im Bundesrat vertreten? Das Volkswirtschaftsdepartement, das sich um die Landwirtschaft kümmert, bleibt ihm verwehrt. Stattdessen wird er Militärvorsteher. Minger und seine Partei tun aber alles dafür, damit er in der öffentlichen Wahrnehmung ein Bauer bleibt. So kultiviert die BGB seine bäuerliche Herkunft und nichtakademische Identität. Die BGB-Basis liest im Parteiorgan: «Wo steht denn geschrieben, dass in unserem Volksstaat nur ein «Gstudierter» Bundesrat werden kann?» Wie wenig imponiere doch «schwächlicher Bildungsdünkel neben dem kraftstrotzenden Mann aus dem Volk», der sich durch unermüdliches Schaffen emporgearbeitet habe.

Ungeachtet seines hohen Amtes pflegt Minger weiterhin das Image des einfachen Bauern. 1938 erklärt er in einer Rede: «In meiner Gesinnung bin ich ein Bauer geblieben. Mit allen Fasern hänge ich auch heute noch an der Scholle, und meine beste Erholung und Stärkung finde ich zuhause auf meinem Bauernhof, im Stall, im Feld und im Wald.» Er lässt sich fotografieren, wie er am Wochenende mit Stumpen im Mund und zurückgekrempelten Hemdsärmeln den Pflug führt.

Der Bürger-Bauern-Block ist in den 1930er Jahren erheblichem Stress ausgesetzt. Dies nicht zuletzt, weil längst nicht alle Bauern die Politik

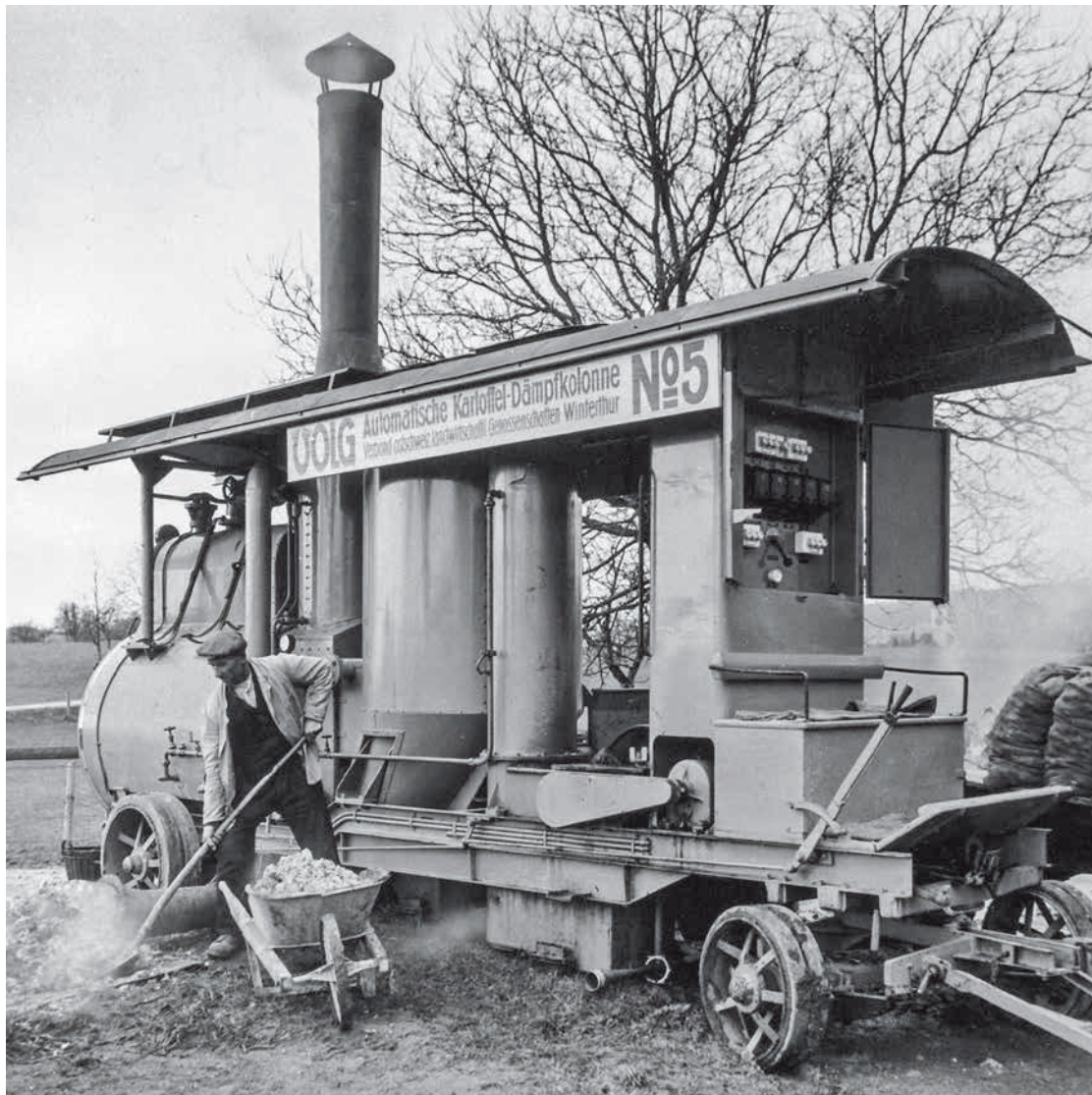
Bilder S. 28: Keystone / Photopress-Archiv / Str. ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Com_C15-096-007; S. 29: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Stiftung Luftbild Schweiz / LBS_LI-970212



der BGB mittragen. In vielen ländlich-protestantischen Gebieten ist die linke Jungbauern- oder Bauernheimatbewegung verbreitet: Sie kritisiert die Wirtschaftspolitik des Bunds, die auf tiefe Preise und Löhne zielt. 1934 spannen die Jungbauern sogar mit den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden zusammen und lancieren die «Kriseninitiative», die umfassende Massnahmen gegen die Wirtschaftskrise verlangt. Aktiv sind die linken Bauern auch in der 1937 gegründeten «Richtlinienbewegung», die ebenfalls ein stärkeres sozial- und wirtschaftspolitisches En-

gagement des Bunds fordert und den Interessenausgleich zwischen Bauernschaft und Arbeitnehmenden sucht. Und selbst die BGB als neue Bundesratspartei lässt sich nur bedingt in eine gemeinsame bürgerliche Politik einbinden. In sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen spannt sie in den 1930er und 1940er Jahren mehrmals mit der SP zusammen.

Mit dem Zweiten Weltkrieg folgt für die Bauern und Bäuerinnen eine goldene Zeit – politisch wie wirtschaftlich. Die Kampagne der «Anbauschlacht», die die Selbstversorgung der Schweiz



erhöhen soll, verhilft der Landwirtschaft zu enormer Bedeutung, die Wertschätzung der Bauern ist so gross wie nie zuvor und nie mehr danach. Die Bauernideologie feiert Urstand in der Geistigen Landesverteidigung. Das kulturell-politische Programm zur nationalen Selbstvergewisserung erlebt seinen Höhepunkt 1939 an der Landesausstellung in Zürich – dort ist das «Landi-Dörfli» mit Bauernhöfen, Bergbauernndorf und ländlichen Gaststätten die wohl beliebteste Attraktion.

Zum Image der wehrbereiten Bauern passt der populäre Bundesrat Minger, der als Vorsteher des

Militärdepartements die Aufrüstung sowie den Aus- und Umbau der Armee vorantreibt. Als sein Triumph gilt insbesondere die «Wehranleihe» von 1936, ein ausserordentlicher Kriegskredit von 235 Millionen Franken. Die Bevölkerung zeichnet mehr als die nötige Anzahl Wertpapiere, obwohl die Verzinsung nicht sonderlich gut ist. Faschismus und Nationalsozialismus begünstigen die innenpolitische Verständigung, 1935 bekennt sich die Sozialdemokratie zur Landesverteidigung. Doch es liegt auch an Rudolf Minger und seinen volkstümlichen Auftritten, dass die Bevölkerung

Bild S. 30: Fenaco Genossenschaft; S. 31 (beide): Schläpfer / Photopress-Archiv / Keystone

mehr Geld für die Armee und längere Ausbildungszeiten akzeptiert. «Es war ein Meisterstück der Staatskunst in der unmittelbaren Demokratie, wie Minger im Parlament und vor dem Volk unter diesen Umständen eine Wehrevorlage nach der andern durchsetzte», wird die NZZ später schreiben.

Fühlt er sich nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als Chef des Militärdepartements überfordert? Oder hat er schlicht keine Lust mehr? Auf Ende des Jahres 1940 tritt Rudolf Minger zurück. Der Schritt überrascht alle – was Minger danach macht, weit weniger: In verschiedenen Vereinen, Verbänden und Kommissionen engagiert er sich wieder hauptberuflich für die Landwirtschaft. Der Mann, der bis zur Wahl in den Bundesrat im Leitenden Ausschuss des Bauernverbands gewirkt hat, kehrt zu seinen Anfängen zurück.

Nach dem Krieg verlieren die Bauern gesellschaftlich rasch an Bedeutung und spielen gesamtwirtschaftlich eine immer kleinere Rolle. Die Zahl der Bauernbetriebe sinkt von 205 000 Mitte der 1950er Jahre auf 70 500 im Jahr 2000. (47 000 werden es 2024 noch sein.) Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft verringert sich im selben Zeitraum von 16 auf 4 Prozent der Erwerbsbevölkerung (2024: 2,3 Prozent). Aber trotz «Bauernsterben»: Politisch bleibt der Einfluss der Landwirtschaft gross. Im Nationalrat legen ihre Vertreter seit den 1980er Jahren anteilmässig sogar zu, anders als in den meisten anderen Parlamenten Europas. Gegenwärtig ist ihre Vertretung in National- und Ständerat viermal so hoch wie ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung.

Wie erklärt sich die anhaltende Beliebtheit der Bauern? Was seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als «bäuerliche Kultur» inszeniert worden ist, stösst in der Konsum- und Wohlstandsgesellschaft der Nachkriegszeit zwar nicht mehr auf so breites Echo wie zuvor. Aber die Vorstellung, dass im Bäuerlichen das Heil der Schweiz liege, bleibt populär und politisch anschlussfähig: Die von den Bauern angeblich verkörperte Natur- und Heimatverbundenheit passt ebenso zu rechtskonservativer Gesellschaftskritik wie zu Forderungen der Naturschutz- und Umweltbewegung.

Seit den 1970er Jahren, als die Diskussion über die Folgen des Wirtschaftswachstums in Gang



Ab den 1870er Jahren organisieren sich die Bauern als Berufsstand, sie bilden Genossenschaften und unterstützen sich etwa bei der Produktion von Futtermitteln. Links ein mobiler Dampfkochtopf, mit dem Kartoffeln für Schweine aufbereitet werden, um 1950.

1954 findet in Luzern die 11. Schweizerische Ausstellung für Landwirtschaft statt. Oben ein Blick in die Abteilung «Ungezieferbekämpfung».

Zu den Attraktionen der «Bauern-Landi» in Luzern gehört Sabor, ein Roboter, den ein Appenzeller Tüftler schon in den 1920er Jahren konstruiert hat.

kommt und das ökologische Bewusstsein wächst, werden die gesellschaftlichen Erwartungen an die Bauern immer vielfältiger. Der Bauernmythos, so der Politologe Karel Ziehli, spaltet sich in einen konservativen und in einen «neu geschaffenen» Zweig. Das heisst: Die Landwirtschaft erscheint nun sowohl als «Garantin der Schweizer Traditionen und der Volkskultur» wie auch als Hüterin des Tierwohls, der Landschaft, der Gesundheit und der Natürlichkeit. Für das Lobbying unterschiedlicher politischer Lager sind solche Erzählungen Gold wert; daneben funktionieren sie auch in der Werbung für Landwirtschaftsprodukte.

Im ökonomischen Richtungskampf wehrt sich der Bauernverband in den Nachkriegsjahrzehnten zunächst erfolgreich gegen wirtschaftsliberale Forderungen nach weniger Preisstützung. Doch

Die SVP gilt bis heute als Bauernpartei. Aber ihre Wahlerfolge kamen erst, als sie in den 1990er Jahren auf Asylfragen fokussierte.

ab den 1970er Jahren fordern die Umweltverbände wie auch die innerbäuerliche Opposition eine weniger intensive Landwirtschaft. Vor allem aber steigt Ende der 1980er Jahre – im Rahmen der neuen Verhandlungen um das Weltfreihandelsabkommen Gatt – der Druck zur Marktöffnung und zum Abbau staatlicher Hilfen. Nun kann der Verband eine Neuorientierung der Schweizer Agrarpolitik nicht mehr abwenden. Gegen den Willen eines grossen Teils der Bauern und ihrer Vertreter reduziert die Schweiz in den 1990er Jahren die Preisstützung und die Exportsubventionen und baut im Gegenzug die produktionsunabhängigen Direktzahlungen aus, die an ökologische Auflagen geknüpft sind (Beitrag Seite 34).

Doch auch so: Dank dem tief verankerten Bauernmythos in all seinen Varianten geniesst die Landwirtschaft bis heute im internationalen Ver-

gleich viel Schutz und viel Unterstützung im Parlament und in der Bevölkerung. Fast die Hälfte der Bruttoeinnahmen der Bauernbetriebe stammt im Durchschnitt vom Staat. Zwar gibt es oft Kritik an den Subventionen, doch die Gesamtausgaben des Bundes für die Landwirtschaft sind in jüngerer Zeit relativ stabil geblieben – obwohl es jährlich weniger Betriebe gibt.

Der Bauernverband versteht es bis heute, Verbündete zu gewinnen. Im Parlament gelingt es den Bauernvertretern regelmässig, Anträge zur Kürzung der Unterstützungsgelder abzuwehren. Seine Schlagkraft zeigt der Verband nach wie vor auch in Abstimmungskämpfen: Mit vielen Organisationen und Institutionen verbunden, bringt der SBV seine Botschaften in allen Landesteilen und in landwirtschaftsnahen Branchen wirksam unter die Leute. Im ländlichen Raum hängen dann jeweils überall Plakate und Transparente.

Die Mobilisierungskraft des Bauernverbands wird zudem auch von den drei grossen Dachverbänden der Wirtschaft geschätzt und genutzt. Man unterstützt sich gegenseitig, wenn es inhaltlich passt. 2022 helfen Economiesuisse, der Arbeitgeber- und der Gewerbeverband mit, die Massentierhaltungsinitiative zu bekämpfen, während der Bauernverband im Gegenzug Unterstützung für das Frauenrentenalter 65 und für die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer organisiert.

Zustande kommt die Zusammenarbeit in diesem Fall durch die Initiative von Economiesuisse – in Zeiten, da es Anliegen der Wirtschaft schwer haben, ist die bäuerliche Hilfe willkommen. Die Abstimmung geht im Sinn der «Geld-und-Gülle-Allianz» aus, wie Kritiker sie nennen. Der Bürger-Bauern-Block, der 1929 Mingers Wahl ermöglichte, findet bis in die Gegenwart situativ zusammen. Geblieben sind freilich auch die Gegensätze: hier der Bauernverband, der für Zollschutz und staatliche Leistungen kämpft, dort die grossen Wirtschaftsverbände, die prinzipiell offene Märkte und weniger Subventionen wollen.

Schon Rudolf Minger erkannte, dass eine Bauernpartei nicht reicht, um die Interessen der Bauern zu schützen – weshalb er die Basis der bernischen Partei 1921 verbreiterte. Fünfzig Jahre später öffnete sich die BGB nochmals, diesmal zur Mitte

hin: 1971 fusionierte sie mit den sozialliberalen Demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus zur Schweizerischen Volkspartei (SVP). Mit dem landwirtschaftlichen Strukturwandel erodierte die BGB-Stammwählerschaft; da war es ratsam, sich neu aufzustellen. Im Programm der SVP tauchten damals Themen wie Ökologie, Konsumentenschutz oder Menschenrechte auf. Ihre Wählerschaft vermochte die Partei nicht zu vergrössern: Sie erreichte in den 1980er Jahren maximal etwas mehr als 11 Prozent. Die Erfolge kamen erst, als sie unter dem Druck von Christoph Blochers Zürcher Sektion in den 1990er Jahren auf Asylfragen und Ausländerkriminalität fokussierte und den aussenpolitischen Alleingang propagierte.

Bis heute gilt die SVP als Bauernpartei und wird auch von einer Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern gewählt, obwohl sie in vielen Fragen wirtschaftsliberale Positionen vertritt. Den Konflikt zwischen diesen Kräften und der bäuerlichen Wählerschaft mit ihrer Affinität zur Umverteilung löst die SVP, indem sie einerseits agrarpolitisch an der Seite des Bauernverbands steht. Andererseits hält sie sich in Abstimmungskämpfen zurück, wenn die Bauern an der Basis – wie jüngst bei der 13. AHV-Rente – SP-Anliegen unterstützen.

Kollidiert die SVP-Politik mit ökonomischen Interessen der Landwirtschaft, werden die Differenzen geschickt überspielt. Zu den neuen Rahmenverträgen mit der EU, die der Bundesrat im Sommer 2025 veröffentlicht hat, sagt die SVP klar Nein, während der Bauernverband das Vertragspaket nicht kategorisch ablehnt – er weiss, dass es den landwirtschaftlichen Grenzschutz auf lange Zeit absichern würde. In dieser Konstellation hilft der Rückgriff auf eidgenössisch-bäuerliche Abwehrbereitschaft: Als die SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher im Herbst 2025 auf einer Holzbühne im Emmental über die EU-Verträge referiert, flankieren das Rednerpult zwei Hellebarden – nach traditioneller Art, so die Botschaft, werde man gegen die «Unterwerfung» kämpfen.

Da ist es wieder, das Bild der wehrbereiten Bauern, die angeblich schon im Mittelalter die Freiheit der Schweiz verteidigt haben. Der Bauernmythos schüttet bis heute Gräben zu und verbreitet eine feierliche Stimmung. |G|



Patrick Feuz, Jahrgang 1967, ist Historiker und war Bundeshausjournalist sowie Chefredaktor beim *Bund*. Heute ist er Kommunikationsberater. Zusammen mit Rahel Freiburghaus und Urs Allematt arbeitet er am Buchprojekt *Gesichter aus dem Bundesrat – Geschichten aus dem Bundesstaat*, das Adrian Vatter initiiert und konzipiert hat.



Rahel Freiburghaus, Jahrgang 1994, aufgewachsen in einer Bauernfamilie im Bernbiet, ist Assistenzprofessorin für Schweizer und Vergleichende Politik an der Universität Lausanne. Sie beschäftigt sich mit dem Vergleich politischer Institutionen, insbesondere in Sachen Föderalismus.



Adrian Vatter, Jahrgang 1965, ist Professor für Schweizer Politik an der Universität Bern. Er hat die erste politikwissenschaftliche Gesamtdarstellung der Schweizer Landesregierung verfasst: *Der Bundesrat* (NZZ Libro 2020).



Weiterführende Literatur

- Werner Baumann und Peter Moser: *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968*. Zürich 1999.
- Christoph Graf: *Vom Klassenkampf zur Konkordanz*. Robert Grimm, Rudolf Minger und die schweizerische Demokratie, in: Nicolai Bernhard u.a. (Hg.): *Gesellschaft und Gesellschaften*. Bern 1982, S. 495–514.
- Andrea Pilotti: *Entre démocratisation et professionnalisation. Le Parlement suisse et ses membres de 1910 à 2016*. Zürich 2017.
- Konrad Stamm: *Minger: Bauer, Bundesrat. Die aussergewöhnliche Karriere des Rudolf Minger aus Mülchi im Lempachthal*. Zürich 2017.
- Matthias Weishaupt: *Bauern, Hirten und «frume edle puren». Bauern- und Bauernstaatsideologie in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft und der nationalen Geschichtsschreibung der Schweiz*. Basel 1992.
- Karel Ziehli: *Le mythe du «Bon paysan». De l'utilisation politique d'une figure idéalisée*. Masterarbeit. Bern 2019.



Zwischen Staat und Scholle

Es ist die Politik, die der Landwirtschaft die Richtung gibt: Sie finanziert sie, und das schon seit über hundert Jahren. Früher verlangte der Staat, dass die Landwirte das Volk ernähren – heute bezahlt er sie auch für Umweltschutz und Landschaftspflege. Die Geschichte der Agrarpolitik.

Von Angelika Hardegger

Es gebe im Leben zwei Parteien, schrieb der Zürcher Bauer Konrad Keller im Jahr 1889: «Auf der einen Seite ist es die Theorie und auf der anderen Seite die Praktik.» Die Vertreter der Theorie, Keller nannte sie «Federhelden», würden Pläne, Verordnungen und Gesetze entwerfen und verlangen, dass die «praktischen Männer» danach handeln. Eine Arbeitsteilung, die in Kellers Augen «Bauernsclaverei» gleichkam: «Wir sind (...) im vollsten Sinne des Wortes bevormundet.»

Keller war mit seinem Groll gegen die aufkommende Agrarverwaltung in guter Gesellschaft. Über zehntausend Bauern folgten ihm in einen Bauernbund, dessen oberste Regel war, «dass jeder, der nicht Landwirth ist, davon ausgeschlossen» bleibt. Der Bund wurde wenige Jahre später wieder aufgelöst, doch der Kampf der Bauern mit den «Federhelden» dauerte fort. Auch heute schimpfen Landwirte über «Schikanen», die ihnen aufgebürdet würden vom Bund. Oder sie wettern in Leserbriefspalten über «Paragrafenreiterei», lehnen sich im *Blick* auf gegen «Bürokratie-Wahnsinn».

Doch wie fing das eigentlich an, dass Politiker und Beamte den Bauern sagen, was sie sollen? Und mit welchen Instrumenten hat der Staat seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert versucht, die Landwirtschaft in seinem Sinn zu formen?

Als Konrad Keller 1889 das Wort ergriff, begann der Bund gerade erst, Agrarpolitik zu machen. Die liberalen Gründer des Bundesstaats hatten es nicht für nötig befunden, die Produktion von Nahrung speziell zu regeln. Die Eliten waren sich einig, die Preise für landwirtschaftliche Güter würden am besten durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Bauern hatten dem Weltmarkt zu gehorchen. Ab den 1860er Jahren gelangten dank Eisenbahnen und Dampfschiffen immer grössere Mengen an günstigem Getreide aus Übersee in die Schweiz, und die Landwirtschaft geriet in eine Krise. Tausende Bauern verliessen ihre Höfe und suchten Arbeit in der Industrie. Diejenigen, die weiterbauerten, stellten vom Ackerbau auf Milchwirtschaft um. Das veredelte Produkt der Milch, der Käse, liess sich auf den internationalen Märkten verkaufen, doch viele Bauern verschuldeten sich.

Die Bauern waren nicht nur finanziell in Not, sie fühlten sich ganz grundsätzlich an den Rand

gedrängt in der Schweiz, die städtischer wurde. Die Industrialisierung warf die Frage auf, welchen Platz die Bauern in der Moderne überhaupt noch haben würden. In diesem Kontext wurde der Bund agrarpolitisch tätig. So zahlte das Handels- und Landwirtschaftsdepartement Beiträge an landwirtschaftliche Ausstellungen oder Vereine mit dem Ziel, die Landwirtschaft gewissermassen auf die Höhe der Zeit zu heben.

Innerhalb der Landwirtschaft kam im ausgehenden 19. Jahrhundert die Forderung nach Zöllen auf, die die Bauern vor der ausländischen Konkurrenz schützen sollten, doch ohne Vertretung in Bern waren die Aussichten auf Erfolg bescheiden. Auch der Bund war interessiert an einer nationalen Bauernorganisation, die den Unmut der Bauern kanalisieren könnte. So beriefen eidgenössische Parlamentarier 1897 ein Treffen ein, das in die Gründung des Schweizerischen Bauernverbands mündete. Ernst Laur, eine spätere Überfigur der Agrarpolitik, betrat die nationale Bühne.

Laur gehörte zu den ersten Agrarwissenschaftlern der Schweiz. Er wurde Direktor des neuen Verbands und erfasste als Vorsteher des Bauernsekretariats, das dem Verband angegliedert und vom Bund finanziert war, die Landwirtschaft statistisch. 1908 wurde Laur Professor an der ETH, und auf dem Höhepunkt seiner Karriere operierte er wie ein achter Bundesrat. «Ein Bauer allerdings wurde ich nie», schrieb Laur in seinen Memoiren. Er war im städtischen Basel aufgewachsen, was ihm zusammen mit der Lebensweise und den Interessen des «Gebildeten» ein «unüberwindbares Hindernis» zum Bauersein schien. In den Begriffen von Konrad Keller war Laur ein «Mann der Feder». Unermüdlich schrieb er nieder, was die Bauern sollten.

Von Beginn an knüpfte Ernst Laur das wirtschaftliche Überleben der Bauern an den Staat. Er kämpfte für Zölle und brachte damit sowohl die

Massenkundgebung für einen besseren Lohn: Am 17. November 1961 demonstrieren über 30 000 Bauern in Bern. Kurz zuvor hat der Bund entschieden, den Grundpreis für Milch auf 45 Rappen zu erhöhen – die Bauern fordern 47 Rappen.

Sozialisten, die an tiefen Lebensmittelpreisen interessiert waren, als auch die Vertreter des Freihandels gegen sich auf. Um seine Forderungen nach Staatseingriffen zu rechtfertigen, setzte Laur auf eine Ideologie des Bauerntums, die die Bauern zum «Fundament des Staats» erklärte.

Der Erste Weltkrieg verhalf seinen Ideen zum Durchbruch. Im Krieg brachen die internationalen Märkte zusammen. Dünger oder Kraftfutter kamen nicht mehr oder zu spät an, ab 1916 fehlte der Schweiz Getreide, um die Bevölkerung mit Brot zu versorgen. Es zeigte sich, dass nur noch die wenigsten Bauern überhaupt über das Wissen verfügten, wie man Getreide oder Kartoffeln anbaute. Die Bauern waren integriert in eine Milchexportwirtschaft, die im Krieg kollabierte, weil der Bund die Ausfuhr von Lebensmitteln verbot.

Der Erste Weltkrieg leitete einen tiefgreifenden Wandel ein. Die politischen Eliten kamen zu dem Schluss, die Nahrungsmittelversorgung sei zu wichtig, um sie den Mechanismen des internationalen Handels zu überlassen. Von nun an sollten sich die Bauern auf die Schweiz konzentrieren, also unter der Führung von Verwaltung und Verbänden jene Lebensmittel herstellen, welche die Bevölkerung benötigte. Die Landwirtschaft wurde vom Weltmarkt abgeschirmt durch Zölle und «vergesellschaftet», wie der Agrarhistoriker Peter Moser schreibt: auf die Bedürfnisse des Inlands ausgerichtet und damit zu einer «Sache des ganzen Volkes» gemacht.

Kurz nach Ausbruch des Kriegs gewährte das Parlament dem Bundesrat unbeschränkte Vollmachten. Daraufhin baute der Bund unter kräftiger Mithilfe von Ernst Laur die Landwirtschaft zu einer «geordneten Wirtschaft» um. In dieser Ordnung arbeiteten die landwirtschaftlichen Verbände Hand in Hand mit dem Staat: Die Verbände organisierten die Versorgung mit Lebensmitteln, der Bund garantierte den Preis und die Abnahme. Butter, Milch und Fette produzierten die Bauern genug, es fehlte vor allem an Getreide. Der Bund versuchte zunächst, die Bauern über hohe Getreidepreise zu einem Mehranbau zu verleiten. Weil dies kaum Wirkung zeigte, setzte er später auch Zwang ein und verordnete den Mehranbau direkt. Die Milchwirtschaft brachten der Bund

und Laur über eine neu gegründete Gesellschaft unter ihre Kontrolle, die Käseunion, die von nun an als Einzige Käse exportieren durfte. Der Milchbranche wurde «eine eigentliche Zwangswirtschaft» übergestülpt, wie der Historiker Beat Brodbeck schreibt.

Doch als der Krieg zu Ende war, wünschten die Milchproduzenten die Unordnung des Weltmarkts nicht zurück. Die «geordnete Wirtschaft» brachte den Bauern Sicherheit – zum Preis von Freiheit. Sie wurden eingebunden in ein nationalstaatliches Projekt, in dem sie laut Peter Moser «nicht nur faktisch eine wichtige Funktion ausübten, sondern dies auch selbst so wahrnahmen». Ernst Laur schrieb im Jahr 1915, die Zukunft der Landwirtschaft liege beim Volk und bei dessen Politik. «Das Volk kann seine Landwirtschaft haben, wie es sie will. Die Landwirtschaft ist weiches Wachs, das Volk und Behörden nach Gutfinden formen können.»

Die politischen Bestrebungen, den Ackerbau auf Kosten des Milchsektors auszudehnen, gipfelten im Zweiten Weltkrieg in der «Anbauschlacht» und einer im Ton immer radikaleren «Indienstnahme» der Bauern, wie Peter Moser zeigt. Prägend war eine neue Generation von Agrarwissenschaftlern, die sich inspirieren liess von der «Getreideschlacht» im faschistischen Italien. Sie betrachteten die Bauern kaum mehr als eigenständige Akteure, sondern als «Arbeiter im öffentlichen Dienst» (Moser). Friedrich Traugott Wahlen, der spätere Bundesrat, der im Eidgenössischen Kriegsernährungsamt den Getreideanbau dirigierte, sagte es in der Zwischenkriegszeit so: Die Bauern benötigten für das Landeswohl ein Recht auf Arbeit und sicheren Lohn. Als Gegenleistung müssten sie sich einer «zielbewussten Produktionsleitung» unterstellen.

Natürlich gab es Bauern, die opponierten. Der Schriftsteller Meinrad Inglin erzählt in seinem Büchlein *Der schwarze Tanner* (1947) von einem Bergbauern, der deshalb «schwarz» genannt wird im Dorf, weil er im Zweiten Weltkrieg seine Milch an der zentralen Sammelstelle vorbei auf dem Schwarzmarkt verkauft. Als der Ackerbauleiter der Gemeinde auf Tanners Hof vorstellig wird, um den von Bern verordneten Anbau von Gemü-

se und Kartoffeln durchzusetzen, fragt ihn die Bäuerin «scharf», ob denn der daraus resultierende Ausfall an Gras und Heu für das Vieh ersetzt werde. Der Ackerbauleiter antwortet, wenn man ein Rind schlachte, reiche das Heu und Gras. Darauf fragt die Bäuerin «auffahrend»: «So, wollt Ihr uns auch noch vorschreiben, wie viel Vieh wir halten dürfen?»

Die Bauern waren Besitzer ihres Landes. Rechtlich unabhängig, verstanden sie sich als «Herr und Meister» auf ihrem Hof, wie der Kaplan in Inglin's Geschichte weiss. Auch die Verwaltung war sich dessen bewusst. Als Friedrich Traugott Wahlen 1943 vor den Delegierten des Schweizerischen Bauernverbands sprach, stellte er darum gleich zu Beginn klar: Die «vielleicht hier und dort vorhandene Ansicht, nach dem Kriege werde die

Agrarpolitik machen, das bedeutete bis in die 1990er Jahre im Wesentlichen: über den Milchpreis streiten.

Wiederherstellung einer vollen Produktionsfreiheit möglich sein», gehöre ins «Reich der Illusionen» und sei «völlig unhaltbar».

So gingen die Bauern aus den Weltkriegen als Service public der Industriegesellschaft hervor, wie Peter Moser schreibt. Sie wurden als jenes «Fundament des Staats» betrachtet, das Ernst Laur seit Jahrzehnten beschworen hatte.

Nach dem Krieg fielen Zwangsmassnahmen wie Anbaupflichten weg. Doch mit dem Wirtschaftsartikel von 1947 bekam der Bund offiziell die Befugnis, die Handels- und Gewerbefreiheit einzuschränken, um einen «gesunden Bauernstand» und eine «leistungsfähige Landwirtschaft» zu sichern. Der Bund lenkte die Landwirtschaft in der Nachkriegszeit vor allem über die Produzentenpreise für wichtige Güter wie Milch oder Getreide, die er festlegte. Agrarpolitik machen,

das bedeutete bis in die 1990er Jahre im Wesentlichen: über den Milchpreis streiten.

Eine oppositionelle Westschweizer Bauerngruppe fragte 1950 im Titel eines Referats: «L'agriculteur, l'employé le plus mal payé et le plus exploité de la Confédération – Quel est le devoir du patron fédéral?» (Der Landwirt, der am schlechtesten bezahlte und am meisten ausgebeutete Angestellte der Eidgenossenschaft – Welche Pflicht hat der Bund als Patron?) Doch obwohl sie sich als Staatsangestellte sahen, wehrten sich die Westschweizer Bauern zugleich gegen eine «étatisation totale» – eine totale Verstaatlichung –, wie Peter Moser und Werner Baumann zeigen. Diese Ambivalenz zwischen Staatsnähe und Staatskritik wurden die Bauern nicht los.

Im Mangel erfunden, funktionierte die staatliche Lenkung über Preise und Abnahmegarantien im Überfluss schlecht. Als die Löhne in der Zeit des Wirtschaftswunders stiegen, konsumierte die Bevölkerung zwar immer mehr Güter und Dienstleistungen, aber die Nachfrage nach Lebensmitteln stieg nur begrenzt; man musste (und konnte) ja nicht immer mehr essen. Die Preise, zu denen die Bauern verkaufen konnten, hinkten der allgemeinen Teuerung hinterher. Um ihre Einkommen zu sichern, mussten sie mehr Menge produzieren.

Im selben Zeitraum kamen Traktoren, Kunstdünger oder Pestizide auf die Höfe, auch Melkmaschinen, zugekaufte Futtermittel und Milchersatz für die Kälber. Solche Neuerungen führten dazu, dass immer mehr Milch produziert werden konnte. Die Überschüsse, die so entstanden, mussten zu Käse, Butter oder Kondensmilch verarbeitet und eingelagert oder zu Tiefpreisen exportiert werden. Weil der Bund diese Verwertung subventionierte und ihn das bei den grösseren Mengen mehr kostete, senkte er den Milchpreis bereits zu Beginn der 1950er Jahre ein erstes Mal. Das bedeutete für den einzelnen Bauern: Wollte er seinen Lebensstandard halten, musste er mehr Milch produzieren. Damit vergrösserte sich der Überschuss noch weiter.

Teile der bäuerlichen Basis schlugen zur Lösung des Problems vor, die Futtermittel und den Milchersatz auf den Höfen zu begrenzen, doch

der Bund lehnte den Vorschlag ab. Es folgte, was Peter Moser eine «kontrollierte Eliminierung der kleinsten bäuerlichen Existenzen» nennt.

Laut Gesetz sollten die Bauern ein Einkommen erzielen, das vergleichbar war mit dem Einkommen von gelernten Industriearbeitern. Doch «die» Bauern gab es nicht. Mitte der 1950er Jahre zählte die Schweiz 178 000 Betriebe, von denen manche drei Hektaren bewirtschafteten, andere dreissig. Der Bundesrat sprach die Preise für Milch nun so, dass «rationell geführte», das heisst mittlere bis grosse Betriebe, ihre Kosten decken konnten. Die Bauern waren also vor dem Weltmarkt geschützt, doch Wettbewerb (oder Strukturwandel) innerhalb der Schweiz war Teil der Politik. Für eine «leistungsfähige Landwirtschaft» propagierten Bundesbeamte und eine wachsende Zahl von Agronomen Effizienz, Rationalisierung und Modernisierung. Das Ziel war die Industrialisierung der Landwirtschaft innerhalb der Grenzen des bäuerlichen Familienbetriebs.

Ab den 1960er Jahren empfahl die Verwaltung den Bauern insbesondere den Bau von grösseren Geflügel- und Schweineställen. Diese «innere Aufstockung» der Höfe war nur mit viel zugekauftem Futter möglich – die neue Politik brach darum radikal mit der bisherigen Praxis, wie Peter Moser betont: Agrikultur, dem Wort nach bodenabhängig, sollte plötzlich auch bodenunabhängig möglich sein. Der Boden sei durch die Agrarpolitik zu einer «Hilfsquelle» degradiert worden, schreibt Moser. Hatte der Zürcher Bauer Konrad Keller noch völlig selbstverständlich geschrieben, die «unveränderliche Grundeinheit» Natur bezahle Landwirten den Lohn, saisonal und wetterabhängig, sandte Bern nun aus: Entscheidend sei der effiziente Einsatz von Kapital.

Mit der Industrialisierung kauften viele Bauern mehr Betriebsmittel ein, als sie mit dem Ertrag ihrer Arbeit zahlen konnten. Neben den Bauern, die ihre Höfe unaufhörlich aufgaben, gehörten die Ökonomen zu den Ersten, die bemerkten, dass agrarpolitisch etwas schief lief. Sie kamen ab den 1970er Jahren zu dem Schluss, das System der garantierten Preise und Absätze sei unhaltbar, da der Markt nur begrenzt Milch, Käse oder andere Erzeugnisse aufnehmen konnte. Sie forderten, die

staatlich garantierten Preise abzuschaffen. Die Einkommen der Bauern seien stattdessen über Direktzahlungen zu sichern. Das heisst: über Gelder, die den Bauern ausbezahlt werden, ohne dass sie dafür Waren abliefern müssen.

Die Ökonomen hielten solche Zahlungen für gerechtfertigt, weil die Bauern Aufgaben erfüllten, die über die Nahrungsmittelproduktion hinausgingen, zum Beispiel in der Kriegs- und Krisenvorsorge oder in der Landschaftspflege. Der radikalste Kritiker war Henner Kleinewefers, ab 1975 Professor in Fribourg, der bezweifelte, dass in der Schweiz überhaupt Nahrung angebaut werden sollte. Da man sich über den Weltmarkt viel günstiger versorgen könnte, ergab das Bauern für ihn «schlichtweg keinen Sinn»; für Krisenzeiten genüge eine landwirtschaftliche «Produktionsbe-

Das neue System der Direktzahlungen war ein Bruch: Die Bauern bekamen Aufgaben, die über die Ernährung hinausgingen.

reitschaft», argumentierte er. Damit stellte er erstmals seit den Weltkriegen den Konsens infrage, dass die Bauern die Bevölkerung ernähren sollen.

Kleinewefers schlug vor, die Bauern zu Dienstleistern im Umweltschutz umzufunktionieren. Er publizierte seine Gedanken im Jahr 1972; der Club of Rome hatte gerade die *Grenzen des Wachstums* herausgegeben (NZZ Geschichte Nr. 51, März 2024). Weil sich das «öffentliche Gut Umwelt» wesentlich im Eigentum der Landwirtschaft befinde, müsse die Agrarpolitik «eine zentrale Stellung in der Umweltschutzpolitik einnehmen», schrieb Kleinewefers. Statt weiterhin zur Umweltbelastung beizutragen, sollten die Bauern die Umwelt «konsumreif» machen. Damit würden sie «zu einer Art «beamteten Landschaftspflegern und -verwaltern», (...) vergleichbar etwa mit dem Beruf des Försters».

Illustration: Agata Marszałek

So provokant Kleinewefers' Gedanken waren: In den Grundzügen bereiteten sie einen Systemwechsel vor, der zu Beginn der 1990er Jahre eingeleitet wurde. Möglich wurde er, weil das alte Regime auch aus der Landwirtschaft heraus angegriffen wurde. Die Kleinbauern schlossen sich 1980 am Bauernverband vorbei zu einer eigenen Vereinigung zusammen und prangerten die geltende Agrarpolitik, die sie opferte, als Irrweg an. Hinzu kam ausserpolitischer Druck: Der Bundesrat verpflichtete sich im Rahmen des internationalen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt, die Preisstützungen und Exportsubventionen abzubauen.

Ab den 1990er Jahren baute der Bund die alte Milchordnung zurück. Die Käseunion wurde liquidiert, Mindestpreise und Absatzgarantien fielen weg. Wie die Ökonomen gefordert hatten, führte der Bund Direktzahlungen ein, um die Einkommen der Bauern zu sichern. Der Bruch war fundamental: Die Landwirtschaft bekam Aufgaben über die Produktion von Nahrung hinaus. Seither gilt sie in der Schweiz als «multifunktional».

Die «Multifunktionalität» führt dazu, dass die Gewichtung der Funktionen politisch immer neu verhandelt wird. Die meisten agrarpolitischen Kämpfe kreisen heute um die Frage, welche Aufgabe Vorrang hat: Sollen die Landwirte zuvorderst «produzieren», also Essen und Kalorien? Wie wichtig ist ihre Aufgabe im Umweltschutz? Das meiste Geld erhalten die Bauern bis heute pauschal ausbezahlt, also pro Hektare, die sie bewirtschaften, für die «Sicherung der Versorgung». Jener Anteil des Direktzahlungsbudgets, der Bauern für ökologische Leistungen vergütet, zum Beispiel für Ökowieden, Wildhecken oder den Verzicht auf Herbizide, ist seit der Einführung des neuen Systems aber gestiegen.

Das Direktzahlungsbudget verleiht dem Staat grosse Lenkungsmacht, denn die Bauern sind auf die Zahlungen angewiesen. Nur die einkommensstärksten dreissig Prozent der Höfe erwirtschaften mit ihren Produkten überhaupt einen Gewinn. Freier sind die Bauern unter den Direktzahlungen also nicht geworden. Der Historiker Peter Moser spricht von einer «Reregulierung». Will ein Bauer etwa Geld für eine Ökowieze erhalten, schreibt der Staat ihm vor, ob und wie er die Wiese düngen oder

wann er sie frühestens mähen darf. Im Umgang mit solchen Auflagen gilt, was der Bauer Konrad Keller schon 1889 beobachtete: Die «Männer der Praxis» bezweifeln oft, dass das, was «die Männer der Feder» entworfen haben, in der Praxis «ausführbar, zweckmässig und lohnend» sei.

Unbestritten bleibt bei allem Unmut über die Verwaltung innerhalb der Bauernschaft, dass ihre Beziehung zum Staat eine besondere sei. Diese Haltung sprach aus Hansjörg Walter, dem früheren Präsidenten des Schweizerischen Bauernverbands, als er 2022 sagte: «Der Staat verteilt keine Mittel an die Bauern – er setzt sie ein.» Oder aus dem Landwirt Sepp Oetiker, der nach dem russischen Angriff auf die Ukraine in der Bauernpresse das Wort ergriff. Oetiker strich in seinem Leserbrief den Wert von Pflanzenschutzmitteln hervor und kritisierte «diverse Punkte in unserer Agrarpolitik», die die inländische Versorgung erschwerten. Seinen Leserbrief unterzeichnete er als «Alt-Landwirt» – er verstand das Landwirtsein weniger als Beruf denn als Mandat. |G|



Angelika Hardegger, Jahrgang 1991, ist Reporterin beim digitalen Magazin *Republik*. Sie hat Geschichte an der Universität Bern studiert und mehrere Jahre das Dossier Agrarpolitik in der Inlandredaktion der NZZ betreut.



Weiterführende Literatur

- Werner Baumann: Bauernstand und Bürgerblock. Zürich 1993.
- Ders. und Peter Moser: Bauern im Industriestaat. Zürich 1999.
- Beat Brodbeck und Peter Moser: Milch für alle. Baden 2007.
- Patrick Halbeisen u. a. (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012.
- Ernst Langthaler und Josef Redl (Hg.): Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960. Wien 2005.
- Peter Moser: Der Stand der Bauern. Frauenfeld 1994.
- Ders.: Eine «Sache des ganzen Volkes»? in: *Traverse* 7 (2000), Nr. 1, S. 64–79.

Die verkaante Revolution

1653 erhoben sich in der Eidgenossenschaft die Bauern: Sie forderten politische Rechte, verbündeten sich gegen die Herren und belagerten die Städte Bern und Luzern. Der «Bauernkrieg» ist ein grosses Ereignis der Schweizer Geschichte. Doch warum spielt er in der Erinnerung des Landes kaum eine Rolle?

Von Gerhard Meister

Es ist eher ungewöhnlich, wenn ein Kind sich mit den brutalen Hinrichtungsmethoden früherer Zeiten beschäftigt, aber ich bin nun einmal in dem Bauerndorf aufgewachsen, an dessen Eingang, überragt von einer mächtigen Linde, das Denkmal steht für Niklaus Leuenberger. «Obmann im Bauernkrieg. Geboren in Rüderswil, 1615. Hingerichtet in Bern, 1653. Er starb für des Landes Freiheit und Wohlfahrt.» So lautet die Inschrift. Dass Leuenberger in Bern gevierteilt wurde, das steht nicht auf dem Denkmal, ich erfuhr es aber schon sehr früh, und dass da einer, wie erzählt wurde, von vier Pferden auseinandergerissen wurde, das beschäftigte meine kindliche Phantasie.

Auch wenn es in Wahrheit keine Pferde waren damals, sondern das Beil des Henkers, das die Arme und Beine Leuenbergers von seinem Leib trennte, so benutzte dieser Henker doch ein eigenes zu diesem Zweck vorgesehenes Messer, um Leuenberger von unten nach oben aufzuschlitzen und seine Innereien aus ihm herauszureissen. Von diesem speziellen Messer habe ich aber erst viel später erfahren, nachdem ich meine Recher-

che begonnen hatte für ein Theaterstück über den Schweizer Bauernkrieg. Im letzten Sommer wurde es nahe bei Huttwil im Emmental unter freiem Himmel aufgeführt.

Sie hatten viele Stunden, wenn nicht Tage Fussmarsch auf sich genommen, um hierherzukommen, auf ein offenes Feld beim Landstädtchen Huttwil. Sie kamen aus dem Emmental, sie kamen aus Luzern, aus Solothurn und aus Basel. Es waren Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende, und sie kamen zu Tausenden, um mit in den Himmel erhobenem Schwurfinger einen Eid auf ihren Bund abzulegen. Es war der 14. Mai 1653, und schon der Vorgang des Schwörens selber bedeutete eine Kampfansage. Für die Stadtregierungen, die über das Land herrschten, waren die Menschen, die sich in Huttwil versammelten, nämlich alle Untertanen, die nur schwören durften, wenn es im Ritual der Huldigung geschah, das ihren Gehorsam gegenüber der Obrigkeit bekräftigte. Für Untertanen gab es nur Gehorsam, und wenn sie Glück hatten Gnade, sonst aber, sollten sie ihren Gehorsam verweigern, nichts als strafende Gewalt.

«Kein bedeutender Mann»? Lange urteilten die Historiker ungnädig über den Bauernführer Niklaus Leuenberger (1615–1653). Das Bild von Hans Heinrich Glaser zeigt ihn in den Kleidern, die er bei seiner Gefangennahme trug.

Bild: Kunstmuseum Basel, Kupferstichkabinett





Bern hat just vor dem Bauernkrieg in neue Befestigungsanlagen investiert: Auf der Stadtansicht von Matthäus Merian, entstanden gegen 1640, sind im Westen der Stadt die Grosse und die Kleine Schanze zu sehen.

Die Männer, die in Huttwil ihren Bund schworen, taten es, indem sie die Schwurformel ihrem Anführer Niklaus Leuenberger nachsprachen. Mitte des 19. Jahrhunderts hat der liberale Publizist und Maler Martin Disteli diese Szene in einem Bild dargestellt, Leuenberger kniet auf einem Tisch, den Blick himmelwärts gerichtet als Zeichen, dass sein Kniefall vor Gott geschieht und nicht vor der Obrigkeit, wie es beim Huldigungseid der Fall war.

Für ihren Bund wollten die Untertanen mit «Leib, Hab, Gut und Blut» eintreten. So stand es im Bundesbrief, den sie in Huttwil beschworen. In diesem Brief forderten sie Versammlungsrecht und Mitbestimmung beim Erlass neuer Gesetze und Vorschriften. Kurz, sie wollten nicht mehr Untertanen sein, sondern politische Subjekte. Die Herren in den Städten aber blickten ins Ausland, wo sich der Absolutismus etablierte. Diesen nahmen sie sich zum Vorbild und eiferten ihm nach. Politisches Subjekt gab es für sie deshalb nur eines: nämlich sie selber.

Schon 1481, im sogenannten Stanser Verkommnis, gab es Bestimmungen, die alle der damals noch acht eidgenössischen Orte zur gegenseitigen Hilfe gegen aufständische Untertanen verpflichteten. Für die Versammlung in Huttwil war die Eidgenossenschaft deshalb ein Herrenbund, dem sie bewusst ihren Landbund gegenüberstellte. Dieser Bund bedeutete ein revolutionäres Aufbegehren gegen die Obrigkeit und stellte damit ganz grundsätzlich die Frage nach der politischen Ordnung der Schweiz und danach, wie sie künftig aussehen sollte. Die Antworten auf diese Frage lagen so weit auseinander, dass sie nur noch ein Krieg entscheiden konnte. Ein Krieg, zu dem im Übrigen schon gerüstet wurde.

Am 20. Mai 1653 war es dann so weit: Die dreizehn Orte der Eidgenossenschaft erklärten ihren Untertanen den Krieg. Die Tagsatzung – die Versammlung der eidgenössischen Orte – mobilisierte drei Heere, insgesamt rund 20 000 Soldaten. Im Westen griffen die Berner auf Truppen aus der französischen Schweiz zurück, das Ostschweizer

Heer wurde von Zürich getragen, und der Stadt Luzern kamen Truppen aus den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden und Zug zu Hilfe. Zehntausende von Aufständischen zogen daraufhin vor die Tore der Städte Bern und Luzern.

Noch im Mai brachten Verhandlungen und Verträge, die im Falle Berns eine reine Kriegslist waren, scheinbar Frieden, doch schon Anfang Juni kam es in Wohlenschwil im heutigen Kanton Aargau zu einem Gefecht und einer Niederlage der Aufständischen gegen das Tagsatzungsheer aus Zürich. Kurz darauf kämpften die Berner Bauern bei Herzogenbuchsee gegen das Tagsatzungsheer aus der Westschweiz, ein blutiges Rückzugsgefecht, das die militärische Unterlegenheit der Aufständischen noch einmal zeigte. Auf den kurzen Krieg folgte die brutale Bestrafungsaktion der Städte: Hinrichtungen, mit Folter erpresste Geständnisse, Verschickung auf die venezianischen Galeeren, horrenden Geldstrafen. Die Revolution von 1653 war gescheitert. Die Bevölkerung auf dem Land blieb untertänig, und bis sie als politisches Subjekt anerkannt war, sollte es noch lange dauern. Erst 1798 hob die Verfassung der Helvetischen Republik alle Untertanenverhältnisse auf.

Wäre ich nicht zufällig in der Gemeinde aufgewachsen, aus der der Anführer der gescheiterten Revolution von 1653 stammt, ich weiss nicht, ob ich jemals mehr gewusst hätte, als dass es da einmal einen sogenannten Bauernkrieg gegeben hat in der Schweizer Geschichte – den ich dann vielleicht verwechselt hätte mit dem Deutschen Bauernkrieg (*NZZ Geschichte* Nr. 58, Mai 2025). Auch das Geschichtsstudium brachte mir diesen schweizerischen Krieg nicht näher, obwohl ich in Früher Neuzeit abschloss und sogar bei einem Spezialisten für Bauernaufstände, Peter Blickle nämlich, dem Verfasser des Standardwerkes zum Deutschen Bauernkrieg von 1525.

Dieser Krieg, der deutsche, sprengte die regionalen Grenzen mittelalterlicher Aufstände, und in revolutionärer Art und Weise wurde die Forderung nach politischer Mit- und Selbstbestimmung erhoben. Ganz ähnlich kam es auch in der Schweiz immer wieder zu lokalen Aufständen, aber erst jener von 1653 überwand die Grenzen von Kantonen und Konfessionen und zielte auf eine revolu-

tionäre Erhebung der gesamten eidgenössischen Landbevölkerung.

Natürlich könnte man nun einwenden, der Deutsche Bauernkrieg mit seinen vielleicht hunderttausend Toten habe zahlenmässig eine ganz andere Dimension als der Krieg, der sich in unserem Land abspielte und laut Schätzungen einige hundert Opfer forderte. Aber was in der vergleichsweise ereignisarmen Schweizer Geschichte lässt sich schon mit den Kriegen und Katastrophen vergleichen, wie sie die Geschichte des umliegenden Europa geprägt haben? Innerhalb der Schweizer Geschichte stechen die Ereignisse des Jahres 1653 deshalb grell hervor und können es mit allem aufnehmen, was sich in diesem Land sonst noch an historisch Bedeutsamem ereignet hat. Aber warum habe ich das nicht in der Schule gelernt? Und ging es mir nicht während des Studiums auf? Warum musste ich zum Autor eines Theaterstücks über den Bauernkrieg werden, bis mir seine Bedeutung klar wurde?

Daran, dass die Ereignisse von 1653 zu wenig dramatisch gewesen wären, liegt es nicht. Schon nur das Tempo, mit dem aus Frieden Krieg wurde, ist beeindruckend. Noch zu Beginn des Jahres war Niklaus Leuenberger ein wohlhabender Bauer, der mit den Staatsorganen im besten Einverständnis stand. Samuel Tribolet, der Landvogt von Trachselwald, war sogar der Taufpate eines seiner Kinder. Doch hinter der scheinbaren Normalität lagen schwerwiegende wirtschaftliche Probleme.

Viele Bauern waren verschuldet und wurden von ihren Höfen vertrieben, die Stadt Bern, selber in Geldnot, führte neue Abgaben und Bussen ein, und gerade der Landvogt Tribolet war berüchtigt dafür, sie mit aller Härte einzutreiben. Dann wertete die Stadt Bern den Berner Batzen, eine damals weitherum verwendete Münze, massiv ab und kündigte das mit Absicht so knapp an, dass den Leuten auf dem Land keine Zeit mehr blieb, ihr Geld einzutauschen. Das traf besonders hart das Entlebuch, und dort begann dann auch, Anfang 1653, der offene Protest, der sich bald auf bernisches Gebiet, später auch auf Basel und Solothurn ausweitete.

Wie viele andere Revolutionen wurde auch jene von 1653 durch ökonomische Konflikte aus-

gelöst. Und auch 1653 ging es dann plötzlich um mehr. Unter der Vermittlung der eidgenössischen Orte kam im April nämlich ein Verhandlungsergebnis zustande, das für die Luzerner und Berner Untertanen wirtschaftlich sehr günstig war. Doch politisch kam es einer Demütigung gleich. Die Forderung nach Versammlungsrecht und Mitsprache beim Erlass von Gesetzen wurde abgeschlagen, die Landbevölkerung sollte zudem ihren Protest als Rebellion wider göttliches und weltliches Recht und somit als verbrecherisches Vorgehen erkennen und mit einem Kniefall Abbitte tun und den Untertaneneid erneuern.

Die Entlebucher verweigerten sich, und ihr Kampfgeist sprang einmal mehr auf das Emmental über, dessen Delegierte vorher schon das Vermittlungsangebot angenommen und in Bern den Kniefall vor den Herren getan hatten. Doch das spielte jetzt keine Rolle mehr, die Untertanen von Luzern, Bern und auch Basel und Solothurn schlossen am 14. Mai ihren Landbund gegen den Herrenbund, aus dem Protest war eine Revolution geworden.

Nun gut, könnte man jetzt einwenden, war es von der Idee her eben revolutionär, was 1653 passierte – aber war dieser in Huttwil geschworene Bund mit seinem Ziel, nicht nur die dort versammelten, sondern die Landleute der gesamten Eidgenossenschaft zu einem Bund zusammenzuschliessen, nicht von Anfang an chancenlos und damit zur historischen Fussnote verurteilt?

Wie es um das militärische Kräfteverhältnis stand, war aber zu Beginn noch völlig offen. Die Obrigkeiten hatten das Problem, dass sie über keine stehenden Heere verfügten, sie konnten nur ein Milizheer mobilisieren, also genau jene Untertanen, die sich nun gegen sie erhoben. Entscheidend für den Ausgang des Kriegs wurde, dass es Zürich und damit der militärisch mächtigsten Stadt gelang, ihre Untertanen von einem Aufstand abzuhalten.

Zürich schickte Delegationen bis in den hintersten Winkel des Kantons, die den Leuten den Konflikt in Luzern und Bern aus ihrer Sicht erklärten, des Weiteren Klagen und Beschwerden sorgfältig protokollierten und Abhilfe versprachen. Und zum Schluss wurde im Namen der Re-

gierung grosszügig Speis und Trank aufgetischt. Dann gab es aber auch die Erinnerung an den nur einige Jahre zuvor mit Gewalt unterdrückten Aufstand in Wädenswil und damit die Mahnung, dass Zürich nicht nur über Zuckerbrot, sondern auch über eine Peitsche verfügte. So kam es, dass die Zürcher Untertanen praktisch widerspruchslos gehorchten, als sie den Mobilisierungsbefehl erhielten.

Gut, könnte man jetzt wieder bemerken, in Zürich war es knapp, aber am Schluss ging der Krieg für die Aufständischen verloren, und positive Folgen hatte der Bauernkrieg offensichtlich keine, die Landleute blieben ja weiterhin Untertanen.

Ja, die Landleute blieben zwar Untertanen, aber die Obrigkeiten wurden durch diesen Krieg zutiefst verunsichert und getrauten sich danach nicht mehr, ihre Herrschaft weiter Richtung Absolutismus auszubauen. 1714 veröffentlichte Abraham Stanyan in London einen Bericht über die Verhältnisse in der Schweiz, die er als englischer Gesandter in Bern bestens kannte, und schrieb, dass die Regierungen «ihren Untertanen kaum irgendwelche Steuern auferlegen. Auch sind sie zweifellos die freiesten und die am besten behandelten Untertanen, die es auf der Welt gibt. Das machen die Obrigkeiten, damit sie keine Aufstände befürchten müssen.»

Und tatsächlich: Während es vor 1653 immer wieder zu Aufständen der Untertanen gekommen war, hielten sich diese nach 1653 weitgehend still. Dafür wurden die Städte nun öfter zu Schauplätzen von Unruhen, die Kritik an den Regierungen verschwand nicht. Und sie verpuffte auch nicht wirkungslos. Das Unruhepotenzial, das sich im Bauernkrieg zeigte, brachte die Obrigkeiten vielmehr dazu, auf Projekte für stärkere Kontrollen und Besteuerungen zu verzichten, wie der Historiker Nadir Weber schreibt. Generell markierten gescheiterte Revolutionen in der Schweizer Geschichte «vielfach den Beginn eines Aushandlungsprozesses, der auch für die unterlegenen Gruppen zu annehmbaren Resultaten führte» (NZZ Geschichte Nr. 57, März 2025).

Den Beobachtungen von Abraham Stanyan gibt die historische Forschung also recht, allerdings erst seit kurzer Zeit. Noch in den 1980er Jah-

Bild: Bernisches Historisches Museum, Foto Stefan Rebsamen



Eine Allegorie der Republik Bern, gemalt 1682 von Joseph Werner, zeigt die Ordnung der Gesellschaft: «Berna» wird von einem mächtigen Bären – dem Patriziat – gestützt und von einem Untertan mit Früchten versorgt.

ren war in einem gängigen Handbuch zur Schweizer Geschichte das Gegenteil zu lesen: Die Untertanen seien rechtlos geblieben und die weitere Entwicklung zum Absolutismus durch den Aufstand noch gefördert worden. Damit sind wir schon bei den Gründen, weshalb der Schweizer Bauernkrieg bis heute nicht den Platz hat im historischen Gedächtnis, der ihm gebührt.

Zuerst und ganz simpel: Die Sieger schreiben die Geschichte. Nach den Todesurteilen kamen die Verbote, über den Krieg zu sprechen, und schliesslich neue Androhungen von Todesurteilen. Grund dafür waren die Wallfahrten zu den Hinrichtungsstätten der Bauernführer, die als Heilige angesehen und zu denen gebetet wurde. Die Berner Regierung erwirkte das Verbot eines



Ein Kniefall vor Gott – nicht vor der Obrigkeit: Am 14. Mai 1653 spricht Niklaus Leuenberger in Huttwil die Schwurformel des Bauernbunds vor. In der linken Hand hält er den Bundesbrief, den die Untertanen beschwören. Darstellung von Martin Disteli, um 1840.

Zürcher Kupferstichs, auf dem der «Schandt- und Ertzverführer» und «Schandhub» Leuenberger abgebildet war; die Luzerner Regierung gebrauchte offiziell nie das Wort «Purenkrieg», redete, wenn es nicht anders ging, von «diesem Vorgang» oder allerlei «Acta und Facta». Noch im 2006 erschienenen Prachtband *Berns mächtige Zeit* über die Berner Geschichte des 16. und 17. Jahrhunderts sind dem Bauernkrieg gerade zwei Seiten gewidmet, gleich viele wie zum Beispiel dem Glasmaleratelier Fisch in Aarau und vier weniger als dem Ausbau des Berner Münsters in jenen Jahren.

Vor der Bundesstaatsgründung von 1848 bekam der Bauernkrieg im Kampf der Liberalen gegen die konservative Restauration kurz einen Platz im Rampenlicht. In diesen Zusammenhang gehört Martin Distelis Darstellung des schwörenden Leuenberger. Auch den Entlebucher Bauernführer Christian Schibi hat Disteli porträtiert. Er zeigte ihn, im Verhör durch das obrigkeitliche Gericht auf die Folter gespannt, in deutlicher Parallele zu Jesus als Figur eines Erlösers, der mit seinem Leiden die Bauern von der feudalen Knechtschaft befreit.

Nach der Bundesstaatsgründung wurde der Bauernkrieg rasch wieder zur Seite gewischt. Der Kampf gegen die Konservativen war gewonnen, und dem neu aufbrechenden Konflikt zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse wurde ein harmonisierendes Geschichtsbild gegenübergestellt, Streit und Kriege gab es da nur mit dem bösen Ausland, für das die Habsburger standen. Folgerichtig bekam der 1. Mai der Arbeiterbewegung, der in der Schweiz 1890 zum ersten Mal abgehalten wurde, ein Jahr später Konkurrenz vom 1. August, mit dem sich das seit 1291 ununterbrochen einige Schweizer Volk feierte.

Kein Zufall ist es deshalb auch, dass eine der ganz wenigen Gesamtdarstellungen des Schweizer Bauernkriegs von Hans Mühlestein stammt, der als Marxist auch in der Schweiz nicht Einigkeit sah, sondern als Grundmotor der Geschichte den Klassenkampf. In seinem 1942 erschienenen Werk beschreibt er den Schweizer Bauernkrieg als eine Vorform der späteren bürgerlichen Revolution und folgt damit Friedrich Engels, der schon hundert Jahre zuvor den Deutschen Bauernkrieg auf die gleiche Weise gedeutet hatte.

Ein Problem des Bauernkriegs ist es auch, dass er Bauernkrieg heisst. Obwohl der Begriff aus der damaligen Zeit stammt und tatsächlich die Mehrheit der Aufständischen Bauern waren, führt er zu falschen Vorstellungen und auch falschen Vereinnahmungen. Als 1904 in Liestal ein Denkmal für die Basler Aufständischen eingeweiht wurde, sprach Ernst Laur, der Sekretär des Schweizerischen Bauernverbands, und er sprach über die Interessen und Probleme der Bauern, die zwar nicht mehr wie damals den Zehnten abzuliefern hätten, in der Gegenwart aber unter den tiefen Preisen für ihre Produkte litten. Auch an die Premiere meines Stücks in Huttwil war eine Vertreterin eines Bauernverbands eingeladen, quasi als Nachfolgerin der Aufständischen. In ihrem Referat verband sie das Damals mit dem Heute und sprach dabei wie Ernst Laur mehr als hundert Jahre zuvor ausschliesslich über Probleme und Interessen von Bäuerinnen und Bauern, einer mittlerweile verschwindend kleinen Bevölkerungsgruppe.

Auch wenn im 17. Jahrhundert noch neunzig Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es gerade nicht bäuerliche Interessen, die den Konflikt von 1653 zu einem revolutionären Aufstand und Krieg machten, sondern der Wunsch nach politischer Partizipation des ganzen Volks, das von den Obrigkeiten in den Städten zu Untertanen degradiert wurde. Auch eine Vertreterin der Kantonsregierung war an die Theaterpremiere geladen, und pflichtschuldig drückte sie ihr Bedauern aus über das Vorgehen der Obrigkeit von damals, als deren historische Erbin sie jetzt auf der Bühne stand. In Wirklichkeit aber war sie genauso eine Erbin und Nachfolgerin der aufständischen Untertanen wie die mit ihr zur Premiere geladene Bäuerin.

Die Bezeichnung «Bauernkrieg» ist aber noch auf eine andere Art ein Problem. Ich bin ziemlich sicher, das Underrating der Revolution von 1653 hat auch mit etwas zu tun, was heute Klassismus heisst, also der Abwertung sozialer Gruppen aufgrund ihrer ökonomischen Stellung in der Gesellschaft. Und eben, Bauern blicken ja nun mal nicht über den Rand ihrer Scholle, sie sind dumm, sie sind rückwärtsgewandt, Neues und Zukunftsweisendes ist von ihnen nicht zu erwarten. Was

Bild S. 46/47: Schweizerisches Nationalmuseum, SNM, DIG-3726_LM-41985; S. 49: Schweizerisches Nationalmuseum, SNM, GBE-85733_LM-41987



Christian Schibi, der die Entlebucher Bauern anführte, wird wie die anderen Köpfe des Aufstands mit aller Härte bestraft. Martin Disteli zeigt den Gefolterten in jesusgleicher Pose vor der pelztragenden Obrigkeit, 1839.

hier wie eine Reihung schlimmer Vorurteile daherkommt, bestimmte über lange Zeit den Blick auf den Bauernkrieg.

Besonders deutlich wird das an der Charakterisierung des Bauernführers Niklaus Leuenberger. Bevor er seine Aufgabe übernahm, lebte er «das einsame und einförmige Leben seines Standes». Er war «kein bedeutender Mann», «Energie und persönlicher Muth, Menschenkenntnis und Kriegstüchtigkeit fehlten ihm fast gänzlich». So steht es in der *Allgemeinen Deutschen Biographie* von 1883. «Sein Vorgehen war unentschlossen, es fehlte ihm der weite Blick und besonders der persönliche Mut.» So der Historiker Hans Nabholz 1904. Und noch 1985 sieht Edgar Bonjour in Leuenberger einen «zwischen Regierungstreue und Auflehnung schwankenden, über keine klaren Zielvorstellungen verfügenden Bauern», dem ein Amt übertragen wurde, «dem er nicht gewachsen war».

Es stellt sich die Frage, wie ein so unbegabter und wankelmütiger Mann überhaupt Anführer werden konnte, und zwar einer, dessen Autorität und Wort so unangefochten war, dass man später darüber staunte. Zur Erklärung verweisen die erwähnten Autoren auf die stattliche Erscheinung Niklaus Leuenbergers und damit auf eine reine Äusserlichkeit. Oder es wird ihm immerhin eine Redegewandtheit zugestanden, «die den von Natur so schweigsamen Bauern den Eindruck grossen geistiger Überlegenheit machte». Und Leuenberger konnte lesen und schreiben, eine «in seinen Kreisen seltene Kunst», die er allerdings, wie könnte es anders sein, nur «mühsam und schwerfällig» beherrschte.

«Unentschlossen, mutlos, überfordert.» Ein wichtiger Grund für dieses Urteil ist, was im Frühsommer 1653 vor den Toren der Stadt Bern passierte – oder eben nicht passierte. «Leuenberger erliess den Ruf zum Landsturm und schloss mit 16 000 Mann die Stadt Bern ein. Er wusste jedoch seine Macht nicht zu gebrauchen.» So Bonjour. Für

Die Bauern hatten keine Zeit für eine lange Belagerung. Zu Hause auf ihren Höfen wartete das Gras auf den Schnitt.

den Marxisten Mühlestein wird Leuenberger vor Bern zum Verräter. Warum stürmt er nicht die Stadt und erobert sie, sondern schliesst stattdessen den Frieden vom Murifeld, der die Bauern zur Auflösung ihres Bundes zwingt?

Mit dem Murifelder Frieden bekamen die Aufständischen aber auch eine generelle Amnestie und eine Zahlung von 50 000 Pfund, ihn abzuschliessen, war schlicht Realpolitik angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse. Städte liessen sich im 17. Jahrhundert nämlich erst nach monatelanger Belagerung erobern, im Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) hatte sich das mehrfach gezeigt. Zudem hatte die Stadt Bern ihre Mauern erst vor kurzem modernisiert, finanziert mit den Steuergeldern der Untertanen, die sie jetzt überwinden wollten. Die Bauern hatten aber keine Zeit für eine lange Belagerung. Aus Osten nahte ein Heer aus Zürich, das den Blockading sprengen würde. Und zu Hause, da stand das Gras hoch und wartete auf den Schnitt. Überhaupt die ganze Arbeit auf den Höfen. Sie blieb nicht liegen, sondern wurde von den Frauen übernommen, die zusätzlich noch das Brot buken und ohnehin für den Proviant sorgten, der ihre Männer vor Bern ernährte. Wie lange würden sie diese Doppelbelastung durchhalten?

Und woher hätten die Aufständischen wissen sollen, dass Bern den Vertrag vom Murifeld nur als Kriegslist gebrauchte, um sich Luft zu verschaffen und dann zum militärischen Gegenschlag auszuholen? Mit dem zynischen Manöver täuschte Bern übrigens nicht nur die Aufständischen, sondern auch noch gleich das verbündete Zürich. Das wurde über den Friedensschluss ganz einfach nicht unterrichtet. Das Entsatzheer bewegte sich deshalb ungebrems weiter gegen Westen und hatte dann, wie von Bern zur Schonung der eigenen Kräfte beabsichtigt, die erste Schlacht allein zu schlagen. Die Aufständischen hatten nämlich den Frieden bald als Betrug erkannt, griffen erneut zu den Waffen und zogen dem Heer aus Zürich entgegen.

Historische Erinnerung wird vereinnahmt, zurechtgebogen, unterdrückt und neu entdeckt. Das zeigt sich nicht nur am Umgang mit dem Bauernkrieg, sondern schon bei den Akteuren von damals, die ihre revolutionäre Erhebung als eine Wiederholung der Befreiungsgeschichte von 1291 sahen. In den Tagen des Bauernkriegs wurde deshalb ein neues Tellenlied gesungen:

Ach Tell, ich wollt dich fragen:
Wach auf aus deinem Schlaf!
Die Landvögt wend alls haben,
Ross, Rinder, Kälber, Schaf.

Und noch im Herbst des Jahres 1653, der Krieg war lange vorbei, und alle Anführer waren schon hingerichtet, verübten drei junge Männer im Tellenkostüm ein Attentat auf den Luzerner Schultheissen. Ein letztes Nachspiel des verlorenen Kampfs, das alle drei mit dem Leben bezahlten.

Der Glaube, eine legendäre Geschichte zu verkörpern, gibt Flügel und verführt manchmal zu falschen Hoffnungen. Den alten Eidgenossen gelang der Sieg über einen militärisch scheinbar überlegenen Gegner, das gab den Aufständischen den Mut, ihren Krieg zu wagen. Aber gegen den militärischen Fortschritt kam der Mythos nicht an. Das zeigt die Schlacht von Wohlenschwil. Die Aufständischen taten alles, um das in seine Stellungen eingegrabene Heer aus Zürich in die Nähe ihrer mittelalterlichen Hieb- und Stichwaffen zu

Illustration: Agata Marszałek

locken, sie provozierten mit Sprüchen, sie drehten den Zürchern ihre nackten Hintern zu, vergeblich. Als sie den Sturm auf den Feind dann doch wagten, ging er unter im Kugelhagel der modernen Feuerwaffen und Kanonen.

Die Schlussphase des Kriegs war schon der Beginn der erbarmungslosen Bestrafungsaktion, die auf den Krieg folgte. Der Befehlshaber des Zürcher Heers liess die Dörfer Wohlenschwil und Bublikon einäschern, der Kommandant des Berner Heers, General von Erlach, gab seinen Truppen die Freiheit, Dörfer und Felder zu plündern. Niklaus Leuenberger wurde von seinem Nachbarn verraten, dann nach Bern gebracht und dort zum Spott der Leute mit abrasiertem Bart und Holzsword durch die Gassen geführt, daraufhin für Monate verhört und gefoltert. Nach der Hinrichtung wurden sein Kopf und der Bundesbrief an den Galgen, die vier Teile seiner Leiche an die vier Haupttore der Stadt genagelt und dort Fäulnis und Vogelfrass überlassen.

Nein, mit einem so niederschmetternden Ende kann man sein Theaterpublikum nicht entlassen. Ganz am Schluss liess ich also den Leuenberger noch einmal auftreten, aus dem Jenseits und als Verkörperung einer Idee, die sich durch Köpfe abschlagen und Vierteilen nicht aus der Welt vertreiben lässt. Aber was bedeutet der Ruf nach Freiheit und Gerechtigkeit von damals in der heutigen Schweiz? Was nahmen die insgesamt fast zehntausend Zuschauerinnen und Zuschauer mit nach Hause an Geschichtsbildern und möglichen Anwendungen dieser Bilder auf ihre Gegenwart?

Als ich davon hörte, dass die Theateraufführungen zur Gründung eines Vereins inspiriert habe, der sich «In Memoriam 1653» nennt, wurde mir etwas bange. In der Zwischenzeit war mir nämlich klar geworden, wie gut die Geschichte des Bauernkriegs auf den doppelten Gegensatz passt von Land und Stadt, von Volk und Eliten, wie er in der rechtspopulistischen Erzählung propagiert wird. Und noch etwas banger wurde mir, als ich von einer Motion hörte im Berner Kantonsparlament zur Rehabilitierung der Bauernkriegsführer, getragen ausschliesslich von SVP-Politikerinnen und -Politikern. Ein Blick auf die Webseite des neu gegründeten Vereins hat mich dann wieder etwas

beruhigt. Die Forderung, den Bundesbrief von 1291 als Gründungsdokument einer nationalen Demokratie-tradition zu ersetzen durch den Bundesbrief, auf den 1653 in Huttwil geschworen wurde, scheint mir nicht allzu abwegig.

Und wer hätte gedacht, dass ein Bauernkrieger aus dem Entlebuch heute einer amerikanischen Sängerin den Rücken stärkt in ihrem Kampf für LGBTIQ-Rechte? Cyndi Laupers grösste Hits, *Time after Time* etwa oder *Girls Just Want to Have Fun*, entstanden in den 1980er Jahren; für die LGBTIQ-Community engagiert sie sich schon lange, doch erst vor kurzem hat sie erfahren, dass in ihre Ahnenreihe ein gewisser Christian Lauper gehört, der sich im Schweizer Bauernkrieg hervorgetan hat. In der amerikanischen Sendung *Finding Your Roots* erklärte Cyndi Lauper, sie sei stolz auf ihren Vorfahren und sicher, dass sie von ihm ihren Kampfgeist geerbt habe. |G|



Gerhard Meister, Jahrgang 1967, ist im Emmental aufgewachsen und hat in Bern Geschichte studiert. Heute lebt er als Theaterautor und Spoken-Word-Künstler in Zürich. Zuletzt von ihm erschienen: *Cha me das therapiere* (Verlag Der gesunde Menschenversand 2025).



Weiterführende Literatur

- Peter Blickle: Der Bauernkrieg. Die Revolution des Gemeinen Mannes. München 1998.
- André Holenstein: Der Bauernkrieg von 1653. Ursachen, Verlauf und Folgen einer gescheiterten Revolution, in: Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 66 (2004), S. 1–43.
- Hans Mühlestein: Der grosse schweizerische Bauernkrieg. Zürich 1977.
- Andreas Suter: Der Schweizerische Bauernkrieg von 1653. Politische Sozialgeschichte – Sozialgeschichte eines politischen Ereignisses. Tübingen 1997.

Motoren wie wir

Ohne Pferde, Kühe und Hunde wären wir nicht in die Moderne gekommen: Arbeitstiere haben die Landwirtschaft vorangebracht und das Wachstum beflügelt.

Von Claudia Mäder

Seltsam, dass es diese Bilder gibt! Waren arbeitende Tiere nicht längst abgehalftert, als die Menschen zu fotografieren begannen? Mit Lasten beladene Kühe oder Karren ziehende Pferde würden einen im Mittelalter nicht überraschen. Auch in der Frühen Neuzeit würde man sie erwarten, schliesslich waren das Epochen, die noch keine Maschinen und Motoren kannten und deshalb die Muskelkraft der Tiere als Antrieb brauchten. Aber im 19. Jahrhundert, in der Moderne? Da müsste das Vieh doch eigentlich den Ruhestand erreicht haben. So einfach ist die Geschichte aber nicht, oder vielmehr ist sie so einfach falsch. Denn just als sich die europäischen Länder industrialisierten und urbanisierten, sind an vielen Orten immer mehr Pferde, Rinder und Hunde als Arbeitskräfte eingesetzt worden. Um 1900 war der Höchststand erreicht. Der Historiker Hans-Ulrich Schiedt hat konkrete Zahlen errechnet: In der Schweiz, einem Land mit etwa 550 000 Bauern und 680 000 Gewerbe- und Industriearbeitern, wurden damals gut 500 000 Tiere für Trag- und Zugarbeiten genutzt.

Die Dynamik des Fortschritts basierte auf der Kraft der Tiere. In der Landwirtschaft zogen Kühe oder Pferde etliche neue Geräte. Um Dünger auszuführen, Ernten einzubringen oder Felder zu mähen, kamen im 19. Jahrhundert Maschinen auf, die noch keinen Motor hatten. Von Tieren bewegt, steigerten sie die landwirtschaftliche Produktivität, so dass die wachsenden urbanen Zentren mit Nahrungsmitteln versorgt werden konnten. Im Transportwesen wiederum waren zwar alle Augen auf die grossen Innovationen gerichtet – aber Eisenbahnen und Dampfschiffe allein brachten noch nicht viel. Die Massen an Gütern, die während der Industrialisierung produziert und speditiert wurden, kamen von Häfen und Bahnhöfen nur dank tierbetriebenen Fuhrwerken an ihre Bestimmungsorte. In den Städten schliesslich, die sich ständig weiter ausdehnten, mussten Trams oder Omnibusse die Menschen zur Arbeit bringen. Gezogen wurde der frühe öV natürlich von Tieren, und dies zu wenig beneidenswerten Konditionen: Ein Zürcher Trampferd etwa hatte alle zehn Tage einen freien Tag zugute.

Manche Zeitgenossen sahen in den Arbeitstieren nichts als Maschinen – minderwertige, im Vergleich zu den dampf- oder strombetriebenen, die man schon hatte. Die «Fleischmotoren» (sprich: Tiere) hätten einen «elenden Wirkungsgrad», bilanzierte ein Ingenieur um 1930. Andere dagegen blickten mit Empathie auf ihre malochenden Mitlebewesen und betonten die Nähe zu den Menschen, in der die Tiere mit ihren «geistigen Eigenschaften» stünden. So oder so war im frühen 20. Jahrhundert noch allen klar, dass ohne Tiere in der Stadt und auf dem Land wenig ginge. Das änderte sich erst in der Nachkriegszeit. In Kombination mit immer besseren Motoren brachte die billige fossile Energie damals die grosse Wende: Nicht mehr lebende Pferde oder Kühe, sondern vor Urzeiten gestorbene Tiere und Pflanzen sollten fortan die Welt bewegen. |G|



Weiterführende Literatur

- Éric Baratay: Bêtes de somme. Paris 2011.
 Hans-Ulrich Schiedt: Auf den Spuren der Arbeitstiere. Zürich 2024.
 Ders. und Juri Auderset: Arbeitstiere, in: Traverse 28 (2021), Nr. 2, S. 27–42.

Mehr Bilder und Informationen: www.agrararchiv.ch

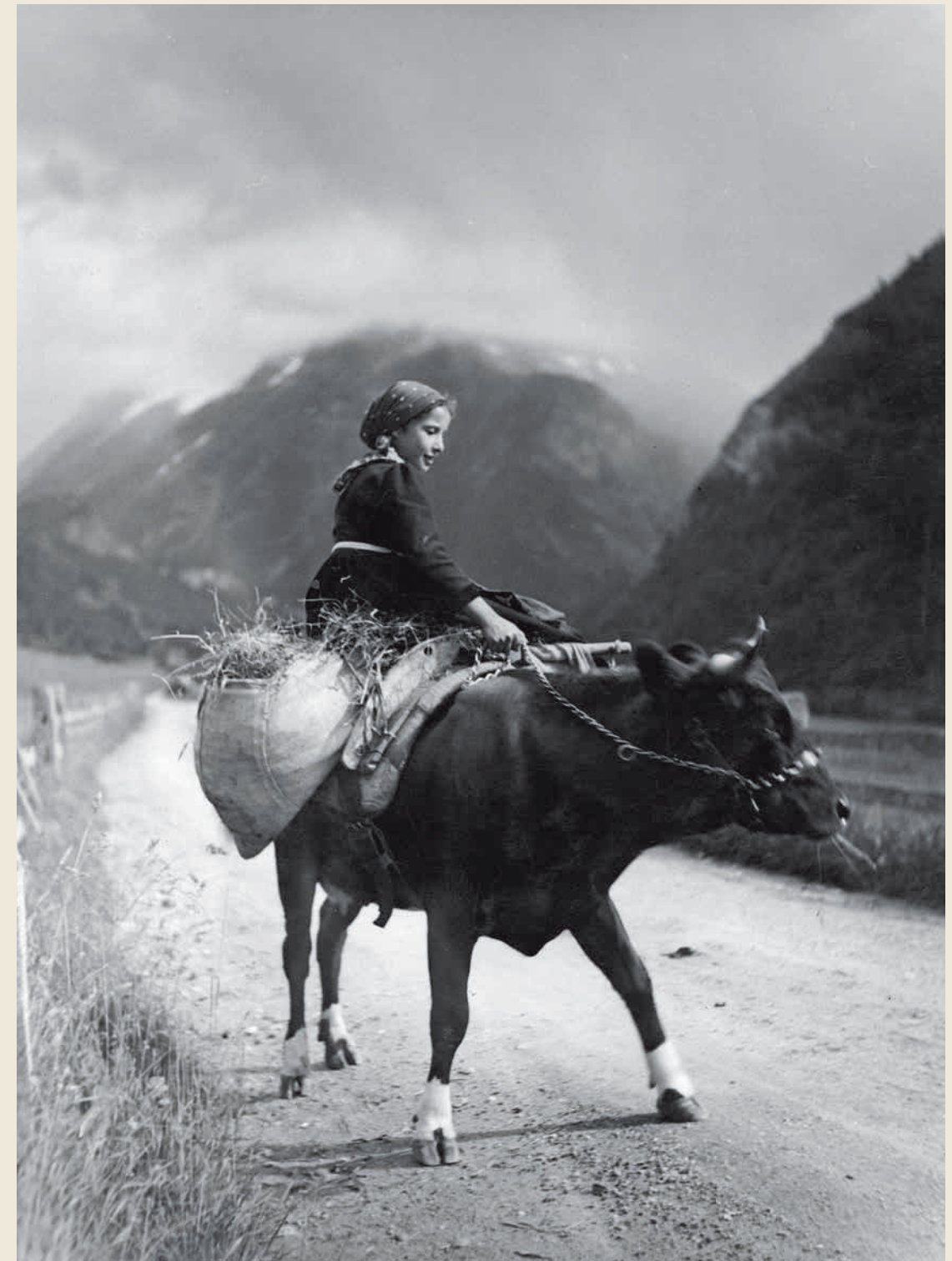


Bild: Paul Senn, Eigentum der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Gottfried-Keller-Stiftung, Bern / Fotostiftung Schweiz

Die Rinder sind treue Gefährten: In der Schweiz sind sie bis ins 20. Jahrhundert die meistgenutzten Arbeitstiere. Sie ziehen Geräte und tragen Lasten, seien es Waren oder, wie diese Eringerkuh, Menschen. Evolène, um 1940.



Am Bahnhofplatz in Bern vermischen sich 1938 die Bewegungsformen. Zwischen den Schienen des elektrisch betriebenen Trams und neben Menschen auf Drahteseln bahnt ein Pferd seinem Wagen den Weg.

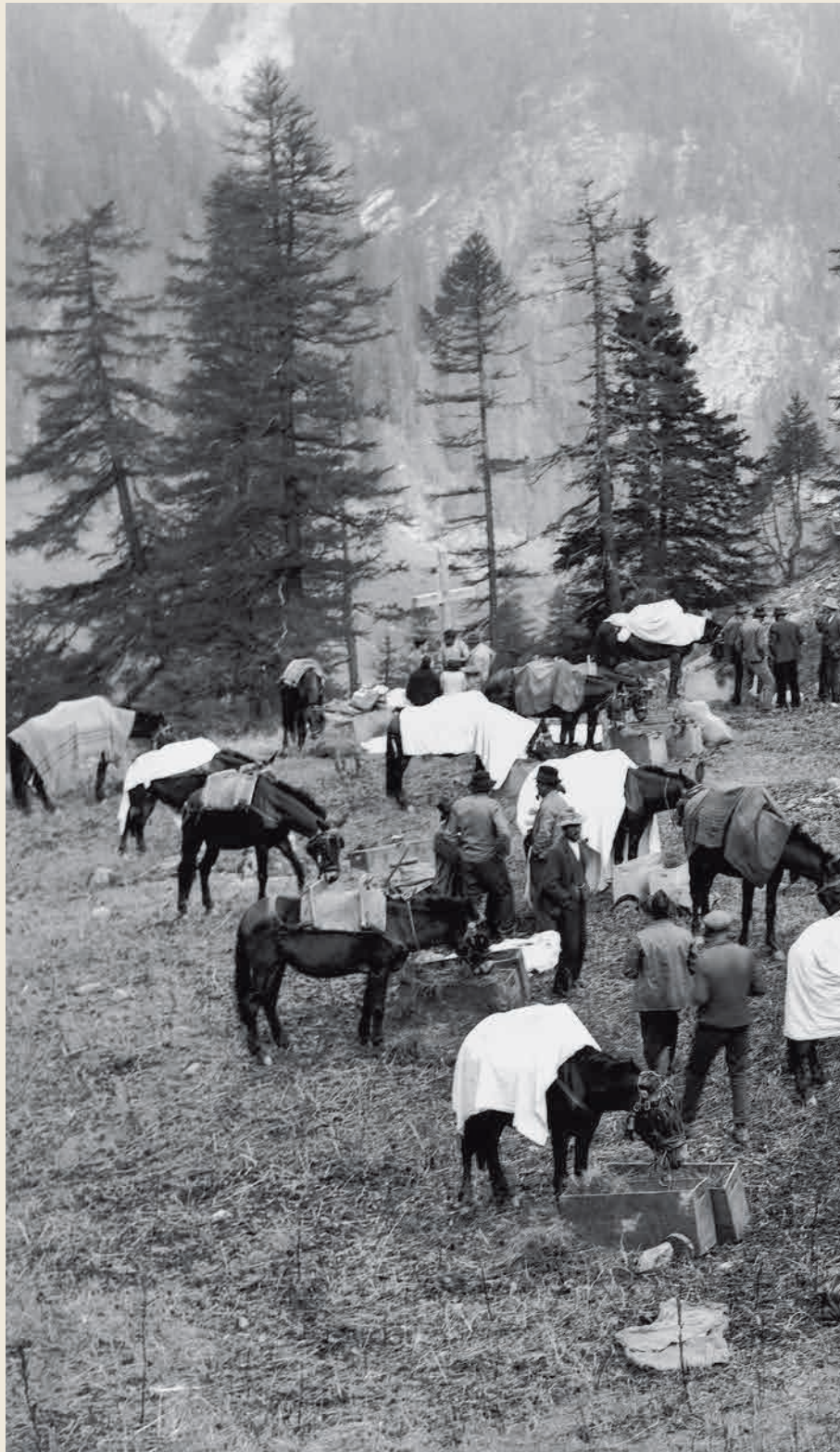
Bild S. 54: Bürgerbibliothek Bern, N Eugen Thierstein 340 / 30; S. 55: SBB Historic; Stadtarchiv Zürich



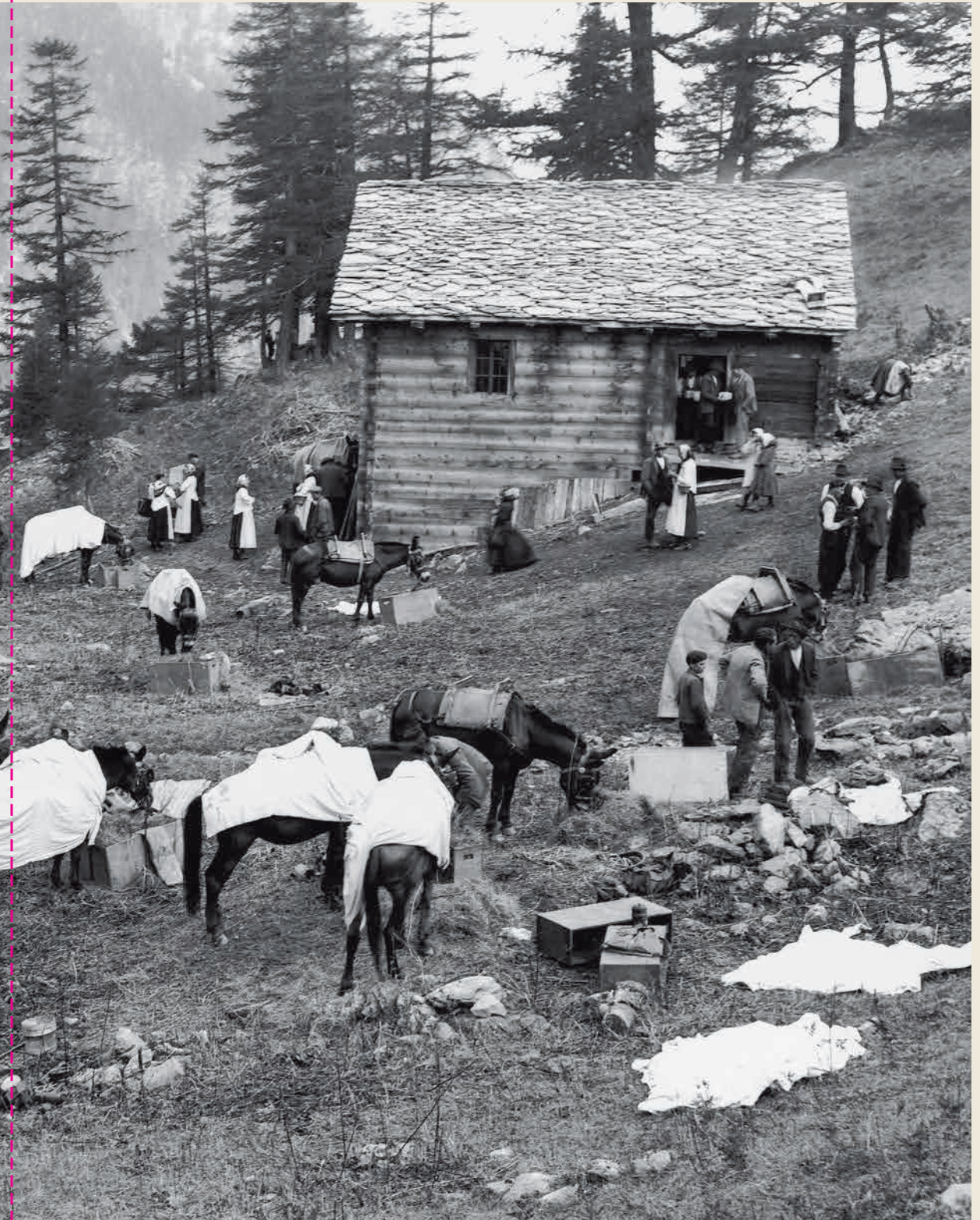
Keine Strasse? Kein Problem, jedenfalls für Maultiere. Sie erledigen im Walliser Saastal den Warentransport, bis 1951 alle Dörfer per Auto erreichbar sind. Saas-Grund, um 1938.



Gehilfen der Gewerbler: Hunde liefern Milch, Brot oder Fleisch aus, und zwar vor allem in Städten. Um 1900 sind in Zürich 200 Zughunde gemeldet, Bild: Zwischenkriegszeit.



Maultiere, massenhaft:
Das ist lange typisch
fürs Wallis. Die Hybride aus
Pferdestuten und
Eselhengsten gelten als
trittsicher und robust,
darum werden sie besonders
in der Berglandwirtschaft
gebraucht. Im frühen
20. Jahrhundert kommen
auf 1000 Walliser 22 Maul-
tiere, hier pausieren
einige von ihnen
auf einer Alp bei Visper-
terminen, um 1938.





Arbeitstiere sind in der Moderne in ganz Europa verbreitet, wobei je nach Region unterschiedliche Arten zum Einsatz kommen. In Italien setzt man, wie im Wallis, stark auf Maultiere: Sauze di Cesana, Piemont, 1922.

Bild S. 56/57: Theo Frey / Fotostiftung Schweiz; S. 58: AIS-Archiv Foto Nr. 804, S. 59: AIS-Archiv Foto Nr. 829; Archiv für Agrargeschichte / Albert Heim Stiftung



Damit die «Fleischmotoren» laufen, müssen die Menschen sie nicht nur füttern, sondern sich überhaupt um deren Körper kümmern. Dieses Pferd wird gerade beim Hufschmied gewartet, Villafalletto, Piemont, 1922.



Ausbüxen? Nichts da: Ein Hund bewacht Rinder, und als Dritter im Bund ist auch der Mensch dabei, für den Hund wie Rind im Einsatz sind. Undatiertes Bild.



Saftige Geschäfte

Zitrusfrüchte statt Milch und Käse: In Florida wird anders gebaut. Rund um die Orangen ist ein riesiges Business entstanden, kapitalstarke Investoren erlebten goldene Zeiten – doch dann funkte ihnen ein mikroskopisch kleiner Wurm dazwischen.

Von Frank Uekötter

Anthony Rossi war ein Selfmademan. Geboren 1900 im sizilianischen Messina als eines von neun Geschwistern, kam er mit 21 Jahren nach New York und zwei Jahrzehnte später nach Florida. Dort entdeckte er das Produkt, das ihn reich machen sollte. Er belieferte das New Yorker Hotel Waldorf-Astoria mit frisch geschnittenen Orangen, investierte in eine geschlossene Kühltaste für Herstellung und Verkauf von Orangensaft, und seine Firma Fruit Industries Inc., 1957 umbenannt in Tropicana, wurde zu einem der führenden Produzenten. 1978 verkaufte er das Unternehmen für fast fünfhundert Millionen Dollar, später wurde Tropicana Teil des Pepsi-Imperiums, und heute findet sich ein signiertes Foto von Anthony Rossi auf den Plastikflaschen mit Tropicana-Orangensaft, die man in französischen Supermärkten kaufen kann.

Am 27. Juni 1960 war der mächtige Mann jedoch ganz klein, als er vor der Florida Citrus Commission um die Verlängerung seiner Zulassung warb. Zwei Monate zuvor hatten staatliche Kontrollen erwiesen, dass Tropicana seinen Orangensaft regelwidrig mit Zucker versetzte. Die Kommission hatte sich ob des Befunds schockiert gezeigt und eine strenge Bestrafung verlangt. Da blieb Rossi nur eine tiefe Verbeugung. Er entschuldigte sich ohne jeden Vorbehalt; nie habe er etwas mehr bedauert als dieses Vergehen, und es werde auch ganz gewiss nie wieder vorkommen. Da zeigte sich die Florida Citrus Commission gnädig. Die Geschichte werde sicherlich dafür sorgen, dass Männer wie Rossi ihre Industrie in Zukunft noch besser führen würden.

Die Orangerhaine Floridas waren von der bäuerlichen Welt Mitteleuropas nicht nur geografisch weit entfernt. Hier regierte der raubeinige Kapitalismus amerikanischer Prägung, Regeln waren Ansichtssache, solange es keiner merkte, und romantische Bekenntnisse zu Land und Leuten interessierten letztlich niemanden. Seit Florida im späten 19. Jahrhundert ans Eisenbahnnetz angeschlossen wurde, floss viel Geld aus anderen Gliedstaaten in die wachsenden Plantagen, darunter auch Geld von Investoren, die ihren Besitz nie mit eigenen Augen sahen. Es waren fast ausschliesslich Männer, entsprechend testosteronlastig war das Geschäftsgebaren. Unter den zwei-

hundert Personen, die mit einer Mitgliedschaft in der Florida Citrus Hall of Fame geehrt wurden, finden sich nur drei Frauen.

Warm war in Florida nur das Klima. Orangerbäume sterben bei Minustemperaturen rasch ab, deshalb beschränkte sich der Anbau in den USA weitgehend auf die Gliedstaaten Florida, Texas und Kalifornien. Mehr als andere Regionen setzte Florida auf die Verarbeitung zu Orangensaft, was sich als schwieriges Unterfangen erwies. Frisch gepresster Orangensaft schmeckt köstlich, aber das änderte sich rasch, wenn der Saft in Dosen eingeschweisst wurde, und so interessierte das Produkt zunächst nur Menschen mit robustem Magen. Es brauchte komplizierte Verfahren, um einen schmackhaften, haltbaren Orangensaft zu produzieren, und die konnte man nur durch langjährige Forschungen entwickeln, die auch reiche Männer nicht einfach so finanzieren konnten.

Es half der Zweite Weltkrieg. Das amerikanische Militär achtete bei seinen Soldaten auf eine ausgewogene Ernährung und versorgte sie mit einem eigens produzierten Zitronenpulver für die richtige Dosis Vitamin C. Dieses Pulver schmeckte jedoch so schlecht, dass die GI es oft links liegenliessen. Die Generäle verzichteten auf Ermahnungen und setzten stattdessen auf die Maschinerie der Forschung, die im Krieg ohnehin heftig rotierte. Die Arbeit dauerte länger als geplant, so dass die amerikanischen Soldaten den Krieg mit einem üblen Nachgeschmack im Mund gewinnen mussten. Aber 1947 hatten die Forscher eine Lösung: Orangensaft aus Konzentrat, schmackhaft und haltbar und bald im Handel für die amerikanischen Konsumenten der Boomjahre.

In Florida begann das grosse Pflanzen. Die Region um Orlando wurde zum Zentrum der Orangerproduktion, und hoffnungsvolle Investoren kauften Land für Orangerhaine, auch angetrieben von einer Steuergesetzgebung, die für die ersten fünf Jahre mit Steuerfreiheit lockte. Mediziner

Der Himmel hängt voller Orangen, in der Nachkriegszeit herrscht unter Investoren und Pflanzern Goldgräberstimmung: Florida's Golden Harvest, Postkarte aus dem Jahr 1949.

Die USA, voll im Saft: Die Florida Citrus Commission bewirbt ihre Produkte 1943 als Vitamin-C-Quelle für Soldaten. Das «Siegesvitamin» soll die Männer für den Kampfeinsatz stählen.

gaben dem vitaminreichen Saft ihren Segen, in den frühen 1950er Jahren entthronte der Orangensaft den Tomatensaft als beliebtestes Frischgetränk auf dem amerikanischen Frühstückstisch, und erstmals zog Florida beim Produktionsvolumen an Kalifornien vorbei. Es herrschte Goldgräberstimmung.

Bald merkten die Herren der Orangen jedoch, dass ihr Geschäftsmodell ausgesprochen anfällig war. Das lag zunächst am Klima. In der wärmeren Jahreshälfte drohten Hurrikane, die die empfindlichen Bäume beschädigen oder entwurzeln konnten. Auch Frost blieb eine reelle Gefahr, und Investoren steckten viel Geld in Sprinkleranlagen und in Heizgeräte, die sie hurtig in Betrieb nahmen, wenn sich die Temperaturen dem Gefrierpunkt näherten. Für die Ernte brauchten die Plantagenbesitzer Arbeitskräfte, die sie nicht selten von den Bahamas oder den Inseln der Karibik rekrutierten.

Zudem blieb der Kunde der Konsumgesellschaft ein wankelmütiges Wesen, das sich zum Beispiel auch für Tang begeisterte, ein Getränkpulver mit Orangengeschmack. 1960 ergab eine Umfrage, dass mehr als vierzig Prozent der Käufer Tang für ein Produkt aus Orangen hielten. Und dann gab es da noch die Eigenmacht der Biologie.

In Florida wuchsen Orangenbäume nicht in Gärten oder kleinen Gruppen in der Landschaft, wie sie Anthony Rossi aus seiner Kindheit in Sizilien kannte. Hier standen sie auf grossen Flächen, die manchmal bis zum Horizont reichten, und solche Monokulturen waren der perfekte Nährboden für biologische Probleme. Das zeigte sich schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als mit dem Aufschwung des Welthandels auch die Krankheitserreger schneller um den Globus wanderten. In grossen Plantagen vermehrten sich schädliche Insekten, Bakterien oder Pilze sehr viel schneller als in biologisch vielfältigeren Formen der Landbewirtschaftung, und hier konnten sie auch viel mehr Schaden anrichten. Der Alltag der Orangenproduktion bestand bald zu wesentlichen Teilen aus einem ständigen Kampf gegen derartige Gefahren.

Es gab gefürchtete Feinde wie die Mittelmeerfruchtfliege, der Floridas Landwirtschaftsminister Nathan Mayo mit einer regelrechten Kriegserklärung entgegentrat: 1929 sprach er von einer «Invasion» und von einem «Schlachtfeld» und beschwor, dass «niemand auch nur im Geringsten zögern möge auf dem Weg zum endgültigen und vollständigen Triumph». Tatsächlich war der Schädling ein paar Monate später verschwunden, aber wie bei den meisten biologischen Gefährdungen war der Sieg nur vorübergehend. Forscher zählten für die Mittelmeerfruchtfliege sechs grössere Ausbrüche zwischen 1956 und 2010.

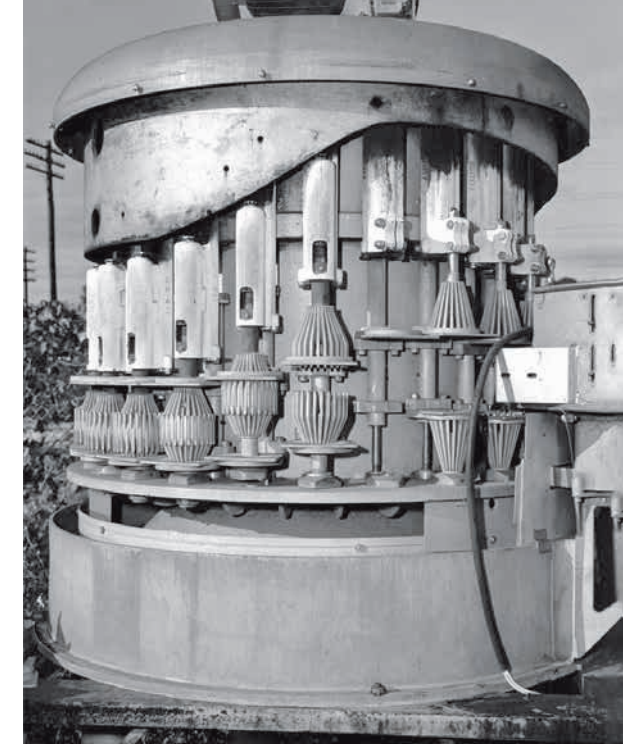
Das Spektrum der Gefahren veränderte sich ständig. In den 1950er Jahren sorgten sich die Pflanzler um ein mysteriöses Syndrom, das den sprechenden Namen «spreading decline» erhielt. Emsig machten sich Wissenschaftler ans Werk und fanden heraus, dass der «sich ausbreitende Niedergang» von einer Nematode verursacht wurde, einem winzigen Fadenwurm, der an den Wurzeln der Orangenbäume nagte. Die Forscher emp-

fahlen eine chemische Behandlung des Bodens und eine Quarantänezone um infizierte Bereiche, aber dazu mussten gesunde Bäume gefällt werden, auch solche, die auf anderen Grundstücken standen, und das stiess bei vielen Besitzern auf wenig Gegenliebe. So schleppte sich die Bekämpfung über Jahre dahin, und manche Grundstücke wurden mehrmals nacheinander behandelt, weil die Nematode beim Nachbarn überlebt hatte und in die mühsam gereinigten Flächen zurückkroch.

Allen Krisen zum Trotz stieg das Produktionsvolumen, aber das schuf gleich das nächste Problem. In den späten 1950er Jahren zeigte der amerikanische Markt Zeichen einer Sättigung. Die Florida Citrus Commission schaute nach Europa und entdeckte einen erstaunlich vielfältigen Kontinent. In Schweden gab es zum Beispiel kein Wort für «Saft», was eine aggressive Werbekampagne sogleich änderte. In Stockholm fuhren Busse, die mit dem Wort «juice» versehen waren, das Land wurde zum grössten Pro-Kopf-Konsumenten Europas, und bis heute verwendet man in Schweden das Wort «juice» für «Saft».

In Frankreich lief es weniger glorreich. Dort stammte ein Grossteil der Orangen aus Algerien, einem Land, das gerade einen blutigen Unabhängigkeitskrieg gegen die Franzosen foht. Als die Männer aus Florida allerdings 1960 einen Empfang in Paris organisierten, sprachen die Franzosen weniger über Qualität und Lieferverträge als darüber, warum die Amerikaner die algerischen Orangen verdrängen wollten. Schliesslich sei Algerien ein Land, das ihnen, den Franzosen, viel bedeute.

Die Überproduktion war nicht die einzige Entwicklung, die auf die Preise drückte. In der Nachkriegszeit entstanden mächtige Supermarktketten und nicht weniger mächtige Nahrungsmittelkonzerne, die den eigentlichen Produzenten immer weniger Luft zum Atmen liessen. Auch das Geschäft mit dem Saft konzentrierte sich zunehmend in den Händen weniger Grosskonzerne, die jederzeit ihre Marktmacht ausspielen konnten. Neben Rossis Tropicana etablierte sich Minute Maid, ursprünglich ein staatliches Unternehmen, das unter dem weniger charismatischen Namen Vacuum Foods Corporation die Formel für Orangensaft aus Konzentrat patentiert hatte und 1960



von Coca-Cola übernommen wurde. Als dritter grosser Akteur etablierte sich ein genossenschaftliches Unternehmen namens Florida's Natural. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die erwähnte Florida Citrus Hall of Fame 1962 gegründet wurde. Zu dieser Zeit merkten aufmerksame Beobachter, dass die grosse Zeit der selbstbewussten Plantagenbesitzer langsam ihrem Ende entgegenging. Da war es Zeit für die Musealisierung.

Wenn es um den Kampf mit den allgegenwärtigen Krisen ging, hatten die grossen Konzerne viel mehr Möglichkeiten. Als in den 1960er Jahren die Produktion in Florida nach ein paar frostigen Nächten kollabierte, mussten Plantagenbesitzer in neue Bäume investieren und ein paar Jahre warten, bis sie Früchte trugen, während die Hersteller sich anderweitig versorgten. Anthony Rossi

Wie produziert man möglichst viel möglichst schnell? Die Antwort liefern stetig verbesserte Maschinen, oben eine frühe Rotationspresse mit 24 Köpfen, 1946 von der Food Machinery Corporation entwickelt.



schaute auf mexikanische Produzenten, und als sich herausstellte, dass er reife mexikanische Orangen aufgrund von Quarantänegesetzen nicht importieren durfte, baute er kurzerhand eine Orangensaftfabrik auf einem Schiff, schleppte es nach Mexiko und brachte den so produzierten Saft zurück in die USA. Es gab Regeln, und es gab die Flexibilität des mächtigen Unternehmers.

In einer Vorstandssitzung von Florida Citrus Mutual, der Interessenvertretung der Plantagenbesitzer, findet sich 1967 die dramatische Erklärung: «Für uns geht es jetzt um das Problem des Überlebens.» Viele Mitglieder hatten jedoch eine Menge Geld in Grundstücke und in die notwendige Technologie investiert, es ging auch um einen männlichen Stolz, der zum Durchhalten gemahnte, und so kämpften die Herren der Orangen mit dem Mut der Verzweiflung. Das merkten unter anderem die Landarbeiter, die oft unter miserablen Bedingungen schufteten mussten. Versuche, den Unmut gewerkschaftlich zu organisieren, blieben vergeblich, auch weil Floridas Plantagenbesitzer die ethnische Vielfalt der Arbeiterschaft brutal ausnutzten. Die meisten Landarbeiter kannten nur Kollegen aus der eigenen Heimat, und wenn die Männer aus Jamaica zu selbstbewusst wurden, dann organisierte man neue Arbeitskräfte von den Bahamas oder aus der Dominikanischen Republik.

Wer Land an geeigneter Lage besass, konnte es unter Umständen an Projektentwickler aus der Immobilienbranche verkaufen. Seit dem Zweiten Weltkrieg zogen immer mehr Menschen in den sonnigen Gliedstaat, allen voran wohlhabende Rentner: Floridas Einwohnerzahl explodierte von weniger als drei Millionen 1950 auf heute mehr als zwanzig Millionen. Da brauchte man viel Platz für suburbane Siedlungen und andere Notwendigkeiten des Rentnerlebens wie etwa Golfplätze, und so konnten manche Plantagenbesitzer ganz am Ende noch einmal ordentlich Profit machen.

Wer im Geschäft blieb, erlebte eine Kaskade immer neuer Katastrophen. Vier Frostepisoden in den 1980er Jahren reduzierten die Produktion um die Hälfte, Brasilien produzierte plötzlich mehr Orangensaft als Florida, und die Freihandelsabkommen der folgenden Jahre öffneten der

neuen Konkurrenz alle Tore. Inzwischen ist die Abhängigkeit von Importen so gross, dass selbst kampfeslustige Präsidenten vor ihr kapitulieren. Als Donald Trump im Juli 2025 hohe Zölle auf brasilianische Waren erliess, um das Land für die juristische Verfolgung seines ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro abzustrafen, blieben Importe von Orangensaft ausgenommen.

Anthony Rossi starb 1993, und in seinen letzten Lebensjahren kümmerte er sich vor allem um philanthropische Projekte. So musste er nicht mehr persönlich erleben, wie Floridas Orangenhaine dahinschwanden und die Männerriege von Eigentümer-Unternehmern gleich mit. Nur das breitbeinige Auftreten gibt es noch immer, etwa dort, wo es um Produktionsgeheimnisse geht. Es ist unwahrscheinlich, dass sich noch einmal ein mächtiger Mann so tief verbeugen muss wie Rossi 1960 vor der Florida Citrus Commission, denn die Herstellungsverfahren sind so kompliziert und so gut gegen Aufsichtsorgane abgeschirmt, dass jede Kontrolle ins Leere läuft. Als die amerikanische Sachbuchautorin Alissa Hamilton einem Manager eine Frage zu einem technischen Detail stellte, lächelte dieser wissend und antwortete: «Wenn ich das sage, müsste ich Sie erschiessen.»

In der politischen Symbolik ist weiterhin alles in bester Ordnung. Die Orange ist immer noch offiziell die «state fruit» von Florida, Orangensaft ist das «state beverage», und die weisse Orangenblüte ist die «state flower». Sonst dominiert die Tristesse. Wer Orangenbäume nicht nur aus Liebhaberei pflanzt, kann sich Hoffnungen auf grosse Gewinne weitgehend abschminken. Selbst die Genossen von Florida's Natural müssen inzwischen damit leben, dass ein Teil ihres Markensafts aus dem Ausland importiert wird. Das liegt keineswegs daran, dass es keine unternehmungslustigen Männer vom Kaliber eines Anthony Rossi mehr gäbe. Es liegt an der Vetomacht von Mutter Natur.

In der Nachkriegszeit wollen grosse Firmen die Konsumenten für Saft aus Konzentrat gewinnen – Minute Maid etwa bewirbt das neue Produkt um 1950 mit einem Mann aus Dosen und einer Frau im Badekleid.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die Plantagenbesitzer in Florida etliche Probleme mit Insekten und Krankheitserregern überlebt, aber dann kam 2005 die Gelbe Drachenkrankheit, auch bekannt als Citrus Greening. Ein Bakterium lässt Orangenbäume verwelken und absterben, infizierte Bäume produzieren Früchte, die dem Orangensaft einen ranzigen Geschmack verleihen, und die Ausbreitung über einen aus Asien stammenden Blattfloh liess Wissenschaftler verzweifeln. Nach zwanzig Jahren Forschung unter Hochdruck gibt es noch immer kein effektives Gegenmittel, dafür immer neue Hiobsbotschaften, darunter inzwischen auch die Ausbreitung der Gelben Drachenkrankheit in Kalifornien und Brasilien.

Man möchte geradezu von einer ökologischen Nemesis sprechen, einer Strafe für stolze Männer, die am Ende einsehen müssen, dass es grössere Mächte gibt als den globalen Kapitalismus. Aber das wäre für das raue Geschäft mit dem Saft vielleicht zu sentimental. |G|



Frank Uekötter, Jahrgang 1970, lehrte zehn Jahre an der University of Birmingham und ist seit 2023 Professor für Technik- und Umweltgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Zu seinen Veröffentlichungen zählt *Im Strudel. Eine Umweltgeschichte der modernen Welt* (Campus 2020). Er leitet ein Forschungsprojekt zur Weltgeschichte der Monokultur, das seit 2021 vom European Research Council gefördert wird.



Weiterführende Literatur

- Jack E. Davis und Raymond Arsenault (Hg.): *Paradise Lost? The Environmental History of Florida*. Gainesville 2005.
- Alissa Hamilton: *Squeezed. What You Don't Know About Orange Juice*. New Haven 2009.
- Shane Hamilton: *Supermarket USA. Food and Power in the Cold War Farms Race*. New Haven 2018.
- Ai Hisano: *Visualizing Taste. How Business Changed the Look of What You Eat*. Cambridge 2019.
- Gary R. Mormino: *Land of Sunshine, State of Dreams. A Social History of Modern Florida*. Gainesville 2005.

Illustration: Agata Marszałek

ANZEIGE

Landesmuseum Zürich. SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM. MUSÉE NATIONAL SUISSE. MUSEO NAZIONALE SVIZZERO. MUSEUM NAZIONALE SVIZZERO.

Arbeitende Kinder

AUS DER NOT GEBOREN

19.12.25 – 20.4.26



Nächste Ausgabe:

DIE MUTTER

Care-Arbeit, Elternzeit, Geburtenrückgang: Themen rund um Mutterschaft werden heute kontrovers diskutiert. Aber schon vor zweihundert Jahren forderten Frauen einen Lohn dafür, dass sie Kinder grossziehen. Wir blicken auf die Rollen, die Mütter seit der Moderne in unserer Gesellschaft spielen, und zeigen, wie ihre Arbeit bewertet wurde. Wir beleuchten die Idee des Matriarchats. Und wir erzählen die Geschichte der Geburt.

NZZ Geschichte Nr. 63 erscheint Ende März.

TAIWAN

Ein Land, zwei Systeme: Das war einmal die Antwort auf die Frage, welcher von beiden chinesischen Staaten der legitime sei. Heute herrscht Konfrontation zwischen der Volksrepublik auf dem Festland und der Republik auf Taiwan. Wie es zur Teilung Chinas kam – und warum aus der Annäherung nichts wurde.

Text Ute Frevert **Illustration** Ricardo Santos

Seit Russland 2022 seinen Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, wächst auch die Sorge um Taiwan. Steht der Insel im Pazifik, knapp zweihundert Kilometer vom chinesischen Festland entfernt, ein ähnliches Schicksal bevor? Wird sie in naher Zukunft von der Volksrepublik China geschluckt, oder gelingt es ihr, unabhängig zu bleiben? Der Ton zwischen beiden Ländern wird rauer, viele Taiwaner empfinden die Situation als bedrohlich. Einerseits.

Andererseits sind sie Bedrohungen gewohnt, und sie haben sich mit der Unsicherheit arrangiert, die ihr prekärer völkerrechtlicher Status mit sich bringt. Obwohl ihr Land offiziell Republik China heisst, gilt es den Machthabern auf dem Festland als Provinz der grösseren Volksrepublik. Lediglich zwölf Staaten unterhalten diplomatische Beziehungen mit Taiwan. Zugleich ist das Land international bestens vernetzt, vor allem durch seine wirtschaftliche Prominenz im Hightech-Sektor. Auf taiwanische Halbleiter mag die Welt nicht verzichten. Auch deshalb rufen die Militärmanöver Pekings Unruhe hervor. Aber wie kam es überhaupt zur Teilung Chinas in zwei Staaten, und worin wurzelt die gefährliche Konfrontation?

Die Geschichte ist etwas vertrackt. Und sie ist von einer gewissen Ironie. Denn der kleinere Staat,

der heute auf Taiwan existiert, umfasste früher ganz China. Und, noch vertrackter: Ausgerechnet Taiwan gehörte anfangs nicht dazu.

Es war 1912, als die Ära des chinesischen Kaiserreichs nach mehr als zweitausend Jahren mit dem Sturz der Qing-Dynastie endete: Am 1. Januar wurde die Republik China ausgerufen. Nach und nach schälten sich zwei entscheidende politische Kräfte heraus: zum einen die Nationale Volkspartei (Kuomintang, KMT), zum anderen die – anfangs sehr viel kleinere – Kommunistische Partei. Seit 1928 stellten die Nationalchinesen unter General Chiang Kai-shek die Regierung, die Kommunisten Mao Zedongs rivalisierten mit ihnen um die Macht. Der Konflikt wuchs sich zeitweise zum Bürgerkrieg aus, doch es gab eine Bedrohung, die ihn zügelte: Japan, das militärisch wie ökonomisch überlegen war, trat gegenüber China immer imperialer auf (NZZ Geschichte Nr. 45, April 2023).

Im Jahr 1931 überfielen japanische Truppen die chinesische Mandschurei, bevor sie die gesamte Küstenzone des Landes und 1937 auch Nanjing eroberten, die damalige Hauptstadt der Republik. Eine Insel im Pazifik hatte China lange vorher an Japan verloren: Bereits 1895 hatte das geschwächte Kaiserreich Taiwan abtreten müssen. Seit dem 17. Jahrhundert von Chinesen be-



siedelt und regiert, war Taiwan – oder Formosa, wie die Europäer die Insel damals nannten – also zu einer japanischen Kolonie geworden.

Als Japan den Zweiten Weltkrieg verlor und 1945 kapitulierte, musste es sich nicht nur vom chinesischen Festland zurückziehen, sondern auch aus Taiwan. So sahen es die Kriegsziele der Alliierten vor, die der amerikanische Präsident Roosevelt, der britische Premier Churchill und Chiang als Präsident der Republik China 1943 vereinbart hatten. Am 25. Oktober 1945 endete, nach einem halben Jahrhundert, die japanische Herrschaft über Taiwan.

Die Rückgabe an China verlief alles andere als harmonisch. Kuomintang-Soldaten traten in Taiwan als rücksichtslose Eroberer auf. Als Erstes holten sie die von den Japanern gepflanzten Kirschbäume ab, was Taiwaner noch Jahre später als Barbarei empfanden. Proteste gegen das Militärregime der neuen Machthaber wurden unterdrückt; ein Massaker in Taipeh forderte im Februar 1947 Tausende ziviler Opfer.

Mit der Niederlage Japans war aber auch die Allianz der beiden Rivalen in China zerbrochen. 1945 flammte der Bürgerkrieg zwischen Kuomintang und Kommunisten wieder auf, und Mao Zedongs Volksbefreiungsarmee gelang es binnen kurzem, die Truppen Chiang Kai-sheks aus ihren Stützpunkten zu vertreiben. Taiwan bot sich als letzter Rückzugsort an. Als Mao am 1. Oktober 1949 in Peking die Gründung der Volksrepublik China verkündete, hatten sich bereits Hunderttausende nationalchinesischer Soldaten und zwei Millionen Flüchtlinge auf die Insel abgesetzt. Zwei Monate später erklärte Chiang Taipeh zur neuen Hauptstadt der Republik China.

Damit gab es nun zwei Chinas – die national-konservative Republik in Taiwan, die sich auf den 1912 geschaffenen Staat berief, und die Volksrepublik unter Führung der Kommunistischen Partei. Und beide Systeme beanspruchten, China zu vertreten. Für Mao sprachen die Grössenverhältnisse: Lebten in der Volksrepublik 1950 rund 552 Millionen Menschen, zählte Taiwan 7,6 Millionen.

Allerdings fühlten sich viele Taiwaner, die schon vor 1945 auf der Insel gelebt hatten, nicht mehr als Chinesen. Mit der Zeit hatten sie eigene

kulturelle Formen entwickelt, darunter eine taiwanische Sprache mit einer besonderen, aus chinesischen Zeichen und lateinischem Alphabet gemischten Schrift.

Dagegen ging die Kuomintang-Regierung rabiat vor. Um in Taiwan die Kontinuität zur Republik China zu untermauern, tilgte sie sämtliche Spuren taiwanischer Eigenständigkeit. Sie führte Mandarin als Amtssprache ein und untersagte es, Texte auf Taiwanisch zu veröffentlichen. Dass Japanisch aus dem Lehrplan der Schulen verschwand, war ohnehin selbstverständlich. So wie die Kirschbäume sollte alles, was an Japans Herrschaft erinnerte, ausradiert werden. Wer einen japanischen Vornamen trug, musste ihn in einen chinesischen umwandeln. Strassen wurden nach Orten und Provinzen in China benannt, was die Verbindung zwischen Festland und Insel betonen sollte.

Politisch waren sich Taiwan und die Volksrepublik gar nicht unähnlich. Sowohl Mao als auch Chiang errichteten Einparteiensysteme und regierten autoritär-diktatorisch. Beide pflegten einen ausufernden Personenkult und liessen sich als Oberste Führer feiern. Widerstände wurden unterdrückt, Konkurrenten ausgeschaltet. Bis 1987 galt auf Taiwan das Kriegsrecht, Parlamentswahlen fanden keine statt. Die Furcht vor dem Kommunismus rechtfertigte den Terror, dem etwa 30 000 Menschen zum Opfer fielen.

Chiang Kai-shek starb 1975, und erst gegen Ende der 1980er Jahre mehrten sich Anzeichen einer Demokratisierung. Die Regierung erlaubte Parteien neben der KMT und 1992 erstmals freie Parlamentswahlen. Auch der Präsident durfte

Schlüsselmomente der Weltgeschichte

Zuletzt in der Serie erschienen:

- Abschaffung der Folter
- Judenpogrome in Osteuropa
- Hiroshima und Nagasaki
- Aufklärung
- Abessinienkrieg

Nächste Folge: Tschernobyl

Illustration: Agata Marszałek

seit 1996 direkt vom Volk gewählt werden. Gleichzeitig schienen sich die Beziehungen zur Volksrepublik zu entspannen. Hatte Chiang seinen Anspruch, ganz China zu vertreten, in den 1950er Jahren sogar mit militärischen Mitteln durchsetzen wollen, rückten seine Nachfolger davon ab. In den frühen 1990er Jahren einigte man sich mit Peking inoffiziell auf den Grundsatz «Ein Land, zwei Systeme».

Dieses Prinzip stand auch Pate, als die Briten 1997 ihre Kolonie Hongkong an die Volksrepublik übergaben. Sie hatten mit den Chinesen Verträge ausgehandelt, die den Bewohnern der Stadt weitreichende Autonomie, bürgerliche Grundrechte, demokratische Mitwirkung und die Beibehaltung ihres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems sicherten. Seit dem Amtsantritt des derzeitigen chinesischen Staatspräsidenten und «Überragenden Führers» Xi Jinping 2013 jedoch sind diese Rechte immer weiter eingeschränkt und Proteste in Hongkong niedergeschlagen worden.

Für Taiwans Bürgerinnen und Bürger sind das keine guten Aussichten. Sogar die KMT, die sich lange offen für eine Annäherung an die Volksrepublik zeigte, rückt zunehmend davon ab und betont die Eigenständigkeit Taiwans. Vor allem jüngere Menschen verteidigen die demokratischen Errungenschaften, die politische Vielfalt und kulturelle Diversität ihrer Gesellschaft. Sie haben sich an Pekings Drohgebärden gewöhnt und vertrauen auf internationale Unterstützung. Auch der prekäre völkerrechtliche Status ihres Landes bereitet ihnen keine übergrosse Sorge.

Wie prekär dieser Status ist, zeigte sich 1971. Bis dahin war die Republik China in der Vollversammlung der Vereinten Nationen vertreten. 1945 war sie, zusammen mit fünfzig weiteren Staaten, an der Gründung der Uno beteiligt gewesen und hatte sogar, als eine der fünf Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekommen.

Die Spaltung Chinas 1949 stellte dieses Arrangement auf die Probe. In dem Mass, wie sich Maos Volksrepublik politisch konsolidierte und militärisch aufrüstete, änderte sich die internationale Haltung. Die Zündung der ersten chinesischen Atombombe 1964 war ein Fanal. Immer mehr Staa-

ten zogen ihre Vertretungen aus Taipeh ab und eröffneten neue in Peking; die USA, die Taiwan lange unter die Arme gegriffen hatten, taten es 1979. Acht Jahre zuvor waren sie mit dem Versuch gescheitert, Taiwan in der Uno zu halten. Stattdessen hatten sich in der Generalversammlung jene durchgesetzt, die – angeführt vom kommunistischen Albanien – die Volksrepublik als einzige Vertreterin der Chinesen anerkannten. Damit gingen die Sitze in den Uno-Gremien von Taiwan an die Volksrepublik über.

Fortan galt Taiwan völkerrechtlich nicht mehr als souveräner Staat; sein Antrag, neben der Volksrepublik in die Uno aufgenommen zu werden, blieb 2007 erfolglos. Gleichwohl geniesst es als demokratisches, wirtschaftlich dynamisches Land inzwischen international hohes Ansehen. Und es erfreut sich der Unterstützung vieler, die eine militärische Eingemeindung durch China gegen den Willen der Taiwanerinnen und Taiwaner nicht akzeptieren würden. |G|



Weiterführende Literatur

- Sabine Dabringhaus:
Geschichte Chinas
1279–1949. Berlin 2015.
- Alexander V. Pantsov:
Victorious in Defeat.
The Life and Times of
Chiang Kai-shek,
China, 1887–1975.
New Haven 2023.
- Thomas Weyrauch:
Chinas unbeachtete
Republik. Band 1
(1911–1949), Band 2
(1950–2011). Heuchel-
heim 2009/2011.



Ute Frevert, Jahrgang 1954, leitete bis 2024 den Forschungsbereich «Geschichte der Gefühle» am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Zuvor hatte sie Professuren in Berlin, Konstanz, Bielefeld und an der Yale University inne. Ihre jüngsten Bücher: *Kapitalismus, Märkte und Moral* (Residenz 2019), *Mächtige Gefühle* (Fischer 2020) und *Verfassungsgefühle. Die Deutschen und ihre Staatsgrundgesetze* (Wallstein 2024).

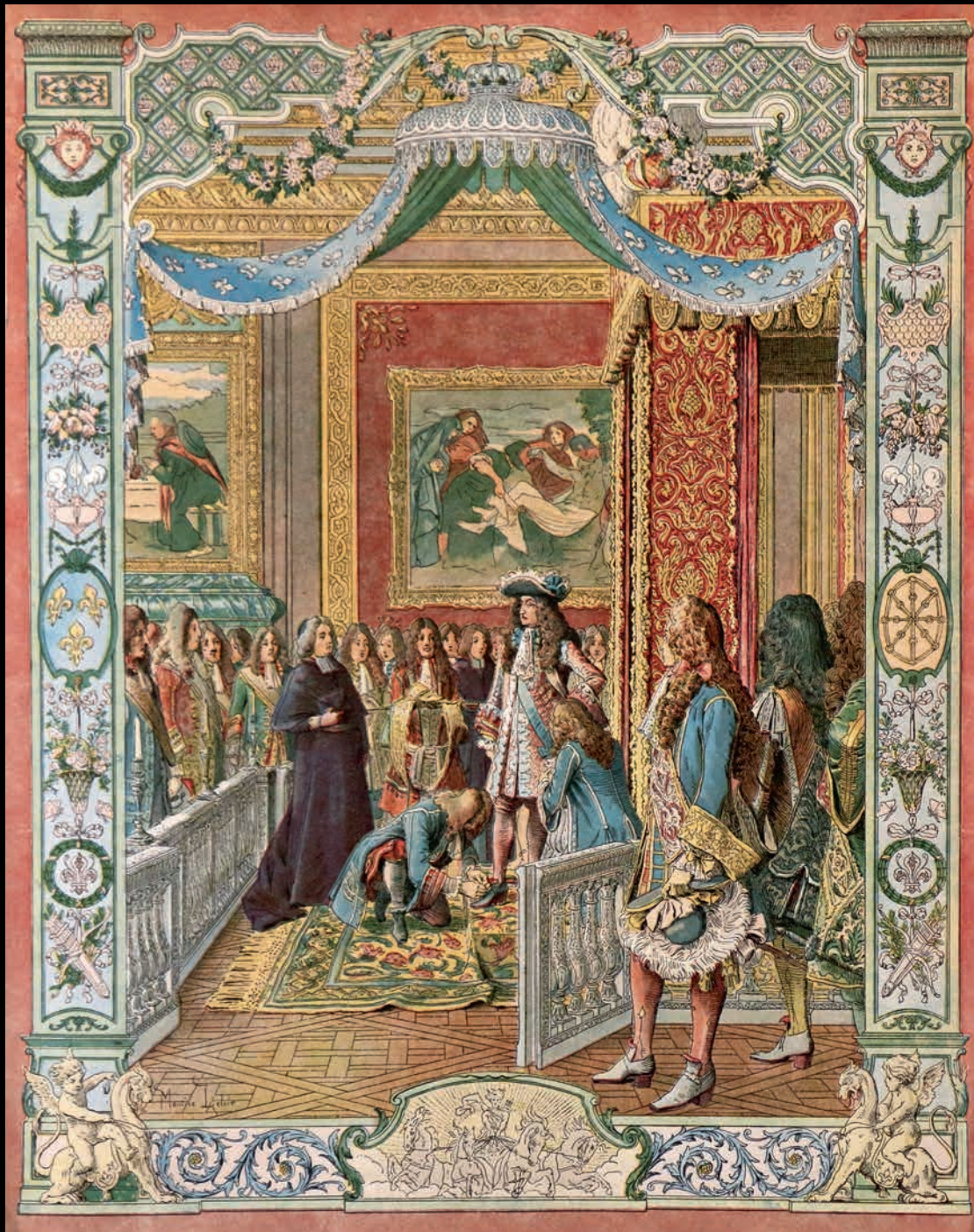
Die Menschheit am Morgen

Wer nachts nicht gestorben ist, macht irgendwann die Augen auf. Das war immer so. Aber wie die Menschen in den Tag starteten, ob mit Glocken oder Snooze-Tasten, was sie aus ihren Träumen lasen und wann sie das Bett verliessen – das hat sich stark verändert. Fundstücke aus einer Geschichte des Aufwachens.

Von Christoph Ribbat



Das letzte Stück Traum ablegen und die äussere Welt hereinlassen: Die Frau auf Edward Hoppers Bild *Morning Sun* (1952) lässt die Betrachter etwas von der Verlorenheit spüren, die das tägliche Erwachen begleitet.



Königliches Aufstehen in der Frühen Neuzeit: Ludwig XIV. wurde um 8 Uhr 30 rituell geweckt und danach in aufwendigen Zeremonien für die Herausforderungen des Tages gerüstet. *Le lever du roi*, Maurice Leloir, 1931.

Bild S. 72/73: Collection Columbus Museum of Art; S. 74; PD

Da war er endlich: Harry, ihr Liebling. Sarah hörte seine Stimme, spürte seine Zärtlichkeiten, «dear dear Harry», er war ihr ganz nah in den Morgenstunden des 12. November 1759, in ihrem Bett in Horsham, England, südlich von London, und sie erfreute sich so an Harrys Nähe – und wachte dann auf und stellte fest, dass das nur ein Traum gewesen war. Harry befand sich nicht in ihren Armen, sondern tatsächlich, ganz im Gegenteil, sehr weit weg von Horsham, als Soldat irgendwo in Nordamerika. Es tobte der Siebenjährige Krieg, in dem sich die europäischen Grossmächte auf der halben Welt bekämpften. Also war Sarah Hurst, dreiundzwanzig, Tochter eines Schneiders, doch allein und schrieb in ihr Tagebuch von einem verwirrten, enttäuschenden Montagmorgen, dem Übergang vom Traum in die Wirklichkeit: «Süsse Einbildung, aber ich erwache & sie flieht dahin.»

Erst 2003 wurden diese Aufzeichnungen veröffentlicht. Vorher waren sie im Familienbesitz der Hursts; nun befinden sie sich im Museum zu Horsham. Die eloquente Zeitzeugin arbeitete viel in der elterlichen Textilwerkstatt, fand dennoch Zeit zum Lesen (Shakespeare, Montaigne oder «elegante Romane», wie sie notierte), ging tanzen, spazieren, schwamm im Meer, schrieb Gedichte (obwohl manche ihr sagten, das solle sie nicht), gewann beim Kartenspielen, stritt sich mit Vater Hurst, hoffte auf Harry. Kein Wunder, dass diese Tagebücher voller Leben auch eine Geschichte des Aufwachens erhellen.

Zuerst fragt man sich jedoch, ob es eine solche Geschichte überhaupt geben kann. Ist das Erwachen nicht bloss ein Moment, zumal einer, den der Mensch kaum registriert? Und ist es nicht jeden Morgen dasselbe? Augen auf, los geht's: Das gilt für uns vom Smartphone in den Tag Gedudelte ebenso wie für Steinzeitmenschen in den südafrikanischen Lebombo-Bergen. (Dort haben Archäologen Überreste der ersten von Menschen gebauten «Betten» gefunden – Schlafunterlagen aus Gras, in Höhlen, immer wieder einmal nach dem Aufstehen frisch ausgelegt damals vor 200 000 Jahren.) Wenn Menschen nachts nicht gestorben oder ins Koma gefallen sind, so deutlich muss man es sagen, dann wachen sie eben auf. Vielleicht haben sie noch ein Stück Traum im Kopf,

vielleicht auch nicht. Alles, was im Tageslauf danach kommt, hat definitiv eine Geschichte, vom Mammutjagen bis zum E-Mails-Checken, und der Schlaf zuvor natürlich auch. Aber dieser eine Augenblick? Eher nicht. Oder doch?

Nun: Wir haben es nicht nur mit einem Moment zu tun. Die letzten Minuten des Schlafs, das zeigt etwa Sarahs Hursts Tagebuch, erscheinen uns, als wären wir schon wach, und die konfuse ersten Minuten des Wachseins ähneln wiederum dem Schlaf. Die heutige medizinische Forschung erhellt: Es braucht ein bisschen, bis unser Gehirn morgens seine gewohnte Temperatur erreicht, vielleicht fünfzehn Minuten, vielleicht dreissig, und so lange werden unsere Gedanken und Wahrnehmungen von etwas dominiert, das man Schlafträchtigkeit nennt.

In den afrikanischen
Lebombo-Bergen haben
Archäologen Überreste der
ersten Betten gefunden.
Sie sind 200 000 Jahre alt.

Und damit hätte der Aufwachhistoriker seine Aufgabe gefunden: zu entdecken, wie Menschen verschiedener Epochen mit der allgemeinen morgendlichen Verwirrung umgehen. Wie sie sie in den Griff bekommen wollen. Wie sie sie interpretieren. Beispiel Sarah Hurst: Sie träumte von dem Mann, den sie liebte, und von ihrem Verlangen nach ihm – und wachte auf und schrieb das nieder und stand damit zu diesem Verlangen. Wer in der Geschichte der Menschheit am Morgen nur etwas weiter zurückgeht, der stösst auf ganz anders in den Tag startende Mönche und Nonnen des Mittelalters, die nie zugegeben hätten, von den Zärtlichkeiten irgendeines Harry geträumt zu haben. Hurst wirkt dagegen recht modern.

Mittelalterliche Ordensschwestern zum Beispiel tauschten sich nach dem Aufwachen oft über nächtliche Visionen aus. Aber diese mussten

auch den kirchlich korrekten Inhalt haben. Von Engeln geträumt zu haben, das galt als akzeptabel, oder von einem bestimmten Heiligen oder, am allerbesten, vom Herrn Jesus Christus oder der heiligen Mutter Maria. Heute meinen wir, dass Träume uns etwas über unsere Persönlichkeit, Kindheit, Traumata erzählen: dass sie also von vergangenen Erfahrungen handeln. Im Mittelalter dagegen, vor der Psychoanalyse, glaubte man, dass sie die Zukunft vorhersagten. Eine nächtliche Begegnung mit Heiligenprominenz belegte folglich, dass diese spezifische Nonne sicher in den Himmel käme, wo sie ja ebenfalls viel Zeit mit den Heiligen verbringen würde. Hatte sie den Traum wirklich geträumt? Oder hatte sie ihn sich erst am Morgen ausgedacht? Das konnte man nicht nachprüfen.

Die Klöster des Mittelalters haben der Welt eine Erfindung geschenkt, die seither niemanden in Ruhe lässt: den Wecker.

Eindeutig dagegen: ein anderer nächtlicher Überrest, am Unterleib von aufwachenden Mönchen. Lust hatte keinen Platz im Kloster, Masturbation war tabu, und dennoch, selbst wenn sich die Gottesmänner mit übermenschlicher Konsequenz an die Regeln hielten – oder vielleicht gerade wenn sie sehr streng mit sich waren und sich deshalb einiges in ihnen aufgestaut hatte –, kam es immer wieder einmal vor, dass sie aufwachen und feststellen mussten, die Feuchtigkeit weiter unten zeigte es an, dass sie im Schlaf einen Samenerguss erlebt hatten.

Diese nächtliche «Pollution» (Beschmutzung) stellte beim Erwachen ein enormes theologisches Problem dar. Durfte ein Kleriker, dem dieses Unglück in der soeben zu Ende gegangenen Nacht zugestossen war, am nächsten Morgen die heilige Messe abhalten? Unklar. Und was bedeutete der

Vorfall im Allgemeinen? War man, befleckt an den Lenden, dem Reich der Sünde nun viel näher als dem der Heiligkeit? Kompliziert.

Aber auch hier konnten passende Träume helfen. Ein kalabrischer Abt, ebenfalls Pollutionsoffer geworden, rettete sich aus der Krise mit einem Traum vom Heiland selbst, in dem dieser körperliche Ausscheidungen jeder Art für unerheblich erklärte. (Eigentlich handelte der Traum von einem Esel, der auf Treppenstufen schiss und von Jesus ignoriert wurde, aber wild interpretiert wurde im Mittelalter gern.) Trotz nächtlichem Orgasmus machte der Abt noch Karriere – und wurde 1294 zum Papst gewählt: Coelestin V. sein Name.

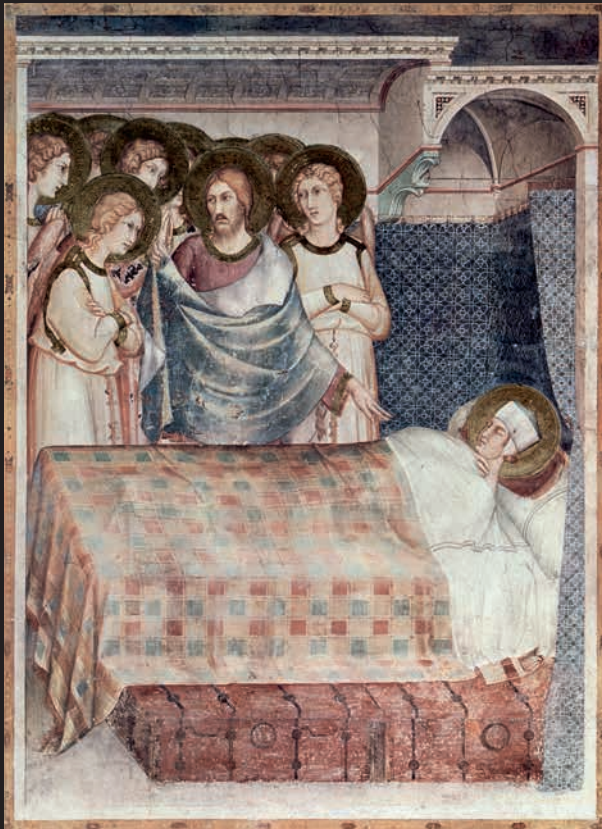
Was Träume für uns Aufgewachte bedeuten, hat sich seitdem radikal geändert. Geblieben ist jedoch eine Erfindung, die das mittelalterliche Kloster der Welt schenkte und die seither niemanden in Ruhe lässt. Diese Innovation – der moderne Wecker – entsprang einer Besonderheit des Ordenslebens. Während um das Konvent herum Menschen von Hähnen geweckt wurden, von Ziegen oder von Kühen, von Kindern oder vom Tageslicht, klingelte im Kloster eine Glocke, zu einer bestimmten Uhrzeit. Man stieg, wie dunkel und kalt es auch war, diszipliniert aus dem Bett: zum ersten Gebet des Tages. Legte sich dann noch einmal hin. Und stand, nächstes Glockenklingeln, für das zweite Gebet wieder auf und blieb dann wach. Man richtete sich nach einem künstlichen Zeitplan, nicht nach den Rhythmen der Natur.

Um diese Lebensweise umzusetzen, verfügten Klöster über Sand- oder Wasseruhren mit Wecktechnik. In einer Wasseruhr etwa tropfte ein Behälter voll, auf dem Wasserspiegel schwamm ein Bauteil, und dies setzte bei zuvor festgelegtem Wasserstand einen Mechanismus in Gang, der dann ein Gewicht auf die Erde fallen liess. Von dem Krach schrak der Mönch hoch, der Weckdienst hatte. Er schwang sich dann von seinem Lager, trat vor die Klostertür, schaute in den Himmel nach den Sternen – musste schliesslich sichergehen, dass die Uhr auch richtig ging –, kam dann wieder herein, betätigte eine Glocke, rief so seine Glaubensbrüder aus ihren Betten.

Manchmal verschlief die mit dem Läuten betraute Person allerdings. Gleichzeitig war es aus



Ein menschlicher Wecker bei der Arbeit: William Crompton, der sich selber jeweils um 3 Uhr 45 aus den Federn klingeln liess, sorgte im britischen Bolton dafür, dass seine Kundschaft nicht verschlief. Bild um 1940.



In Simone Martinis Bild *Der Traum des Heiligen Martin* (um 1320) wird der Schlafende von Jesus und einer Engelschar besucht. Solch himmlische Traum Inhalte galten im Mittelalter als gutes Zeichen.

Die Mutter scheint noch in Schlafträgheit zu dämmern, das Kind ist schon bereit, sich auf die Beine zu machen: *Breakfast in Bed*, gemalt von der Amerikanerin Mary Cassatt, 1897.

1525, der Bauernkrieg erschüttert Deutschland, bannt Albrecht Dürer einen Albtraum auf Papier: eine Sintflut von apokalyptischem Ausmass.



religiöser Sicht immens wichtig, pünktlich zum Gebet aufzustehen. Also tüftelte man und tüftelte, und irgendwann um 1300 muss es gelungen sein, eine Apparatur zu entwickeln, die, mit Wasser- oder Sanduhr verbunden, automatisch ein Hämmern auf eine Glocke schlagen liess, es zurückschwung und dann wieder nach vorne warf. Für einen weiteren Schlag. Und noch einen. Und noch einen. Die Wiederholung war entscheidend. Nur von einem Klingeln wurde man meist nicht wach. (Der Erfinder: unbekannt. Aber es war wohl ein Mönch, denn ausserhalb der Klöster hatte sicher niemand auch nur das geringste Interesse daran, sich von einer dauerklingelnden Glocke aus dem Schlaf reissen zu lassen.)

Bald organisierten recht zuverlässige Uhren und immer häufiger bimmelnde Kirchenglocken das Leben, etwa ab dem 14./15. Jahrhundert. Das galt zuerst in den Städten, bald auch für Dorfbewohner. Man sah nicht nach der Uhr, viele konnten sie auch gar nicht lesen. Man hörte das Läuten und richtete sich danach, vom Beginn des Tages bis an sein Ende.

Die Aufwachgeschichte zeigt, wie das Alltagsleben verschiedener Schichten mit dieser Modernisierung auseinanderdriftete. Noch in der Frühen Neuzeit wachten nicht einmal Könige allein auf. Im royalen Schlafraum lagen Bedienstete, um sich gleich um die Herrschaft kümmern zu können. Einen kranken Monarchen nahm man zumeist von seiner imposant hohen und breiten Schlafstätte herunter, er schlummerte und erwachte fortan auf einer flachen, schmalen Liege, genau wie seine Diener und daher gut erreichbar für sie – und erst wenn man sich sicher war, dass der Herrscher nicht noch einmal aufwachen würde, verfrachtete man ihn wieder aufs offizielle Bett, damit das Protokoll eines würdigen königlichen Todes auch eingehalten werden konnte. Ludwig XIV., ob gesund oder krank, wurde jeden Morgen von seinem nachts zu seinen Füßen schlafenden Kammerdiener geweckt. Dieser weckte den König auch dann, wenn jener schon wach war. Das Wecken war Teil eines festgelegten Morgenrituals, an dem sich Dutzende von Menschen beteiligten.

Im ganzen europäischen Adel galten Bedienstete bis ins späte 18. Jahrhundert noch als Fami-

lienmitglieder: Es war normal, zu Tagesbeginn als Erstes in ihre Gesichter zu sehen. Erst seit der Aufklärung, dem Zeitalter von Individualität und Intimsphäre, klingelten aufgewachte Aristokraten, um ihre Dienstboten herbeizuholen.

Im Bürgertum des 19. Jahrhunderts sprach man dann zwar viel von Arbeitseifer, Würmer fangenden frühen Vögeln und einer gewissen Stunde mit Gold im Mund. Tatsächlich aber verschob sich das Aufwachen der oberen Mittelschicht komfortabel nach hinten. In Kontoren und Kanzleien trafen die, die den Ton angaben, erst um neun Uhr ein. Die Werk-tätigen niederer Klassen waren da schon stundenlang in der Welt unterwegs. Und frühmorgens zu verschlafen, konnte für Arbeiter existenzbedrohende Folgen haben: In der modernen Fabrik wurde auch die kleinste Verspätung mit Lohnabzug bestraft.

Im 19. Jahrhundert war viel von Arbeitseifer die Rede. Die obere Mittelschicht machte sich aber erst gegen neun Uhr ans Werk.

Weil Uhren mit Läutwerk allerdings noch sehr teuer waren, entwickelte sich im hochindustrialisierten England der Berufsstand des Weckers. Diese Kleinunternehmer zogen frühmorgens durch die Städte und klopfen an die Fensterscheiben ihrer Klienten. Für die Kundschaft in den oberen Etagen benutzten sie Angelruten oder schossen Erbsen durch Blasrohre. Sie zogen erst weiter, wenn man sich ihnen in aufgewachtem Zustand zeigte. Erst das frühe 20. Jahrhundert, Uhren mit Geläut wurden nun massenproduziert, brachte das Karriereende für die menschlichen Wecker und den Aufschwung inhumaner Klingelapparate. Die Schwarzwälder Firma Junghans, damals grösster Weckerproduzent weltweit, bot ein Modell namens «Radau» an und einen «Repetierwecker Störenfried», einen Apparat namens «Krawall» mit besonders lauter Schelle und ein Modell «Terror» mit zwei

Glocken statt nur einer. Über das Schlafdefizit im Kapitalismus verrät das eine Menge.

Kein Zufall also, dass psychologische Forschungen zum Aufwachprozess meist im Bürgertum entstanden. Die gestresste Arbeiterschaft hatte für so etwas keine Zeit. Ein illustrierter Wiener Nervenarzt etwa befand sich im Tirol-Urlaub, wachte eines Morgens auf und erinnerte sich an seinen Traum: Der Papst sei gestorben. Er war verwundert und machte sich an den Analyseprozess. Seine Gattin wies ihn darauf hin, dass am frühen Morgen die Kirchenglocken doch so geläutet hätten – und Sigmund Freud deutete seinen Traum daraufhin als Rache seines Unterbewusstseins am lärmigen Tiroler Katholizismus. Die Episode taucht in seinem Hauptwerk *Die Traumdeutung* auf, erschienen im Jahr 1900, in dem der Traum

Die Servicekräfte in Schlafwagen arbeiteten oft in 24-Stunden-Schichten und hatten dabei das Recht auf drei Stunden Schlaf.

als «Hüter des Schlafs» beschrieben wird – und als «Königsweg zum Unbewussten».

Ein leidenschaftlicher Wiener Ballonfahrer, Herbert Silberer, wurde zum profiliertesten Aufwachexperten im Umkreis Freuds. Das Schweben über Österreich-Ungarn gab er auf, um im eigenen Bett morgendliche Phänomene an sich selbst zu erforschen. Silberer liess sich wecken, blieb aber liegen, dämmerte so noch einmal ein und beschrieb und analysierte später die Halluzinationen, die ihm im Halbschlaf gekommen waren. Besonders prägnant: seine Studien zum Pinkeln. Er notierte immer wieder Urinierträume. Keinen Ort dafür zu finden. Daran gehindert zu werden, weil jemand zuschaute. Oder dass da plötzlich ein Spiegel war und gar kein Klo. Die Bedeutung dieser Visionen lag für Silberer auf der Hand. Der Traum als «Hüter des Schlafs» helfe uns auch mit voller Blase: Die

Visionen davon, keine Gelegenheit zum Wasserlassen zu finden, seien ein psychisches Instrument, um das Ins-Bett-Pinkeln vor dem Aufwachen zu verhindern. «Die Gefahr, mich selbst anzupissen, im Traum erfasst und bildlich zum Ausdruck gebracht»: So schrieb Silberer es nieder.

Auch die Amerikanerin Mary Calkins unternahm um 1900 Selbstversuche im Bett. Sie platzierte Kerze, Bleistift und Papier auf dem Nachttisch und liess sich nachts immer wieder von einem Wecker aus dem Schlaf klingeln, um gleich nach dem Aufwachen ihre Träume zu notieren. Mehr als 200 Exemplare sammelte sie so. Ein Kollege stellte ihr zusätzliche 170 zur Verfügung. Anders als ihre Wiener Kollegen interpretierte Calkins nicht die Symbolik im Detail. Sie war an generellen Mustern interessiert.

Heutige Schlafforscher preisen diese Arbeiten als pionierhaft: Beeindruckend früh habe Calkins nachgewiesen, dass die Unterschiede zwischen Schlafen und Wachen viel geringer seien, als man gemeinhin annehme. Sie fand heraus, dass Träume eine Vielzahl sozialer Interaktionen abbilden (wir in ihnen also quasi die kommunikativen Aufgaben trainieren, die nach dem Aufwachen anstehen) und dass die letzte Phase des Schlafs die lebendigsten Träume bringt.

Calkins war Dozentin an der Frauenhochschule Wellesley College, erst für Altgriechisch, dann für Psychologie, hätte gern in Harvard promoviert, reichte ihre Dissertation dort ein und wurde abgewiesen, weil sie eine Frau war. Gleich nach dem Aufwachen Träume zu notieren: Das sei ein Weg, schrieb sie, die psychischen Prozesse des eigenen Lebens zu verstehen. Zu viel sollte man nicht erwarten. Das räumte sie ein. Es sei ein langsamer Prozess, aber er lohne sich durchaus.

Es gab jedoch auch andere Aufwach- und Aufwachexperten, jenseits von Bürgertum und Universitäten. Zu ihnen zählten etwa die Bediensteten von amerikanischen Schlafwagen – bis in die 1950er Jahre hinein sehr beliebte Verkehrsmittel. Die Fahrgäste in den Nachtzugabteilen waren fast immer weiss. Schwarz waren dagegen die Servicekräfte. Oft arbeiteten sie zwei 24-Stunden-Schichten nacheinander und hatten in jeder Schicht zwar das Recht auf drei Stunden Schlaf, wurden aus



Als George Pullman in den 1860er Jahren erste Schlafwagen konzipierte, schuf er auch den Job der «Pullman Porter». Einer dieser Bediensteten ist links im Bild zu sehen, neben ihm stehen Zugbegleiter und -führer, 1940.

Bild: Pullman Palace Car Company Collection, 1867–1982. Archives Center, National Museum of American History

diesen aber immer wieder von Passagieren mit Sonderwünschen herausgeklingt. Und die Passagiere hatten eine Menge Sonderwünsche.

Jemand war in einem oberen Etagenbett aufgewacht, musste zur Toilette, meinte, Unterstützung zu brauchen? Ein todmüder Mann in Livree, vielleicht gerade auf dem Dienstbett eingnickt, schreckte vom Klingeln auf, lief herbei, stellte die Leiter bereit, half dem Fahrgast nach unten, wartete auf dessen Rückkehr vom WC, half ihm wieder nach oben. Anfassen durfte er dabei nur einen bestimmten Körperteil des von ihm Umsorgten: den Ellbogen. So stand es in den Dienstregeln.

Rassistisches Denken bestimmte diese Vorschriften. Der Schlafwagenbedienstete musste sich daher so unterwürfig wie möglich präsentieren. Beim morgendlichen Wecken durfte er zwar an die Kabinentür klopfen, sie aber nicht öffnen. Er durfte seine Stimme benutzen, aber zu laut durfte sie nicht sein. Wach werden mussten die Passagiere dennoch. Waren die Herrschaften aufgestanden, hatte er sich bei ihnen zu erkundigen, ob sie denn auch wohl geruht hätten. Und er büstete ihnen kurz vor dem Aussteigen noch die Mäntel ab. Die Schuhe hatte er ihnen in der Nacht geputzt. Dass das stets so freundlich lächelnde Personal vor Müdigkeit kaum noch denken konnte, war den Fahrgästen wahrscheinlich einerlei. Was sie ebenfalls nicht mitbekamen: dass sich die Servicekräfte eine umfassende Expertise angeeignet hatten, mit welcher höchst beflissenen Gesten sie der Kundschaft besonders viel Trinkgeld entlockten.

Die nur scheinbar devoten Dienstmänner spielten eine ganz eigene Rolle in der amerikanischen Geschichte. Sie waren gewerkschaftlich organisiert, in der Brotherhood of Sleeping Car Porters, und diese Vereinigung war die erste afro-amerikanische Gewerkschaft, die erfolgreich mit weissen Arbeitgebern verhandelte. Damit bereitete sie die Bürgerrechtsbewegung vor, die Mitte des 20. Jahrhunderts die USA für immer veränderte. Noch etwas trugen die viel zu oft geweckten Servicekräfte zum gesellschaftlichen Fortschritt bei: Sie sagten vor Arbeitsschutz-Ausschüssen aus – und ihre Berichte dort machten die körperlichen und mentalen Konsequenzen von Schlafmangel erstmals zu einem öffentlich diskutierten Thema.

In Jean-Paul Sartres existenzialphilosophischem Hauptwerk *Das Sein und das Nichts*, in Frankreich 1943 erschienen, finden sich Überlegungen zum inauthentischen Selbst, die den sich ständig verstellenden Schlafwagenbediensteten sicher aus der Seele sprachen. Bei Sartre verkörpert ein stets um fünf Uhr morgens aufstehender Café-Kellner, im Dienst arg beflissen, ja mechanisch agierend, wie gesellschaftliche Regeln dazu beitragen, «den Menschen in dem einzusperren, was er ist».

Und Sartre widmete sich auch dem Wecker, Symbol der falschen Weltansicht des modernen Individuums. Jemand hört den Apparat am Morgen. Er meint, dass ihn das Ding zum Aufstehen zwingt. Aber er vergisst dabei, dass es nicht das Ding ist, das den Zwang ausübt, sondern er selbst: er, der Mensch, der den Wecker gestellt habende Mensch ganz allein. Dass das nicht gesehen würde, interpretierte der Philosoph als die wahre Konsequenz des Weckerbesitzes. Das Gerät gestatte uns nicht, unser Verhältnis zur Arbeit, zum Leben infrage zu stellen. Nach Sartre weichen wir der zur Freiheit führenden «ethischen Angst» aus und der Herausforderung, uns im «Urzusammenhang» mit unseren Werten zu betrachten. Stattdessen springen wir gleich aus dem Bett.

Auf den ersten Blick klingt das überzeugend. Allerdings hatte Sartre etwas nicht vorhergesehen können: den Telechron 7H-241, produziert von General Electric. Dieses Weckermodell kam in den USA 1956 auf den Markt, zufällig gleichzeitig mit der amerikanischen Ausgabe von *Das Sein und das Nichts*, und es veränderte das Verhältnis zwischen aufwachendem Individuum und Technologie auf grundlegende Weise. Der Telechron 7H-241 verfügte – Weltneuheit! – über eine Snooze-Taste. Man musste gar nicht mehr sofort aufstehen. Der Apparat gab Ruhe, wenn man es wollte. Er meldete sich später noch einmal. Man könnte also meinen, dass die existenzialistische Weckerphilosophie schon 1956 veraltet war.

Aber man muss Sartre in Schutz nehmen. Denn auch die von nun an snoozende Menschheit fand den Weg in die Freiheit nicht. Wir drückten den Knopf. Wir dösten ein bisschen. Aber wir sprangen beim nächsten Piepen doch folgsam aus

Illustration: Agata Marszałek

den Federn. Technologie wurde eher noch mächtiger. In der Ära sozialer Netzwerke etwa erschienen Lebensverbesserungsgurus auf Bildschirmen, die zwecks Selbstoptimierung propagierten, um fünf Uhr morgens aufzustehen – und tatsächlich, unfassbar, Menschen von dieser Idee überzeugten. Dann verbreitete sich eine neue Form der Schlafstörung, Orthosomnie genannt, ausgelöst von der Angst davor, dass eine pausenlos Daten sammelnde Gesundheits-App am Morgen, nach dem Erwachen, den Nachtschlaf ihres Users als unterdurchschnittlich bewerten könnte.

Es handelt sich offensichtlich um bedrohliche Entwicklungen. Der Aufwachhistoriker schlägt daher vor, das Schlafzimmer der Gegenwart so technikfrei wie möglich zu halten. Sowie: morgens einfach liegen zu bleiben – und vielleicht von einem zärtlichen Harry zu träumen, so wie Sarah Hurst 1759, warum nicht, oder durch Nichtaufstehen die «Abweisung der Welt» zu denken, wie der Weckergegner Jean-Paul Sartre es empfahl. |G|



Christoph Ribbat, Jahrgang 1968, ist Professor für Amerikanistik in Paderborn. Der vorliegende Text beruht auf seinem neuen Buch, das in diesen Tagen im Insel-Verlag erscheint: *In den Tag. Eine kurze Geschichte des Aufwachens*.



Weiterführende Literatur

- Hannah Ahlheim: *Der Traum vom Schlaf im 20. Jahrhundert. Wissen, Optimierungsphantasien und Widerständigkeit*. Göttingen 2018.
- Gerhard Dohrn-van Rossum: *Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitordnungen*. München 1992.
- Sasha Handley: *Sleep in Early Modern England*. New Haven 2016.
- Jean-Paul Sartre: *Das Sein und das Nichts*. Reinbek 1962.
- Larry Tye: *Rising from the Rails. Pullman Porters and the Making of the Black Middle Class*. New York 2004.
- Maria Elisabeth Wittmer-Butsch: *Zur Bedeutung von Schlaf und Traum im Mittelalter*. Krems 1990.



**Mehr Licht
Video in der Kunst**

**Aargauer Kunsthaus
31.1.–25.5.2026**

**Kunstmuseum Solothurn
18.1.–17.5.2026**

Pipilotti Rist (*1962), *Bright Light* (Detail Videos III), 1993/1997
Aargauer Kunsthaus / Dauerleihgabe aus der Sammlung Andreas Züst 2004
© Pipilotti Rist, mit Genehmigung der Künstlerin, Aargauer Kunsthaus und Leihung Augustine/2025, Proletariat, Zürich

«An alle!»

Von England über Deutschland bis in die Schweiz wird heute über den öffentlichen Rundfunk diskutiert. Aber warum gibt es ihn eigentlich – wieso ist das Radio in Europa zum Service public geworden?

Von Claudia Mäder

«Wer soll den Rundfunk bezahlen?» Das ist die Preisfrage: Für die beste Antwort gibt's 500 Dollar. Im Mai 1924 lanciert die amerikanische Zeitschrift *Radio Broadcast* einen Wettbewerb, um ein Problem anzugehen, das die junge Radiolandschaft belastet.

Seit Anfang der 1920er Jahre boomt das neue Medium in den USA: Innerst kürzester Zeit sind über 600 Sender entstanden, ein kunterbuntes Allerlei geht durch den Äther. Die Behörden mischen sich kaum ein. Zwar braucht man eine Lizenz, um eine Radiostation zu betreiben, aber das zuständige Departement vergibt Genehmigungen ohne Ende. Auch als die verfügbaren Frequenzen längst mehrfach belegt sind und sich die Sender gegenseitig stören, kommen noch laufend neue dazu. Nur haben sie immer mehr Mühe, sich zu halten. Die Anfangseuphorie ist gross, doch sie trägt nicht alles: Wenn Musiker am Radio auftreten, wollen sie Geld; für Buchtexte, die man vorliest, oder Stücke, die man spielen lässt, fallen Copyrightgebühren an, und auch das technische Equipment will bezahlt sein – aber eben: wie?



Die Romandie wird ab 1931 vom waadtländischen Sottens aus mit Radioprogrammen versorgt. Die Sendeanlage wird bei der Eröffnung als Westschweizer «Rütli» gefeiert. Bild: 1952.

Viele Sender setzen auf Werbung, sie strahlen Spots von Gewerblern aus, die den Hörern ihre Toaster, Frühstücksflocken oder Zigaretten anpreisen. Das bringt Geld, gefällt aber nicht allen: So manch ein Konzert oder Vortrag werde verdorben, weil mittendrin die Preise für Eier verlesen würden, klagt die *New York Times* 1922.

Es ginge auch anders, meint H. D. Kellogg, ein Mann aus Pennsylvania. Im Wettbewerb von *Radio Broadcast* schlägt er vor, das Radio durch die Hörer zu finanzieren. Im Prinzip über eine Steuer: Jeder, so Kellogg, soll für seinen Radioempfänger eine jährliche Abgabe leisten; der Staat könnte dieses Geld verwalten und mit ihm dafür sorgen, dass im ganzen Land etwa fünfundzwanzig Sender stabil laufen.

Die Idee wird von *Radio Broadcast* ausgezeichnet: Kellogg bekommt 500 Dollar – und obendrein viel Spott und Hohn. «Eine Steuer wäre widerlich», schreiben Kommentatoren. Er glaube nicht, dass der Plan zu den USA passe, sagt Herbert Hoover, der spätere Präsident, der damals als Handelsminister amtiert. Und auch die Herausgeber von

Radio Broadcast scheinen den Vorschlag eher als eigenwilligen Debattenbeitrag denn als realen Plan zu sehen. Den Staat so stark in den Rundfunk einzubeziehen, würde die ganze bisherige Entwicklung des Radios unterlaufen, schreiben sie. Alles, was nach Zentralisierung und Kontrolle rieche, würde auf grössten Widerstand stossen.

Was in Amerika 1924 wie eine Schrulle klingt, wirkt aus europäischer Warte bis heute recht normal – Kellogg propagierte im Grunde eine Art öffentlichen Rundfunk. Während man in den USA, Gemecker über Eierpreise hin oder her, bei der Werbefinanzierung blieb und sich das kommerzielle Radio dort als Haupttypus durchsetzte, hat sich in den meisten europäischen Ländern ein ganz anderes System entwickelt. Der Rundfunk wurde hier um 1920 nicht als Teil des kommerziellen Mediengeschäfts aufgefasst, sondern als Service public konzipiert: als Dienst, der für die Öffentlichkeit geleistet wird und den die Öffentlichkeit finanziert; als Grundversorgung, die der Staat garantiert, ohne sie aber selber zu betreiben.

Zwar hat sich das Modell im Lauf der Zeit gewandelt, seit den 1970er Jahren sind in Europa weitem auch private Stationen auf Sendung (*NZZ Geschichte* Nr. 50, Februar 2024). Doch noch immer ist der Service public an vielen Orten ein zentraler Pfeiler des Rundfunkwesens. Wie aber ist er überhaupt entstanden? Wie ist es gekommen, dass das Radio – und später auch das Fernsehen – in Europa zur öffentlichen Aufgabe wurde?

Eine gewisse Nähe zum Staat war schon von der Technologie her gegeben. Das Radio basiert auf der drahtlosen Telegrafie, die in den meisten Ländern ähnlich wie das Post- oder Telefonnetz unter staatlicher Aufsicht stand. Zudem war die drahtlose Kommunikation nach ihrer Erfindung um 1900 vor allem im Militär verbreitet. Die Armeen nutzten den Funk zum Beispiel, um Informationen zwischen Schiffen auszutauschen. Im Ersten Weltkrieg war die Technologie sehr gefragt, erstmals wurden Empfangsgeräte jetzt in industriellen Mengen hergestellt. Das war sowohl Voraussetzung als auch Treiber für die breite zivile Nutzung des Funks, die nach dem Krieg begann. Denn nun suchten die Geräteproduzenten nach neuen, nichtmilitärischen Märkten.

So sind es in Europa, nicht anders als in den USA, private Unternehmer, die zu Beginn der 1920er Jahre die ersten Radiosendungen lancieren. Kurz nachdem die Amerikaner losgelegt haben, schliessen sich in Grossbritannien mehrere Elektrogerätehersteller zu einem Konsortium zusammen. Als British Broadcasting Company (BBC) wollen sie Radioprogramme anbieten – und so die Bevölkerung zum Kauf ihrer Apparate animieren. Um auf Sendung zu gehen, ist auch hier eine Lizenz nötig, und die BBC bekommt nicht nur die erste, sondern auch die einzige Genehmigung der britischen Postbehörde. Mit dieser Beschränkung geht es dem Staat explizit darum, einem «Chaos» amerikanischer Art entgegenzuwirken. Dazu seien von Anfang an «drastic regulations» nötig, sagt der Postminister 1922.

Die exklusive Lizenz der BBC ist mit Auflagen verknüpft: Politisches und «Kontroverses» darf nicht gesendet werden, und Werbung ist verboten. In beiden Bestimmungen, schreibt der Historiker Edzard Schade, zeigte sich der Einfluss der Zeitungsverleger. Sie bilden in Europa eine mächtige politische Lobby und wollen das Radio als neue Konkurrenz zurückbinden. Den Werbemarkt und überhaupt die Ressourcen der Wirtschaft erachtet man hier tendenziell als begrenzt – anders als in den USA, wo der «offensive Unternehmertegeist» an umfassende Expansionsmöglichkeiten glaubt, wie Schade schreibt. Die Verleger wollen ihren Besitzstand wahren und deshalb auch ihre zentrale Rolle für die politische Meinungsbildung schützen: Wer die Politik verfolgen will, soll die Zeitung kaufen. Das Radio kann sich derweil um Bildung, Kultur und Unterhaltung kümmern.

Diese Aufgabenteilung etabliert sich unter anderem auch in der Schweiz, wo Privatpersonen ab 1923 Radiogenossenschaften bilden und Geld zusammentragen, um Programme zu starten. Fünf solche regionalen Genossenschaften erhalten eine Konzession der Obertelegrafendirektion. Der Bund hält es wie die britischen Behörden für nötig, Chaos im Äther zu verhindern. Es sei Aufgabe des Staates, «unter möglichster Schonung des Individualrechtes des Einzelnen Ordnung in das ganze Radiowesen zu bringen», sagt Verkehrsminister Robert Haab 1924.

Hinter dem Ordnungswillen steht einerseits ein Staatsverständnis, in dem Interventionen und Regulierungen mehr Platz haben als in den USA, wo die Wirtschaftsfreiheit oft zuoberst steht. Andererseits spiegeln sich in den spezifischen Aufgaben, die man dem Radio macht, auch politische Interessen – nicht nur die Verleger wollen das neue Medium möglichst harmlos halten.

Das krisengebeutelte Europa der Zwischenkriegszeit ist von sozialen Spannungen durchzogen, überall vertiefen sich die Gräben. Arbeiter, Bürgerliche, Bauern: Die Gesellschaft scheint in Gruppen zu zerfallen, die ihre je eigenen Interessen verfechten und sich zunehmend feindlich gegenüberstehen. Die Radiokommunikation hat das Potenzial, die Massen aufzurühren, das weiss man spätestens seit 1917, als die russischen Revolutionäre einen Funkspruch «an alle!» richteten,

Die Linke stösst sich daran, dass für das Radio nicht das Gleiche gilt wie für die Zeitung: Pressefreiheit.

um die Bildung der neuen Sowjetregierung zu verkünden. Europas Staaten wollen Polarisierung und Mobilisierung in dieser Situation nicht weiter anheizen. Das Radio soll darum weder politisch sein, noch mit Dutzenden Stationen pro Land die Interessen unterschiedlicher Gruppen bedienen und die Gesellschaft fragmentieren.

Eine zersetzende Wirkung schreibt man auch der Werbung zu: Kommerz und Konsum, heisst es da und dort mit abschätzigem Seitenblick auf Amerika, würden Eigennutz und Egoismus stärken. Demgegenüber soll das Radio den Zusammenhalt des Volkes fördern, wie etwa der deutsche Staatssekretär für das Telegrafien-, Fernsprech- und Funkwesen in der Weimarer Republik erklärt: «Vor allen Dingen fasst der Rundfunk die durch politische und religiöse Unterschiede getrennten Volksklassen zu einer (...) geistig verbundenen Hörergemeinde zusammen und wird so

vielleicht mit dazu berufen sein, Trennendes zu beseitigen, Gemeinschaftssinn und Staatsgedanken zu kräftigen.»

Auch um solch hehre Aufgaben zu erfüllen, ist aber Geld nötig: Ähnlich wie in Amerika stehen viele Sender in Europa bald vor finanziellen Problemen. Die BBC wollte ihr Programm ursprünglich über den Verkauf von Radios finanzieren. Dieses Konzept ist aber nicht nachhaltig – irgendwann ist das Publikum mit Geräten eingedeckt – und überhaupt von Anfang an wacklig: Viele Tüftler bauen sich ihre Empfänger einfach selber. Die Postbehörde ihrerseits erhebt als Eigenerin der Kommunikationsnetze bei allen Hörern eine jährliche Gebühr für den Radioempfang. Schon nach kurzer Zeit kann die BBC nur noch überleben, weil sie einen immer grösseren Prozentsatz dieser Abgaben vom Staat bekommt.

Per 1927 ändert sich denn auch ihr Status: Die British Broadcast *Company* wird zur British Broadcast *Corporation* – zu einem Dienst, der von der Öffentlichkeit getragen wird und im Interesse der Öffentlichkeit agiert, zu einem Public Service, wie die Briten sagen. Manche Politiker, unter ihnen Winston Churchill, würden die BBC gerne verstaatlichen und so dafür sorgen, dass das Radioprogramm von den Behörden gestaltet wird. Der BBC-Direktor, John Reith, kämpft jedoch vehement dafür, den Rundfunk inhaltlich unabhängig zu halten. «Impartiality» – Unparteilichkeit – wird damit zum Grundsatz dieses Public Service.

Etliche Länder orientieren sich fortan am britischen Vorbild, so auch die Schweiz. Einige der fünf regionalen Stationen sind hier Ende der 1920er Jahre in der Bredouille. Das Hörerwachstum verläuft nicht wie gewünscht, und die Sender streiten untereinander über die Anteile der Gebühren – seit 1924 müssen Radiohörer jährlich zehn Franken für den Empfang bezahlen –, die jedem zukommen sollen. Eine Neuordnung scheint unumgänglich. Die Behörden studieren die Lage von den Nachbarländern bis nach Skandinavien und beobachten ein veritables «Wettrüsten im Bau immer stärkerer Stationen». Überall engagiert sich der Staat für ein solides nationales Radio, und die Schweiz bleibt nicht zurück: 1931 wird die Schweizerische Rundfunkgesellschaft (SRG) gegründet. Der privat-

rechtliche Verein bekommt jetzt die einzige Konzession zum Betrieb von Radioprogrammen und wird auf ähnliche Grundsätze wie die BBC verpflichtet. Laut Konzessionsakte soll «die allgemeine Bildung» gefördert werden, Reklame und «parteiliche oder konfessionelle Propaganda» sind verboten; das Radio «soll im Geist der Unparteilichkeit betrieben werden».

Die «Unparteilichkeit» ist freilich von Anfang an mit Zwist verbunden. Würde es der allgemeinen Bildung dienen, wenn man zum 50. Todestag von Karl Marx einen Vortrag über dessen Leben ausstrahlte? Darf ein Pfarrer am Radio über die Unvereinbarkeit von Katholizismus und Sozialismus rasonieren? Wie anderswo kommt es in der Schweiz immer wieder zu Diskussionen über gesendete Beiträge oder Themen, die von den Radiomachern abgelehnt wurden.

Vor allem die Linke fühlt sich im nationalen Rundspruch nicht zu Hause, und manche ihrer Vertreter stellen das Funktionsprinzip der SRG ganz grundsätzlich infrage. Der St. Galler SP-Nationalrat Johannes Huber etwa kann nicht begreifen, wieso für das Radio nicht das gilt, was man für die Zeitungen nach Jahrhunderten der Zensur erkämpft hat: Pressefreiheit.

Natürlich, räumt Huber 1931 im Nationalrat ein, könne nicht jeder einfach sein eigenes Radio aufmachen. Schon technisch wäre das nicht möglich, weil es in jedem Land nur eine begrenzte Anzahl an Frequenzen für den Rundfunk gibt. Aber auf dem nationalen Sender, den man nun hat, könnte und sollte in Hubers Augen Freiheit statt «väterlicher Bevormundung» herrschen: Man müsste ihn grundsätzlich «jeder Meinung zur Verfügung stellen». Warum das Radioprogramm nicht am Montag vom Freisinn, am Dienstag von den Konservativen und am Mittwoch von den Sozialdemokraten gestalten lassen?

Was Huber anregt, ähnelt dem amerikanischen Modell. In den USA, schreibt ein Beobachter 1944, wird das Radio im Prinzip genau gleich wie die Presse gehandhabt, man «betrachtet es als freie, allen Parteien zugängliche Tribüne der öffentlichen Meinung». Doch davon will man hier nichts wissen. Hubers Vorschlag würde die Funktionsweise des Radios komplett verdrehen, sagt

Verkehrsminister Marcel Pilet-Golaz. Der Rundfunk sei eben gerade nicht als «Kampfinstrument» da, um den Meinungsstreit auszufechten, sondern habe die Aufgabe, dem Volk als ganzem zu dienen.

Anderswo zeigt sich bald darauf, wie mächtig das Radio als Kampfinstrument tatsächlich ist – und wie fragil seine «Unparteilichkeit». In Deutschland wird der Rundfunk, der in der Weimarer Zeit aufgebaut wurde, zum wichtigsten Propagandamittel der Nazis. Vollständig der Politik unterstellt, verbreitet der Staatsfunk Hass und Lügen bis zum bitteren Ende: Als Hitler Selbstmord begeht, heisst es im Radio, der «Führer» sei «gegen den Bolschewismus kämpfend für Deutschland gefallen».

Nach dem Krieg sind es die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, die den Rundfunk in Deutschland neu aufbauen. Von ihren zwei Modellen kommt nur eines infrage – ein kommerzielles Radio ist schon darum undenkbar, weil im kriegszerstörten Land die Werber fehlen. Rasch entsteht folglich ein Public Service nach Vorbild der BBC, wobei sich jetzt auch die Amerikaner vom öffentlichen Rundfunk die schönsten Dinge versprechen. Dieser, halten sie 1946 fest, werde in Deutschland nämlich nur noch etwas verfechten: «die Sache der Gerechtigkeit und die gemeinsame Sache der Menschheit». 161

Claudia Mäder ist Redaktionsleiterin von NZZ Geschichte. claudia.maeder@nzz.ch



Weiterführende Literatur

- Markus T. Drack (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Baden 2000.
- Konrad Dussel: Deutsche Rundfunkgeschichte. Köln 2022.
- Patrice Flichy: Une histoire de la communication moderne. Paris 1991.
- Theo Mäusli: Europa ist anders, in: Angelika Linke und Jakob Tanner (Hg.): Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa. Köln 2006, S. 97–116.
- Karsten Rudolph: Sendestörung. Aufstieg und Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. München 2025.
- Edzard Schade: Herrenlose Radiowellen. Die schweizerische Radiopolitik bis 1939 im internationalen Vergleich. Baden 2000.

Der Plan zur Abschaffung des weissen Todes

Andere Nationen hatten Kriege. Die moderne Schweiz nutzte Naturkatastrophen, um sich zu einigen. Zum Beispiel nach dem Lawinenwinter 1951, als es um die Rettung ganzer Täler ging.

Von Daniel Di Falco

Was braucht es, um die Schweiz infrage zu stellen, das Fortbestehen der Nation? Wir sind im Juli 1951, und der Bundesrat beschwört, ein halbes Jahr nach der Katastrophe, das Parlament: Es gehe um ein «bevölkerungspolitisches Problem, das an die Grundlagen unseres Staates greift». Ohne Gegenwehr drohe die «Entvölkerung ganzer Talschaften, da diese praktisch unbewohnbar werden». Und weil die Leute dort nicht die Mittel hätten, gegen die Bedrohung vorzugehen, brauche es jetzt die «tatkräftige Hilfe der Allgemeinheit».

Was ist vorgefallen? Meteorologisch gesprochen: Zufuhr von feuchter Luft, sehr viel feuchter Luft, die an die Alpen gedrückt wurde. Im Januar 1951 kam sie von Nordwesten, im Februar von Süden, und die Staulage hielt in beiden Phasen viele Tage an. Das führte zuerst in den nördlichen und dann in den südlichen Alpen zu praktisch pausenlosen Niederschlägen. Verbreitet fiel dreibis viermal so viel Schnee wie im langjährigen Monatsmittel. Am meisten gab es zwischen dem 16. und dem 21. Januar mit zweieinhalb Metern im oberen Prättigau. Vier Meter waren es vom 4. bis zum 13. Februar im Bedrettotale.

Lawinen sind komplex. Sie können auf Gefällen ab dreissig Prozent entstehen; auch die Art des Schnees und der Aufbau der Schneedecke spielen

eine Rolle, ebenso Bodenbeschaffenheit, Windverhältnisse und Temperaturentwicklung. Doch 1951 war es simpel, laut Martin Laternser und Walter Ammann vom Institut für Schnee- und Lawinenforschung, die das Geschehen jener Tage untersucht haben: Die schiere Menge genügte, damit der Schnee unter der eigenen Last zusammenbrach. Und so wurde jener Winter ein Lawinenwinter – der schlimmste des Jahrhunderts. Schweizweit zählte man rund 1500 Schadenlawinen, 98 Menschen kamen ums Leben, namentlich in Graubünden, im Tessin, im Wallis und in Uri. Das Gotthardgebiet wurde beide Male getroffen, erst die Gegend um Andermatt, dann jene um Airolo.

Am 20. Januar zertrümmern Lawinen den Dorfrand von Realp und verschütten Bahn und Strasse im Urserental. In Andermatt selbst stösst eine Lawine ins Ortszentrum vor und zerstört mehrere Ställe, ein Chalet, ein Wohnhaus, ein Kaufhaus und das Hotel Drei Könige. Eine weitere verwüstet das Areal der Kaserne. Evakuierungen sind angeordnet, aber nicht überall früh genug befolgt worden; elf Verschüttete sterben.

Gewarnt ist man auch auf der anderen Seite des Gotthards. Schon im Januar ist die Vallascia-Lawine ein erstes Mal in Airolo niedergegangen, ohne Schaden anzurichten. Als im Februar wieder heftiger Schneefall einsetzt, werden bis am Abend des 11. grosse Teile des Dorfs evakuiert, die Bergungsmannschaften stehen bereit. «Mehrere Male ging das Licht aus, und viele Leute wagten nicht, ins Bett zu gehen», so Laternser und Ammann. «Ein

Zwei Dutzend Häuser sind verschwunden, der Schnee türmt sich stellenweise mehr als zwanzig Meter hoch auf, der letzte Tote wird erst nach sechs Tagen gefunden: Airolo nach der Lawine vom 12. Februar 1951.



Bild: Ernst Baumann / Photopress-Archiv / Keystone

SBB-Zug blieb unterhalb Airolo im hohen Schnee stecken.» Kurz nach Mitternacht stösst dann ein orkanartiger Wind durchs Tal. Auf die Luftdruckwelle, die der Lawine vorangeht, folgt ein Dröhnen und Tosen, schliesslich bersten Holz und Stein. Vom Kirchturm läutet die Sturmglocke, Helfer treffen mit Schaufeln und Sondierstangen ein, doch wegen der Dunkelheit und des anhaltenden Schneefalls zeigt sich die Lage erst am Morgen.

Elf Wohnhäuser, elf Ställe und eine Sägerei sind verschwunden. Eine Million Kubikmeter Schnee haben das Dorf auf vierhundert Metern Breite erfasst und türmen sich nun stellenweise über zwanzig Meter hoch. Fünfzehn Menschen sind trotz der Evakuierung daheim geblieben, nur fünf werden noch lebendig gefunden. Am Nachmittag bringen Extrazüge sämtliche Einwohner ins untere Tessin oder durch den Gotthard nach



Bild: Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung, STF XIII, 77

Göschenen. Das verlassene Dorf muss förmlich ausgegraben werden, das letzte Todesopfer wird erst nach sechs Tagen gefunden.

Im Tessin bleibt die Lage noch lange prekär. In Bedretto können die Einwohner erst im späten Frühling zurück in ihre Häuser. Und die Strasse nach Bosco-Gurin, zur höchstgelegenen Gemeinde im Kanton, bleibt wegen der Schneemassen bis Ende Mai gesperrt; die Bewohner sind vier Monate eingeschlossen und werden aus der Luft versorgt.

Sollte man gewisse Ortschaften nicht besser aufgeben und die Bevölkerung umsiedeln? Die Frage taucht nach jenem Winter auf. Etwa im Fall von St. Antönien, einer Streusiedlung in einem Seitental des Prättigaus, die immer wieder von Lawinen getroffen worden ist. Am 20. Januar 1951 kommt es hier zum landesweit grössten Gebäudeschaden jenes Winters: Neun von zehn Verschütteten überleben, aber eine einzige Lawine vom Chüenihorn zerstört oder beschädigt zweiundvierzig Bauten. Kurz darauf wird ein Architekt aus der Region bei der Gebäudeversicherung Graubündens vorstellig. In seinem Projekt verlangt er, den Wiederaufbau nur auf gesichertem Terrain zu erlauben, im Nachbarort Luzein. Auch intakte, aber gefährdete Bauten sollen dorthin verlegt werden.

Mehrheitsfähig ist der Vorschlag nicht. Die St. Antönier haben bereits bei Bundesrat Philipp Etter lobbyiert; er ist mit seinem Innendepartement für die Bewältigung der Katastrophe zuständig, und er attestiert ihnen eine «bewundernswerte Treue ihrer engeren Heimat gegenüber». Seit je hätten sie nach jedem Schicksalsschlag ihre Wiesen geräumt und ihre Heimwesen neu errichtet, ungeachtet aller Verluste.

Das ist der Ton, der nach jenem Winter dominiert: In der politischen Debatte ist die Umsiedlung bald vom Tisch. Ein «Zurückweichen vor den Naturgefahren», erklärt ein Parlamentarier aus Graubünden, bedeute eine «Schmälerung unseres nationalen Bodens». Und nach dem Ständerat sagt auch der Nationalrat im Dezember einstimmig Ja

zum Bundesbeschluss, den der Bundesrat im Juli lanciert hat, um die «Entvölkerung ganzer Tal-schaften» zu verhindern. Die Schweiz versteht sich als Land der Berge und der Bergler, und die Politik bekräftigt dieses Selbstverständnis: Man verteidigt die Nation – als Lebensraum, aber auch als Ideal – gegen den Tod aus den Hängen.

Zwar geht es beim Beschluss nur darum, eine Subventionskürzung zurückzunehmen, die der Bund in den klammen 1930er Jahren vorgenommen hat: Nun kann er wieder achtzig statt nur fünfzig Prozent der Kosten von Lawinenverbauungen und Aufforstungen von Schutzwäldern übernehmen. Aber der Schock der Katastrophe, der politische Wille und das Geld vom Bund machen die Ereignisse vom Januar und Februar 1951 zum Startschuss für eine beispiellose Aufrüstung gegen den weissen Tod. Seither wurden im hiesigen Alpenraum Lawinensperren mit einer Gesamtlänge von über fünfhundert Kilometern erstellt. In Höhen, wo kein Wald wächst, fixieren sie den Schnee und hindern ihn am Abrutschen. Die Aufforstungen kamen dazu.

Wenn die Dörfer in den Bergen heute als gesichert gelten können, dann ist das in erster Linie den Entscheiden nach den Katastrophen von 1951 zu verdanken. Heute kann man sich an die Regel halten, dass der weisse Tod niemanden mehr im Schlaf ereilt. Tödliche Lawinen gibt es zwar noch immer, aber fast nur noch im Berg- und Wintersport. Und auch hier wird das Risiko immer kleiner: Obwohl sich immer mehr Freizeitpublikum im Gebirge tummelt, bleibt es bei durchschnittlich zwei Dutzend Lawinentoten pro Jahr.

In St. Antönien begannen die Arbeiten 1953. Für knapp dreihundert Einwohner entstand hier bis 1978 eine der grössten zusammenhängenden Lawinenverbauungen des Landes – zwölf Kilometer Schutzbauten wurden in die Hänge gepflanzt, bis vier Meter hohe Konstruktionen aus Beton und Stahl. Die endlosen Reihen aus Stützen und Streben haben den Blick auf die Berge verändert; sie haben die Gefahr gebannt und erinnern zugleich ständig an sie.

Doch kann eine Nation ihr Nationalgefühl wirklich im Kampf gegen Naturgefahren finden? Und weshalb wurde der weisse Tod nicht früher

Eine gewaltige Schneekugel, die alles «mit sich führt und zugrunde richtet, was sie antrifft»: Dar-beziehungsweise Vorstellung einer Lawine in David Herrlibergers *Neuer und vollständiger Topographie der Eydgnoßschaft*, 1754/73.



abgeschafft? Immerhin wurden in Leukerbad im Wallis bereits 1720/21 zwei Trockenmauern zur Ableitung des Schnees gebaut. Und schon aus dem Mittelalter sind «Bannbriefe» überliefert; Straferlasse, mit denen die Obrigkeiten gegen den Holzschlag in jenen Wäldern vorgingen, die Siedlungen vor Lawinen, Steinschlägen und Erdbeben schützen konnten.

Beide Fragen führen ins 19. Jahrhundert. Denn damals etablierte sich eine neue Lehre im Umgang mit Naturgefahren. Und ein neuer Akteur, der diese Lehre in handfeste Tatsachen verwandelte.

Was passiert, wenn der Lago Maggiore seinen Normalpegel um sieben Meter überschreitet? Dann steht in den ufernahen Ortschaften der erste Stock der Häuser unter Wasser. Wir sind im Oktober 1868; nach einem nassen September haben zwei Starkregenphasen zu Überschwemmungen im ganzen Alpenraum geführt. Im Tessin hat der Ticino weite Teile seines Tals in einen See verwandelt, der bis hinauf nach Biasca reicht.

Der Historiker Christian Pfister nennt es heute ein «Jahrtausendhochwasser». Rekordverdäch-

tig war aber auch das Resultat des Appells, den der Bundesrat damals an die Nation richtete: 3,2 Millionen Franken kamen beim Bund zusammen und gingen an die Kantone. Heute wären das 350 Millionen – «ein erstaunliches Ergebnis für ein Volk, das erst 2,6 Millionen Menschen zählte», so Pfister. Zum ersten Mal hatte die Regierung, zwanzig Jahre nach der Gründung des Bundesstaats, nach einem solchen Ereignis die Initiative ergriffen.

Den Geschädigten bleibe nicht nur die Hoffnung auf Gott, hatte Bundespräsident Jakob Dubs im Hilfsaufruf erklärt: Sie dürften sich auch auf die «Treue der Eidgenossen» verlassen. «Einer für alle und alle für einen» – dieser Wahlspruch gelte nicht nur, wenn ein «äusserer Feind» die Schweiz bedrohe. «Er ist vielmehr auch dann unser Leitstern, wenn im Innern das Unglück an die Thüre klopft, wenn es gilt, die Bruderhand einzelnen Landesteilen zu reichen, die mit den gewaltigen Elementen einen unverhältnismässigen Kampf zu bestehen ausersehen sind.»

So nutzte der Bund eine Naturkatastrophe, um ein nationales Bewusstsein zu beschwören. Und



das nicht zum letzten Mal. Laut Pfister waren es solche Katastrophen, die viel dazu beitrugen, dass die moderne Schweiz zusammenwuchs. Und zwar mindestens so viel wie die Turn- und Schützenfeste, die Schlachtenjubiläen oder die Landesausstellungen; also jene politische Kultur, die die Historiker lange Zeit allein im Auge hatten, wenn es darum ging, das «state building» zu erklären, die Stabilisierung des konfliktbeladenen föderalen Staatswesens von 1848. Zum Massenphänomen wurden die vaterländischen Feste und Feiern erst Mitte der 1880er Jahre. Eine «nationale Identität», die alle Schichten und Regionen umfasste, zeigte sich laut Pfister dagegen schon früher – und zwar in der «Opfer- und Zahlungsbereitschaft», die sich nach Naturkatastrophen aktivieren liess.

Es ging dabei nicht nur um die Gefühle der Spender. Die Gelder kamen hauptsächlich aus den Zentren und wohlhabenden Mittellandregionen, und «sie flossen in die Peripherien, vor allem in den symbolträchtigen Alpenraum», schreibt Pfister. Benachteiligten Landesteilen und Bevölkerungsgruppen hätten sie den Nutzen des Bundes-

staats bewiesen und sie so enger an die werdende Nation gebunden. Andere Nationen hatten Kriege, die sie einigten – die Schweiz des 19. Jahrhunderts nutzte Naturkatastrophen zur «Identitätsfindung», mit der Solidarität zwischen den Regionen als «genuin schweizerischer Maxime».

Die Bündner Kantonsregierung wird also gewusst haben, was sie zum Klingen brachte, als sie, ein gutes Jahrhundert nach den Hochwassern von 1868, beim Bundesrat auf eine Subvention für die Lawinenbauten in St. Antönien pochte: Die Bannung der Naturgewalten, erklärte sie, sei eine gesamtschweizerische Aufgabe, ein Akt der Landesverteidigung. Zudem gewinne die Gemeinde mit der Sicherung der Hänge begehrtes Land für den Bau von Ferienhäusern. Der Support aus Chur sei allerdings «nicht nur uneigennützig» gewesen, schreibt der Journalist Stefan Hotz, der die Vor-

Traditionell war der Schutz von Bauten gegen Lawinen – modern der Versuch, ihre Entstehung zu verhindern. Spaltkeil an einem Stall bei Airolo (etwa 1900), Hangverbauung oberhalb Gurtellen (1973).

gänge in St. Antönien rekonstruiert hat. Denn beim Kanton habe man früh gemerkt, welche Entschädigungsansprüche die Verlegung einer Ortschaft mit sich brächte. Die Verbauungen dagegen bezahlte, nach dem Beschluss vom Dezember 1951, zu achtzig Prozent die Eidgenossenschaft.

Bis heute funktioniert die politische Verständigung auf ähnliche Weise. Etwa Ende Mai 2025, nachdem ein Bergsturz Blatten unter sich begraben hatte. Umgehend forderte der Kanton Wallis Bundeshilfe für die Gemeinde, und ebenso schnell schickte der Bundesrat einen «Solidaritätsbeitrag» ins Parlament: fünf Millionen Franken für «Sofortmassnahmen», die nicht durch Versicherungen oder Subventionen abgedeckt waren.

Im 19. Jahrhundert wurde aber noch eine weitere Weiche gestellt. Der Bundesstaat wollte Naturkatastrophen damals nicht mehr nur bewältigen: Er wollte sie verhindern. Schon früh hatte er sich finanziell an Grossprojekten im Wasserbau beteiligt, zu denen die Kantone allein nicht imstande gewesen wären; so an der Korrektur des Rheins (1853), der Juragewässer (1857) und der Rhone (1863). Der Schrecken der Hochwasser im Oktober 1868 war dann der Moment für einen nächsten Schritt: Der Bund erhielt die Kompetenz, in die Souveränität der Kantone einzugreifen, um das Problem radikaler anzugehen.

Der Bundesrat begründete den Schritt mit einer damals populären Theorie: Die Hochwasser würden schlimmer, und daran sei die Abholzung der Wälder im Gebirge schuld. «Sorglosigkeit und Raubwirtschaft reichen mit ihren verhängnisvollen Folgen weit über das Gebiet, wo sie begangen werden, hinaus, ziehen andere Gemeinden, andere Gebiete, andere Kantone in den Kreis des Verderbens und bereiten Katastrophen vor, unter denen das ganze Land erbebt.» Ergo müsse der Bund einschreiten.

Heute sehen die Experten in der «Entwaldung» keine hinreichende Ursache für Hochwasser mehr. Aber damals war die Theorie auch politisch willkommen, denn sie rückte die Naturgefahren in einen nationalen Rahmen. Und in diesem Rahmen ergab sich eine zentrale Rolle für den Bund: Mit dem ersten Eidgenössischen Forstpolizeigesetz von 1876 übernahm er die Oberauf-

sicht über den Wasserbau und die Waldwirtschaft in den Alpen. Unter seiner Regie wurden Wälder geschützt und aufgeforstet, Flüsse kanalisiert, Dämme erhöht, Wildbäche verbaut, Seespiegel mit Schleusen reguliert. Dahinter stand ein neuartiger Umgang mit Naturgefahren – die «Prävention», nach dem Historiker Nicolai Hannig. Es ging darum, Katastrophen gar nicht mehr entstehen zu lassen, statt nur ihre Folgen zu lindern. «Es dürfte schwieriger sein, im 19. Jahrhundert einen schweizerischen Fluss zu finden, der unberührt blieb, als einen, den man begradigte», schreibt Hannig. Er hat untersucht, wie sich die Naturgefahrenprävention durchsetzte, nachdem sie in der Zeit um 1800 aufgekommen war.

Dafür war einiges nötig. Zum einen brauchte es Wissenschaftler, die einen «neuen gesellschaftlichen Sinn für Naturgefahren prägten». Das heisst: Man verstand Extremereignisse nicht mehr als zufällige Begebenheiten, die den Gang der Natur unterbrechen, sondern als Elemente im Rahmen der Naturgesetze. Zum anderen brauchte es wissenschaftlich ausgebildete Techniker. Noch mehr aber brauchte es Regierungen, die die Verhinderung von Naturkatastrophen zu ihrer Aufgabe machten. Wenn nicht zu ihrem Daseinszweck.

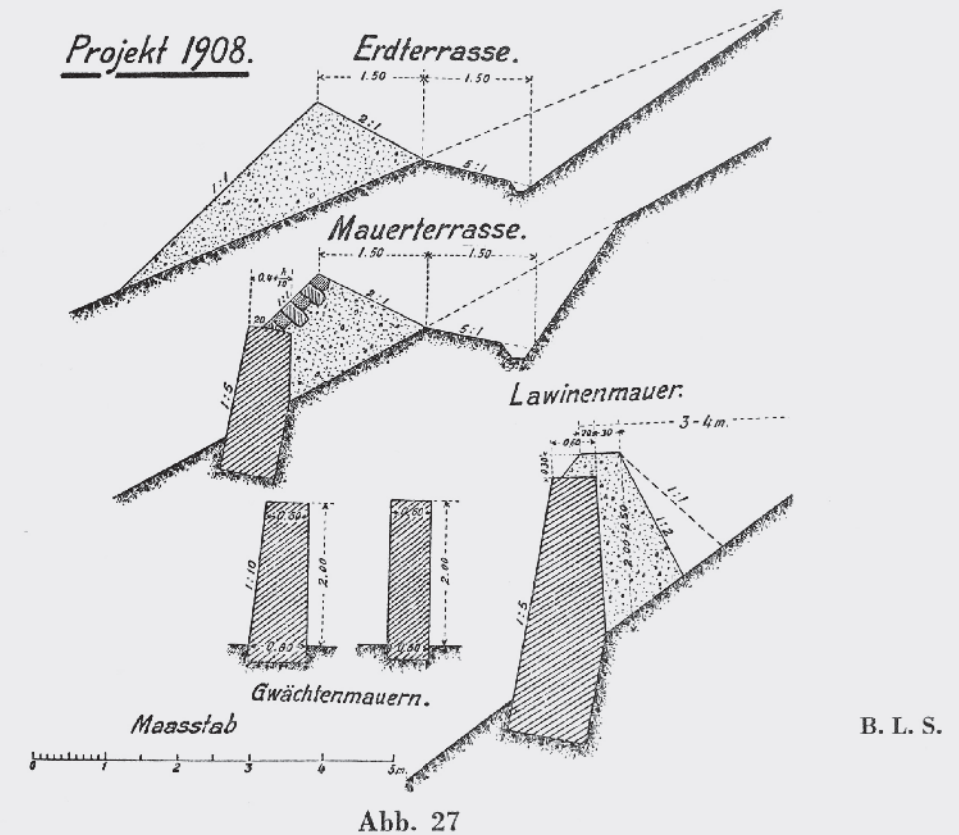
Wenn heute vom Vorsorgestaat die Rede ist, denkt man kaum mehr an Naturgefahren. Doch genau hier sieht Nicolai Hannig einen «zentralen Faktor» der Staatsbildung im 19. Jahrhundert. Noch bevor sich Sozialversicherungen durchgesetzt hätten, seien es die Risiken der Natur gewesen, die den modernen Staat herausgefordert hätten: Sie hätten ihn dazu gebracht, seine Bürger zu schützen. Und mit diesem Schutz habe er sich und seine Macht legitimiert.

Das Paradefeld der Naturgefahrenprävention im jungen Schweizer Bundesstaat war der Wasserbau. Die Abschaffung des weissen Todes war zunächst noch kein politisches Grossprojekt; das wurde sie erst nach den Ereignissen von 1951. Aber sie lag in Reichweite, denn der Kampf gegen die

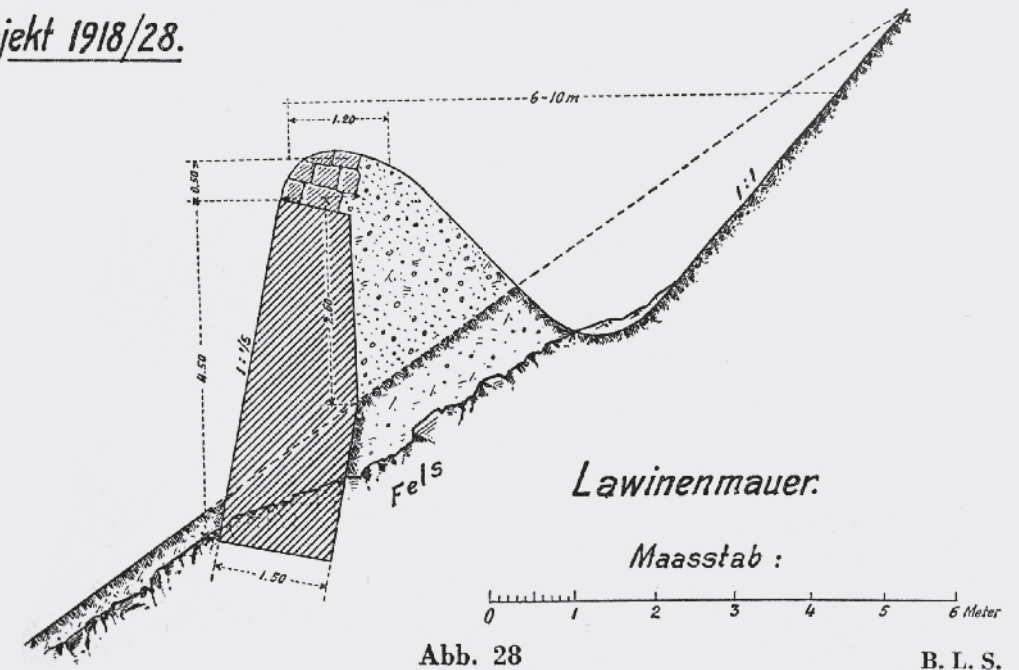
Triumph der «Prävention»: Pläne für Terrassen und Mauern, mit denen der Berg über der Lötschbergbahn bei Goppenstein in zwei Etappen gesichert wurde – bis hinauf auf 2550 Meter.

Bild aus: Frank Schädelin: Die Lawinenverbauung Faldumalp, 1934, Beilage Nr. 1

Verbau-Typen.



Projekt 1918/28.



«Entwaldung» wurde nicht nur wegen der Hochwasser geführt: Intakte Wälder sollten auch Lawinen verhindern.

Das ist der Grund, warum der Lawinenschutz zu einer Aufgabe des Bundes wurde, als er die Aufsicht über das Forstwesen im Gebirge übernahm. Und bevor sich gegen die Mitte des 20. Jahrhunderts eine spezialisierte Schnee- und Lawinenforschung etablierte (NZZ Geschichte Nr. 58, Mai 2025), waren es Forstwissenschaftler, die sich mit den Lawinen beschäftigten. Sie erkundeten die Hänge zu Fuss, sammelten Informationen aus der Bevölkerung über frühere Abgänge und dachten über Verbauungstechniken nach. So dass die Lawinengefahr in der Schweiz «seit dem späten 19. Jahrhundert fassbar und kontrollierbar schien», laut dem Historiker Lucas Müller.

Auch namhafte Experten glaubten damals, wegen der Lawinenverbauungen verändere sich das Klima.

Wie sehr sich diese Experten als Vertreter einer neuen Zeit verstanden, als Präventionspioniere, zeigt sich bei Johann Coaz. Zunächst Kantonsforstwart in Graubünden und St. Gallen, übernahm er 1875 die Leitung des neu geschaffenen Eidgenössischen Oberforstinspektorats und publizierte 1881 das Grundlagenwerk *Die Lawinen der Schweizeralpen*. Auch früher hätten die Menschen im Gebirge Lawinen nicht einfach hingenommen, hielt Coaz darin fest: Sie hätten ihre Häuser im Schutz von Erd- oder Steinhäufen errichtet, sie mit keilförmigen Anbauten versehen, die die Schneemassen spalten sollten, oder sie am Hang «in den Boden hineingebaut, so dass die Lawine darüber hinwegfuhr». Doch damit, so Coaz, hätten sie nur die Symptome bekämpft.

«Alle genannten Massnahmen bezwecken den Schutz gegen die Gefahren der angefahrenen Lawinen, nicht aber, das Anbrechen der Lawinen an ihrem Ursprung zu verhindern.» Dazu brauche es

«Totalkorrekturen» – die Verbauung der Hänge mit Gräben oder Terrassen, noch besser aber mit hölzernen Pfählen und Rechen oder massivem Mauerwerk. Coaz selber hatte 1868 am Motta d'Alp im Unterengadin die ersten Trockenmauern auf einer Höhe projektiert, wo sie die Entstehung von Lawinen verhindern konnten.

Unbestritten war dieser Fortschritt aber nicht. Das zeigte sich beim Bau der Lötschbergbahn. Am 29. Februar 1908 löste sich am Strittengrat oberhalb von Goppenstein die Gmeinlawine und fuhr hinab zum Bauplatz vor dem Südportal des Tunnels. Die Schneemassen kamen nicht bis dorthin, doch der Luftdruck zerstörte mehrere Bauten, riss die hölzerne Kantine aus dem Fundament und schleuderte sie in die Lonza; elf Menschen starben, fünfzehn wurden verletzt. 1910 kam es zu einem weiteren Unglück, doch schon zwei Jahre darauf konnte Oberingenieur Karl Imhof, Bauleiter auf dem Südabschnitt der Bahn, die «Unschädlichmachung der letzten grösseren Lawine» melden: Man hatte den Berg bis hinauf auf 2550 Meter zur Festung gemacht. Dazu gehörten bis zu fünf Meter hohe Mauern zuoberst auf dem Grat, sogenannte Gwächternmauern, die Schneeverwehungen daran hindern sollten, hinab ins Tal zu kippen.

Ein Triumph – 1913 fuhr der erste Zug. Aber Karl Imhof, der Oberingenieur, musste sich in seinem Baubericht gegen Bedenken wehren, die Verbauungen würden das Klima verändern; eine Theorie, die damals selbst namhafte Ingenieure und Geologen vertraten. Die Lawinen hätten ihren Platz in der Natur, hiess es: Wenn der Schnee nicht mehr von den Hängen ins Tal fallen könne, dann halte der Frühling später Einzug. So sinke auch die Schneegrenze immer weiter. Und so gehe man einer neuen Eiszeit entgegen.

Johann Coaz und seine Mitstreiter widersprachen mit physikalischen Berechnungen. Es ging um den Anteil der Lawinen an der ganzen Schneemasse in den Bergen oder darum, wie die Schneedecke die Vegetation vor Wind und Kälte schützt. Vor allem aber machten sie darauf aufmerksam, dass die Lawinen kein Problem der Natur seien, sondern ein Produkt der Zivilisation. 1910, in seinem Buch *Statistik und Verbau der Lawinen in den Schweizeralpen*, erinnerte Coaz einmal mehr an

die Entwaldung, und er bemerkte, «dass dem Menschen auch sein Anteil an der Schöpfung der Lawinen eingeräumt werden muss, denn er hat durch Reuten und Abbrennen von Wald reichlich dazu beigetragen. Wäre er den Alpen fern geblieben, so würde der Wald jetzt fast alles Land bedecken, und der Lawinen wären viel weniger.»

Das klingt erstaunlich modern. Und es rührt an den Zwiespalt, der im ganzen Vorgehen gegen die «Naturgefahren» steckt: Man bekam es nicht nur mit der Natur zu tun, sondern auch mit einer gesellschaftlich geformten Umwelt. Gerade im Wasserbau hatten Experten und Behörden schon früher erfahren, dass die Prävention selbst zur Gefahr werden konnte. Wer einen Flussabschnitt zähmte, Durchflussraten und Geschiebemengen erhöhte oder sie verkleinerte, der musste damit rechnen, dass dafür Überschwemmungen flussauf- oder -abwärts wahrscheinlicher wurden. Und wo sich Siedlungs- und Verkehrsräume im Gebirge ausdehnen liessen, dank Massnahmen gegen Lawinen zum Beispiel, da waren die Schäden umso grösser, wenn dann doch ein unvorhergesehenes Ereignis eintrat.

Das alles veränderte den Umgang mit Naturgefahren ein weiteres Mal. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts habe das Prinzip der Prävention seine Alleingültigkeit verloren, schreibt Nicolai Hannig. «Allmählich setzte sich die Einsicht durch, dass in stark vernetzten Infrastrukturen eine absolute Prävention nur illusorisch sein konnte.» Das hiess nicht, dass der Staat keine Lawinen mehr verbauen wollte. Aber die Ausschaltung des Risikos mit technischen Mitteln sollte nicht mehr die einzige Maxime sein, sondern ein Element in einem «umfassenderen Risikomanagement» (Hannig). Was das heisst, zeigte sich im Ansatz schon nach dem Winter 1951: Zu den Verbauungen und den Waldreparaturen kamen Investitionen in die Schnee- und Lawinenforschung, in Mess- und Beobachtungsstationen, in Warn- und Rettungsdienste, in Lawinenkataster und Gefahrenzonenkarten.

2018 liess sich die Schweiz diese Bemühungen vergolden: Die Unesco nahm den «Umgang mit der Lawinengefahr» ins immaterielle Weltkulturerbe auf. Der Lawinenschutz gehöre, heisst es in den Unterlagen der Kandidatur, zur «schweizerischen

Identität». Und zwar als Schatz von «Praktiken, Strategien und Kenntnissen», gemeinschaftlich gepflegt und laufend erweitert seit jenen vormodernen Zeiten, als man in den Lawinen noch eine Strafe Gottes sah, in Form zyklischer Schneekugeln, die sich von den Bergen wälzen.

Diese Feier des Fortschritts könnte vergessen machen, dass sich der weisse Tod gar nicht abschaffen lässt, jedenfalls nicht ein für alle Mal. In St. Antönien merkte man in den 1980er Jahren, dass der Beton bröckelte – Wasser drang ein, Rost frass an den Armierungen. 1993 wurde die Sanierung der Lawinensperren begonnen; zwanzig Jahre waren dafür vorgesehen und Kosten von 400 000 Franken jährlich. Der Gemeindepräsident sprach von einem «Endloswerk». «Erbaut in einem Akt der Solidarität, haben die Verbauungen die Bedrohung zwar weitgehend gebannt, sind aber selber zur Last geworden», schreibt Stefan Hotz.

Aber auch die Umwelt hat sich verändert. Der Klimawandel wird den Lawinenschutz wohl nicht erübrigen. Wenn der Niederschlag zunimmt. Wenn die Wärme Abgänge von Nassschnee häufiger macht. Und wenn schliesslich der Permafrost taut und die Berge rutschen, sind nicht nur Dörfer bedroht: Auf den labilen Hängen verlieren auch die Lawinenschutzbauten ihren Halt. |G|

Daniel Di Falco ist Redaktor von NZZ Geschichte.
daniel.difalco@nzz.ch



Weiterführende Literatur

- Nicolai Hannig: Kalkulierte Gefahren. Naturkatastrophen und Vorsorge seit 1800. Göttingen 2019.
- Stefan Hotz: Das Endloswerk, in: Kaspar Thalmann: Oder das Tal aufgeben. Die Lawinenschutzbauten von St. Antönien. Zürich 2015, S. 46–58.
- Martin Laternser und Walter J. Ammann: Der Lawinenwinter 1951, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen 152 (2001), S. 25–35.
- Lucas M. Müller: Katastrophe und Infrastruktur. Wissen und Technik der Lawinenverbauungen, 1867–1951, in: Traverse 30 (2023), Heft 2, S. 95–107.
- Christian Pfister (Hg.): Am Tag danach. Zur Bewältigung von Naturkatastrophen in der Schweiz 1500–2000. Bern 2002.



Die Entdeckung des Unbewussten

Wir werden gesteuert von archaischen Kräften in unserem Inneren: Das war die These, mit der Sigmund Freud einen neuartigen Umgang mit psychischen Leiden begründete. Freies Reden sollte helfen, sie zu heilen.

Text Martin Amrein Infografik Daniel Röttele

Ein merkwürdiges Leiden ging um im Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Es befahl vor allem junge Frauen der Oberschicht. Sie fielen in Ohnmacht oder konnten ihre Beine plötzlich nicht mehr bewegen. Bei der 21-jährigen Bertha Pappenheim, die aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie stammte, kamen weitere Symptome hinzu: Halluzinationen, Schmerzen im Gesicht, Sprachstörungen. Die Diagnose in solchen Fällen lautete Hysterie. Oft stand dahinter wohl der gesellschaftliche Druck, den manche nicht aushielten: Die Regeln für standesgemäßes Verhalten waren streng, körperliche Bedürfnisse tabu.

Die Behandlung der Hysterie durch Ruhkuren oder Hypnose galt als schwierig. Doch Bertha fand etwas, was ihr half: Sie redete. Manche ihrer Beschwerden verschwanden, wenn sie über deren mögliche Ursachen sprach. Etwa über den «ekelhaften kleinen Hund», den sie beim Ausschlecken eines

Glases beobachtet hatte, wonach Bertha kein Wasser mehr trinken konnte.

Um sie zum Reden zu animieren, versetzte ihr Arzt sie jeweils in einen tranceartigen Zustand.

Bertha, die in ihren hysterischen Phasen oft ins Englische wechselte, nannte die Methode selber «talking cure».

Die Redekur der Bertha Pappenheim hat Grosses angestoßen. Sie gilt als Ursprung der Psychoanalyse und damit auch als Ursprung der Psychotherapie überhaupt. Der Arzt, der die junge Wienerin behandelte, hiess jedoch nicht Sigmund Freud. Es war dessen älterer Kollege Josef Breuer.

Die beiden Mediziner verband eine Freundschaft. Während Breuer bereits als Arzt niedergelassen war, suchte Freud Mitte der 1880er Jahre noch nach seiner Bestimmung. Nach dem Studium arbeitete er am Wiener Allgemeinen Krankenhaus und verfolgte nebenher eigene Forschungsprojekte, darunter Selbstversuche mit Kokain. Ein Stipendium führte Freud nach Paris zum Neurologen Jean-Martin Charcot, der als Meister der Hypnose galt. Bei öffentlichen Auftritten brachte er mit ihr die Symptome von Hysterie bei

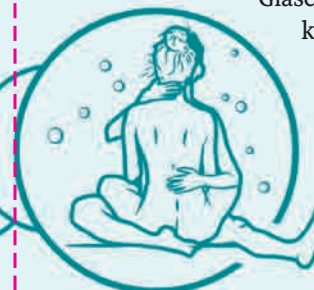
Frauen zum Verschwinden. Freud war fasziniert von der Wirkung der Hypnose und lernte, sie anzuwenden. Zurück in Wien begrub er seinen Traum der akademischen Karriere und gründete eine eigene Praxis. Schliesslich war er auf ein festes Einkommen angewiesen, um endlich seine langjährige Verlobte heiraten zu können. Inspiriert durch die Therapien Breuers und Charcots, suchte er nach einer eigenen Methode, um hysterische Menschen, zu denen er auch Männer zählte, zu behandeln.

Bei psychischen Leiden eine Heilung zu erzielen, war damals noch keine Selbstverständlichkeit. Der Zweck der frühesten psychiatrischen Einrichtungen bestand nicht darin, die Kranken zu kurieren, sondern sie von der Gesellschaft abzusondern. Prozeduren mit Eisbädern und Elektroschocks dienten dazu, sie ruhigzustellen.

Freud versuchte es zunächst ebenfalls mit der Hypnose, kam damit aber nicht weit: Nur ein Teil der Patienten liess sich überhaupt hypnotisieren, und die Besserung der Symptome war von kurzer Dauer. Deshalb entwickelte er eine eigene Form der Redekur. Anders als Breuer, der Bertha durch Hypnose zum Sprechen brachte, ermunterte Freud seine Patienten, ihren Gedanken einfach freien Lauf zu lassen. Sie sollten aussprechen, was ihnen gerade durch den Kopf ging. Von den ersten Erfolgen, die er damit hatte, berichtete er 1895 in den *Studien über Hysterie* – einer gemeinsamen Publikation mit Breuer. Freud, der ein talentierter Schreiber war, erklärte im Buch seine Herangehensweise und stellte seine Ansichten zum Ursprung psychischer Leiden vor.

Dabei verwendete er bereits einen seiner wichtigsten Begriffe: den des Unbewussten. Freud war überzeugt, dass unser Geist über verborgene Inhalte verfügt, die uns im normalen Wachzustand nicht zugänglich sind. Diese Inhalte sind zum Teil schmerzhaft, beschämend oder gesellschaftlich unerwünscht, weshalb wir sie oft aus dem Bewusstsein wegschieben. Trotzdem wirken sie auf uns und können gar zu psychischen Störungen, sogenannten Neurosen, führen.

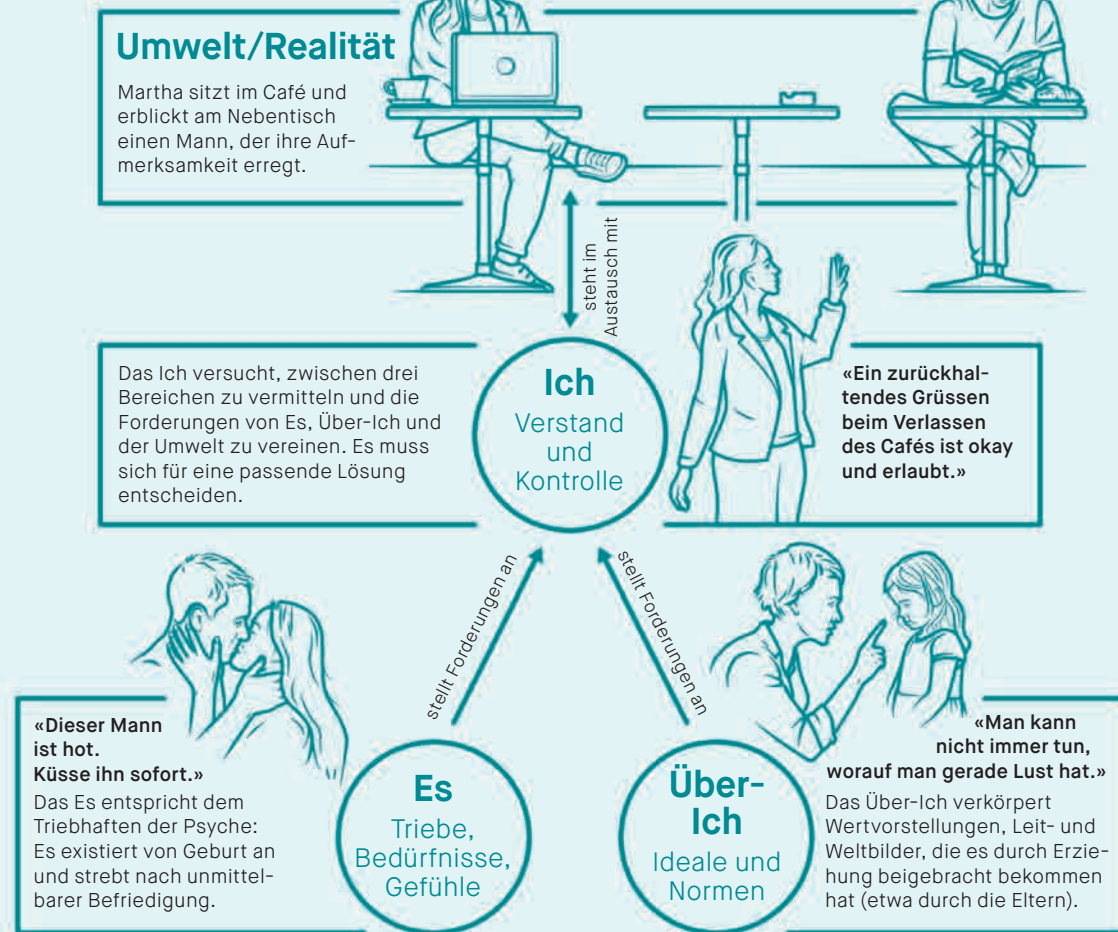
Laut Freud, der ein Anhänger von Charles Darwins Evolutionstheorie war, schlummert im Unterbewusstsein in Form von Trieben noch immer das archaische Erbe unserer Vorfahren.



Das Ich im Kampf der Instanzen: Freuds Strukturmodell

Sigmund Freud unterteilte die menschliche Psyche ab 1923 in drei verschiedene Instanzen: Ich, Es und Über-Ich. Für sein Konzept griff er auf verschiedene Denker zurück. Schon der

Philosoph Friedrich Nietzsche sah im Bewusstsein einen wachen und einen triebhaften Teil, den Begriff des «Es» wiederum entlehnte Freud vom Arzt und Schriftsteller Georg Groddeck.



Als stärkste dieser Regungen betrachtete Freud die sexuellen Triebe, da sie schon immer wesentlich für die Fortpflanzung und den evolutionären Erfolg des Individuums waren.

Ist eine Person nicht imstande, einen solchen Trieb zu entladen oder vollständig aus dem Bewusstsein wegzuschieben – zu verdrängen, wie Freud sagte –, kann die Gefühlsregung auf falsche Bahnen geraten: Als Kompromiss zwischen dem Triebwunsch und seiner Abwehr entsteht ein

neurotisches Symptom. Zum Beispiel ein Waschzwang, wenn es jemand nicht schafft, seine schmutzigen Gedanken zu verdrängen.

Heilung ist gemäss Freud möglich, wenn der Betroffene die Gefühlsregung schliesslich doch noch abreagieren kann. Dies geschieht, indem ihm seine Triebwünsche als Quelle der Neurose bewusst werden. Das Erinnern und Verstehen beseitigt den inneren Konflikt, der dem Übel zugrunde liegt – und beseitigt es damit sogleich.

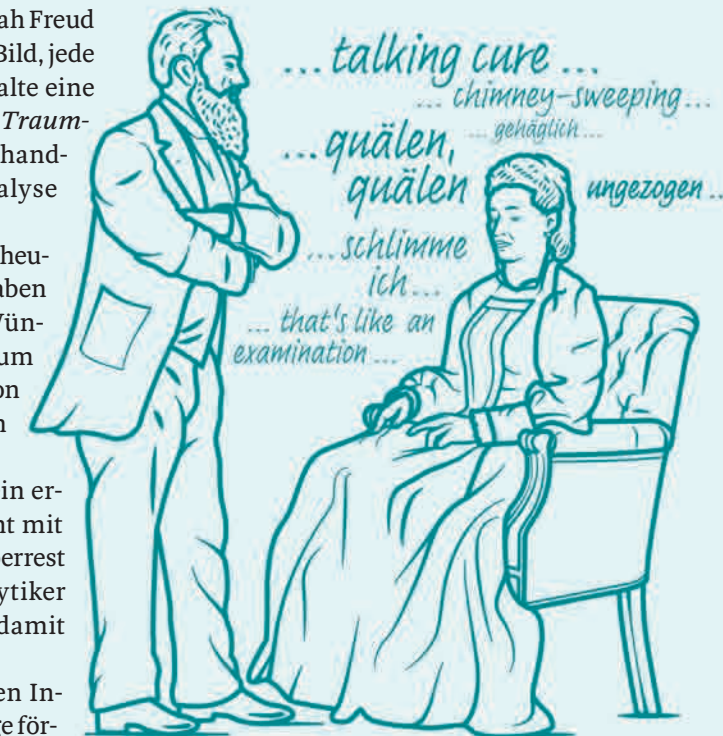
Den Königsweg zum Unbewussten sah Freud in der Interpretation der Träume. Jedes Bild, jede Handlung, jedes Gefühl in ihnen enthalte eine Botschaft, schrieb er 1900 im Buch *Die Traumdeutung*. Hier präsentierte er seine Behandlungsmethode, die er nun Psychoanalyse nannte, umfassend.

Auch sprachliche Fehlleistungen, bis heute als Freudsche Versprecher bekannt, gaben laut Freud Hinweise auf verborgene Wünsche. Im therapeutischen Setting wiederum war es die freie Assoziation, Freuds Version der Redekur, die einen unzensurierten Gedankenstrom des Patienten und damit einen Einblick in sein Unterbewusstsein ermöglichen sollte. Dabei sass der Patient mit offenen Augen auf einer Couch, die als Überrest der Hypnose bestehen blieb. Der Analytiker sass hinter ihm auf einem Stuhl und damit ausserhalb seines Blickfelds.

Die Interpretation der unbewussten Inhalte, die Freud wie ein Archäologe zutage förderte, lief stets auf dasselbe hinaus: Jede Neurose führte er auf die Sexualität zurück. «Von welchem Fall und von welchem Symptom immer man seinen Ausgang genommen hat, endlich gelangt man auf das Gebiet sexuellen Erlebens», schrieb er. Seinem langjährigen Wegbegleiter Josef Breuer waren diese Interpretationen bald einmal zu einseitig. Das führte zum Bruch der beiden.

Dieses Muster tauchte in Freuds Leben immer wieder auf: Lehnte ein Mitstreiter seine Ansichten ab, versties ihn Freud. Folglich veränderte sich der Zirkel seiner engsten Vertrauten laufend. Mit ihnen traf er sich ab Herbst 1902 immer mittwochsabends im Wartezimmer seiner Praxis, um zu debattieren. Freud rauchte dabei unablässig, auch für die Gäste standen Zigarren bereit.

Der Musikwissenschaftler Max Graf, ein Teilnehmer der ersten Treffen, beschrieb sie so: «Es herrschte die Atmosphäre der Gründung einer Religion in diesem Raum.» Und Freud sei ihr Prophet gewesen. Aus dem kleinen Debattierkreis, der sich zunächst Psychologische Mittwoch-Gesellschaft und später Wiener Psychoanalytische Vereinigung nannte, entstand über die Jahre eine internationale Bewegung.



Josef Breuer und Berta Pappenheim, die in wissenschaftlichen Schriften das Pseudonym Anna O. trug, bei der Redekur.

Die Psychoanalyse wurde zu einer der populärsten Behandlungsmethoden in Europa. Mit ihrem Fokus auf das Unbewusste und die Sexualität traf die Psychoanalyse den Zeitgeist der Zwischenkriegsjahre. Besonders in der jüdischen Oberschicht war sie beliebt, und sie beeinflusste selbst die Kunst: Sie prägte Maler wie Salvador Dalí oder Literaten wie Arthur Schnitzler.

Die psychoanalytische Bewegung war immer wieder Konflikten ausgesetzt. Nicht nur von seinen frühesten Anhängern Alfred Adler und Wilhelm Stekel trennte sich Freud im Streit, sondern auch vom Schweizer Psychiater Carl Gustav Jung, der eigentlich als Freuds Kronprinz dessen Werk fortsetzen sollte (*NZZ Geschichte* Nr. 58, Mai 2025). Seine eigenen Ansichten zum Aufbau der Psyche und zur Trieblehre überarbeitete Freud laufend. Zugleich entwickelte seine Tochter Anna die Psychoanalyse für die Arbeit mit Kindern weiter.

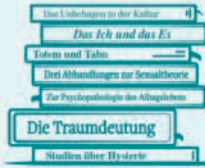
Der Nationalsozialismus bereitete dem Boom der Psychoanalyse in Europa jedoch ein jähes

Die vier grossen Felder der Psychotherapie

1 Tiefenpsychologie

Aus Freuds Psychoanalyse gingen weitere Ansätze hervor, die das Unbewusste ins Zentrum stellen. Solche Therapieformen werden zur Tiefenpsychologie gezählt. Aber auch andere Richtungen gehen auf Freuds Lehre zurück, nur schon darum, weil fast alle Gründer neuer Schulen als Psychoanalytiker angefangen haben.

Sigmund Freud legte seine Konzepte der Psychoanalyse 1900 im Werk *Die Traumdeutung* erstmals umfangreich dar. Viele Aspekte modifizierte er über die Jahre, die Sexualität hielt er stets für eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Triebkraft.



C. G. Jung brach 1913 mit Freud. In seine Analytische Psychologie integrierte er religiöse und mythische Vorstellungen.

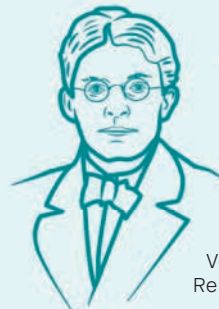


Anna Freud und Melanie Klein spielten Schlüsselrollen bei der Entstehung der Kinderpsychoanalyse. Sie entwickelten ihre Ansätze ab den 1920er Jahren.

2 Verhaltenstherapie

Die Verhaltenstherapie entstand aus der Lernforschung des frühen 20. Jahrhunderts. Die ersten Erkenntnisse des Felds stammten aus Tierversuchen und zeigten, wie Verhalten erlernt wird. In den 1950er Jahren entstanden daraus psychotherapeutische Ansätze, die sich als Gegenprogramm zur Psychoanalyse verstanden.

B. F. Skinner zeigte ab 1930 an Versuchen mit Ratten, wie Verhalten durch Belohnung oder Bestrafung beeinflusst wird. So machte er das Entstehen von Gewohnheiten verständlich.



John B. Watson begründete 1913 den Behaviorismus. Mentale Phänomene hielt er für nicht untersuchbar. Stattdessen sollte Verhalten als Reaktion auf einen Reiz erklärt werden.

Joseph Wolpe entwickelte Ende der 1950er Jahre die Systematische Desensibilisierung. Mit der Methode lassen sich Ängste, beispielsweise eine Spinnenphobie, Schritt für Schritt abbauen.



Ende. Freud floh wegen seiner jüdischen Herkunft nach London, wo er 1939 vom Gaumenkrebs gezeichnet starb. Viele andere jüdische Psychoanalytiker emigrierten in die USA.

Dort wurde die Psychoanalyse noch viel erfolgreicher. Bald prägte sie jede Institution der amerikanischen Psychiatrie. Die Vorherrschaft ging so weit, dass in den 1960er Jahren Psychologen oder Psychiater, die an einer Konferenz eine These Freuds infrage stellten, vom Publikum niedergebuhrt wurden.

Doch im Lauf der Jahre wuchs die Kritik an der Psychoanalyse. Ihre religiösen Züge und ihre unüberprüfbaren Thesen, über die sich schon der

Philosoph Karl Popper beschwert hatte, liessen zunehmend Zweifel an ihrer Wissenschaftlichkeit aufkommen. Zudem zeigten Untersuchungen, dass andere psychotherapeutische Methoden, die inzwischen aufgekomen waren, höhere Besserungsraten erzielten als die Psychoanalyse.

Bereits Freud selbst hatte seine Theorie in einer Weise präsentiert, die jede Prüfung veritelt. Seine Hypothesen waren Glaubenssätze, die seine Anhänger nicht anzweifeln durften. Seine abschottende Strategie sei umso enttäuschender, als sich manche seiner Ideen – etwa die Vorstellung, dass die geistige Entwicklung in progressiven Stadien verläuft – als zutreffend

3 Humanistische Psychologie

Als dritte grosse Bewegung grenzte sich die Humanistische Psychologie von ihren zwei Vorgängern ab. Sie betont die Einzigartigkeit und die Freiheit des Menschen. Die Therapie fokussiert nicht auf Probleme, sondern soll dem Patienten helfen, seine Bedürfnisse zu erkennen und sich zu verwirklichen.



Carl Rogers entwickelte in den 1940er Jahren die klientenzentrierte Therapie: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Der Therapeut schafft einen Raum, in dem persönliches Wachstum möglich wird.



Charlotte Bühler erforschte ab den 1920er Jahren die Lebensphasen des Menschen und betonte die persönliche Entwicklung über die ganze Lebensspanne hinweg.



Abraham Maslow beschrieb 1943 in seiner Bedürfnispyramide fünf hierarchische Stufen: Hat der Mensch alle grundlegenden Bedürfnisse befriedigt, kann er die Selbstverwirklichung anstreben.

4 Systemische Psychologie

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand ein neuer Verbund von Therapieformen: die Systemische Psychologie. Hier steht nicht das Individuum, sondern das soziale System – besonders die Familie – im Zentrum. Das heisst: Nicht nur der Patient, sondern ein ganzes Gefüge gilt als therapiebedürftig.



Gregory Bateson gilt als Impulsgeber der Systemischen Psychologie. Er untersuchte in den 1950er Jahren die Beziehungsmuster in Familien mit schizophrenen Patienten.

Salvador Minuchin zeigte 1974 mit seiner Strukturellen Familientherapie, dass Veränderungen im Familiensystem helfen, Probleme zu lösen.



Virginia Satir untersuchte die Kommunikation in Familien. In den 1960er Jahren stellte sie ein Modell mit positiven und negativen Kommunikationstypen vor.



erwiesen hätten, schreibt der Psychiater und Autor Jeffrey A. Lieberman heute. Anderes dagegen sei schlecht gealtert – inzwischen schützen wir den Kopf über Freuds Überzeugung, kleine Jungen wollten ihre Mütter heiraten und ihre Väter töten, während Mädchen sich einen Penis wünschten.

Das vielleicht grösste Verdienst Freuds besteht jedoch darin, dass er basierend auf der von Josef Breuer und Bertha Pappenheim entwickelten Redekur eine neue Behandlungsform ansties: die Psychotherapie. Bis heute soll sie in all ihren Varianten Patienten nicht einfach ruhigstellen, sondern tatsächlich heilen. | 101

Martin Amrein, Jahrgang 1981, ist Wissenschaftsredaktor der NZZ. Er hat Wissenschaftsgeschichte in Bern und Cambridge sowie Biologie in Zürich studiert.

Daniel Röttele, Jahrgang 1975, ist selbständiger Infografiker/Illustrator sowie Dozent für Infografik/Wissensvisualisierung an verschiedenen Schulen.



Weiterführende Literatur

- Steve Ayan: Seelenzauber. München 2024.
- Jens Elberfeld: Anleitung zur Selbstregulation. Frankfurt 2020.
- Jürgen Kriz: Grundkonzepte der Psychotherapie. Weinheim 2023.
- Jeffrey A. Lieberman: Shrinks. London 2015.

Dieser Beitrag wurde von der Gebert-Rüf-Stiftung und vom Schweizer Klub für Wissenschaftsjournalismus unterstützt.

Irland – die Vielfalt der Grünen Insel

Buchung und Information:

+41 56 221 68 00
info@rhzreisen.ch,
reisen.nzz.ch



Reisepartner:
rhz reisen

Datum:

27. September bis
6. Oktober 2026

Teilnehmer/innen:

mind. 14, max. 25 Personen

Preis:

Fr. 4560.–
(EZ-Zuschlag Fr. 780.–)

Ihre Begleitung:

Verena Ruhm



Seit der Zeit ihrer Studien in Sprach-, Literatur- und Musikwissenschaft ist Verena Ruhm als passionierte und versierte Reiseleiterin unterwegs. Sie freut sich, Ihnen die breite Palette landschaftlicher, kultureller und literarischer Höhepunkte Irlands zu zeigen.

Highlights

- Gemütliche Literaturabende am Kaminfeuer des traditionsreichen Renvyle House
- Afternoon-Tea im Hotel «Parknasilla»
- Vertiefte Einblicke in die irische Literaturgeschichte bei einer Führung im Museum «MoLi» in Dublin

Schon Irlands Landschaft ist eine Reise wert. Dazu kommen Zeugnisse einer langen und zuweilen belasteten Geschichte, so etwa der Grossen Hungersnot des 19. Jahrhunderts und der Massenauswanderung in die Neue Welt. Allein schon die Migration hat die Iren zu einer interkontinental vernetzten Gemeinschaft gemacht, deren kultureller Reichtum sich auch in einem Literatur- und Musikschaffen von Weltrang zeigt. Ohne die prägenden Einflüsse der irischen Kultur wären auch die Musik und Literatur der USA in ihrer heutigen Form kaum denkbar.

Von Flusslandschaften zu wilden Küsten

Ihre Reise beginnt mit einem Besuch der Klosterstadt Clonmacnoise. Die Ruinen erzählen von Jahrhunderten geistiger Kultur. Weiter westlich öffnet sich die weite Landschaft Connemaras. Eine leichte Wanderung führt Sie durch den Nationalpark, dessen Berge, Moore und Seen eine fast mystische Stimmung erzeugen.

Naturgewalten und alte Traditionen

Auf dem Weg nach Killarney besuchen Sie das Informationszentrum in Kilfenora, das Ihnen die Vielfalt der Vegetation näherbringt. Danach erwarten Sie die «Cliffs of Moher», deren steile Felswände im Spiel der Atlantikwellen ein unvergessliches Schauspiel bieten. In Killarney geniessen Sie eine Bootstour ab Ross Castle, bevor es weitergeht zur Garteninsel Garnish, die mit subtropischer Pflanzenpracht überrascht.

Geschichte, Literatur und irisches Lebensgefühl

Entlang der Südküste erreichen Sie Cobh, den einst wichtigsten Auswanderungshafen des Landes. Das Heritage Museum erinnert an Auswanderung, Titanic und Lusitania. Zum Abschluss empfängt Sie Dublin. Die Unesco-Stadt bietet eine faszinierende Mischung aus Vergangenheit und Gegenwart. Eine Führung macht Sie mit den wichtigsten Sehenswürdigkeiten vertraut, während das Nationalmuseum wertvolle Funde aus der irischen Frühzeit präsentiert. Das preisgekrönte Museum «MoLi» beleuchtet die grossen Autoren des Landes.



Zugaben

106

Werkstatt

Von Urs Hafner

110

Empfehlungen

114

Das Buch meines Lebens

Von Lorraine Daston

Im Auge des Sturms

Das Schweizer Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus wird nicht nur in der Bundesstadt errichtet werden, sondern auch in Diepoldsau. Was hier geschah, an der Grenze im St. Galler Rheintal, prägte die Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg.

Text Urs Hafner Bild Ladina Bischof

Eine letzte Herbstsonne sprenkelt den schmalen Weg mit hellen Flecken. Wir stehen in einem Wäldchen, umgeben von Wasser und Sumpf, über uns Starkstromleitungen, daneben der Rhein und die Autobahn, die uns fast übertönt. «Jetzt sind wir auf der Grenze», bemerkt Barbara Thimm, als wir den Stein mit dem kleinen Vermessungskreuz erreicht haben. Er trennt Diepoldsau, Kanton St. Gallen, vom österreichischen Hohenems, Vorarlberg.

Im Sommer 1938 spielten sich hier Dramen ab. Nachdem sich Österreich dem «Dritten Reich» angeschlossen hatte, versuchten Tausende von Menschen, die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden, aber auch Kommunisten und Sozialistinnen, sich in die Schweiz zu retten. In Österreich und in Deutschland hatte es sich herumgesprochen, dass Hohenems ein Schlupfloch böte.

Flüchtlinge ohne Visum wurden anfänglich noch von SS-Männern zum Alten Rhein geführt, jenem Teil des Flusses, der hier nicht begradigt war. Die Uniformierten zeigten die Stellen, wo man hinüberwaten und unbemerkt die Schweiz erreichen konnte. «Die Nazis wollten die Leute zuerst einfach loswerden», erklärt Barbara Thimm. Den hiesigen Behörden passte das nicht, sie protestierten bei den Deutschen, worauf die SS ihre Fluchthilfe einstellte. Die Grenze wurde von der Schweiz geschlossen, aber vereinzelt glückten Fluchten noch immer.

Barbara Thimm ist Kuratorin am Jüdischen Museum Hohenems. Das Haus beschäftigt sich seit Jahren mit der NS-Geschichte und ihren Aus-

wirkungen im Rheintal – jetzt erarbeitet es die Grundlagen für das «Vermittlungszentrum Flucht», das im alten Zollhaus von Diepoldsau eingerichtet werden soll. Das Zentrum ist der eine Teil des «Schweizer Memorials für die Opfer des Nationalsozialismus», das der Bundesrat in Auftrag gegeben hat. Der andere Teil, ein künstlerisch gestalteter Erinnerungsort, wird in Bern beim Bundeshaus zu stehen kommen. Das Memorial soll die Erinnerung an die Shoah, an die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden und alle anderen Opfer des NS-Regimes wachhalten.

Schnurgerade erstreckt sich die Strasse vor dem Zollhaus. Das längliche, 1931 errichtete Gebäude erinnert eher an ein Wohnhaus als an einen Verwaltungsbau. Es liegt etwa auf halbem Weg zwischen dem Dorf Diepoldsau und der Stadt Hohenems. Wir müssen uns auf dem schmalen Trottoir in acht nehmen vor dem Verkehr. Wieso ein Vermittlungszentrum ausgerechnet hier, wo sich ein Lastwagen nach dem anderen in der Schlange staut? Warum nicht woanders an der Grenze, in Basel, Genf, Mendrisio oder Kreuzlingen? Und weshalb liegt die inhaltliche Federführung bei einem österreichischen Museum?

Valérie Arato ist Geschäftsführerin des Vereins «Netzwerk Schweizer Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus», der den Aufbau unterstützt und beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund angesiedelt ist. Und sie hakt schon bei der ersten Frage ein. Zum Glück, sagt Arato, habe der Kanton St. Gallen die Initiative ergriffen –



Im Sommer 1938 spielten sich hier Dramen ab: Tausende wollten sich in die Schweiz herüberretten. Barbara Thimm (links) und Valérie Arato auf dem Grenzdamm am Alten Rhein bei Diepoldsau, Dezember 2025.

für ein grenzüberschreitendes Projekt im Grenzort Diepoldsau. «Dabei lag die Zusammenarbeit mit dem renommierten Jüdischen Museum Hohenems auf der Hand, es strahlt weit über Vorarlberg hinaus.» Zudem ist das Haus schon länger grenzüberschreitend tätig. Momentan zeigt es im Museum Prestegg im sankt-gallischen Altstätten seine Ausstellung *Rettende Schweiz? Flucht im Rheintal*. Es hat also Vorarbeit geleistet.

Für den Standort Diepoldsau sprechen noch weitere Gründe. Was hier geschah, führte zum sogenannten J-Stempel, mit dem die deutschen Behörden Pässe von Juden kennzeichneten, um deren Rückweisung zu erleichtern, auf Initiative der Schweiz und zu deren Gunsten. «Diepoldsau prägte die gesamte schweizerische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs», sagt Barbara Thimm. Valérie Arato ergänzt: «Hier entfalten die damaligen Fluchtgeschichten eine enorme Kraft.»

In Diepoldsau war auch der St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüninger oft anwesend, auch auf der Betonbrücke, auf der wir nun stehen. Der Ort lag in seiner Zuständigkeit. Die Brücke führt über ein Sumpfgebiet des Alten Rheins. Seit vierzehn Jahren heisst sie «Paul-Grüninger-Brücke», zu Ehren des Beamten. Er widersetzte sich der Schliessung der Grenze und den Befehlen seiner Vorgesetzten. In Diepoldsau liess er ein Flüchtlingslager einrichten und rettete bis 1939 Tausende jüdische und andere Verfolgte vor der Ermordung durch die Nationalsozialisten – bis er suspendiert und verurteilt wurde, worauf er sich als geächteter Aushilfslehrer durchbringen musste. 1995 wurde er postum rehabilitiert.

Grüningers Geschichte wird im Vermittlungszentrum im Zollhaus mit Sicherheit erzählt werden, neben gelungenen und gescheiterten Fluchten. Barbara Thimm berichtet von einer Frau, die 1942 von der österreichischen Grenzschutz am Zaun aufgegriffen wurde und sich auf dem Polizeiposten vergiftete, um ihrer Deportation zuvorzukommen. Doch auch die Geschehnisse an anderen Schweizer Grenzorten werden Thema sein.

Wie sie im Zentrum konkret dargestellt werden, ist noch offen, so wie vieles andere auch. Aber die Vermittlung wird viersprachig erfolgen, inklusive Englisch. Und sie wird, auch das steht fest,

die Gegenwart einbeziehen. Die zwei Frauen sind sich einig: Flucht und Migration sind aktueller denn je. «Die Menschenrechte und das Asylrecht, ja die Demokratie stehen unter Druck wie seit langem nicht mehr», sagt Valérie Arato. «Auch davon soll das Vermittlungszentrum erzählen.»

Das Zollhaus ist kürzlich renoviert worden, zum Glück sanft. «Im Inneren hat das Haus eine historische Aura, was uns entgegenkommt», sagt Thimm. Noch sind hier Zöllnerinnen und Zöllner im Einsatz. «Das Nebeneinander von Zollstation und Vermittlungszentrum wäre wohl eine Herausforderung», sagt Arato. Immerhin plant der Kanton St. Gallen, den Diepoldsauer Grenzübergang vom Verkehr zu entlasten, womit ein Teil des Hauses frei würde. Thimm kann sich seine Erweiterung mit einem Turm und eine Bemalung mit einer auffälligen Farbe vorstellen, damit Vorbeifahrende und Besucherinnen auf den ersten Blick merken, dass das unscheinbare Gebäude kein gewöhnliches ist.

Vom Turm aus sähe man den Schlossberg, der über Hohenems thront. Manche Flüchtlinge bestiegen ihn, um sich einen Überblick über das Gelände zu verschaffen. Sie sahen die Strasse hinüber nach Diepoldsau, das zum Greifen nah schien, wie eine Fata Morgana.

Und wieso das Projekt heute, achtzig Jahre nach dem Krieg? «Die Verstrickungen mit Nationalsozialismus und Faschismus anzuerkennen und dafür Verantwortung zu übernehmen, scheint noch immer eine Herausforderung zu sein», sagt Arato. «Aber die Schweiz ist bereit, den Weg zum ersten offiziellen Memorial zu gehen.» Das Denkmal ist beschlossen, die Finanzierung aber noch nicht ganz geregelt. Die Eröffnung des Vermittlungszentrums im Zollhaus ist für 2029 geplant.

Das Memorial, das im Niemandsland der Peripherie stehen wird, die von den Infrastrukturen des Transits gezeichnet ist – das passt. Hier setzte der Bundesstaat seine zentrale Order durch, ging die Geschichte ans Lebendige, hatten ein paar Verfolgte Glück, andere wurden ihrer Ermordung ausgeliefert. Die Peripherie war für ein paar Jahre im Auge des Sturms. | G |

swissmemorial.ch

Impressum

Ausgabe 62, Februar 2026

Redaktion

Redaktionelle Leitung: Claudia Mäder

Redaktion: Daniel Di Falco

Art Direction: Claudio Gmür

Bildredaktion: Barbara Stauss

Korrektorat: Andrea Suter, Barbara Walder

Ressortleiter Kultur und Geschichte der «NZZ am Sonntag»

Peer Teuwsen

Verlag

Neue Zürcher Zeitung AG, Postfach, CH-8021 Zürich

Leserservice

Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch

www.nzz.ch/leserservice

Adresse Redaktion

NZZ Geschichte, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich

Tel. +41 44 258 11 11, geschichte@nzz.ch

Jahresabonnement

NZZ Geschichte (inkl. E-Paper):

98 Fr. (Schweiz), 107 € (Deutschland und Österreich),

107 Fr. (übriges Ausland)

NZZ Geschichte digital (E-Paper):

98 Fr. (Schweiz), 90 € (Ausland)

Tel. +41 44 258 10 00, go.nzz.ch/geschichte

Einzelheftbestellung (inkl. Mehrwertsteuer)

19 Fr. (Schweiz und Ausland),

shop.nzz.ch/geschichte, shop@nzz.ch

Anzeigenverkauf

NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG

Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich

Tel. +41 44 258 16 98, sales@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch

Predi Vukovic-Häfliger, Product Manager

Tel. +41 44 258 12 62, predi.vukovic@nzzzone.ch

Konzept und Creative Direction

Winkreative

Druck

Multicolor Print AG, Baar

Management

Unternehmensleitung: Felix Graf

Projektleitung: Adrian Dinser

Nächste Ausgabe

26. März 2026

ISSN 2297-2722

© 2026 Neue Zürcher Zeitung AG

Korrigendum: Wir bitten um Entschuldigung für zwei Fehler, die uns in der letzten Ausgabe im Interview und im Artikel Feiern mit Leichen unterliefen:

Napoleon war 1797 und 1800 in der Schweiz, und er trieb auch die Eroberung von 1798 und damit den Untergang der Alten Eidgenossenschaft voran. Den Feldzug selbst führten dann aber andere französische Generäle an.

Gegen den Schmuggel von Kulturgütern ist die Schweiz nicht gefeit. Aber anders als geschrieben, ist auch für die Einlagerung von Waren in Zollfreilagern eine Einfuhrgenehmigung nötig.

NZZ | Live

Veranstaltungsausblick

7. Februar 2026

11.30 Uhr | Filmpodium, Zürich

Das wilde Feld – Berichterstattung aus der Ukraine

12. März 2026

19.30 Uhr | Volkshaus, Zürich

Bas Kast über Sinn und Unsinn von Nahrungsergänzungsmitteln



24. März 2026

20.00 Uhr | Kaufleuten Festsaal, Zürich

Die Last der Vergangenheit – Niklas Frank über Schuld und Erinnerung

1. April 2026

18.30 Uhr | NZZ-Foyer, Zürich

Von Nairobi in die Welt: Ein Korrespondentengespräch mit Samuel Misteli



13. April 2026

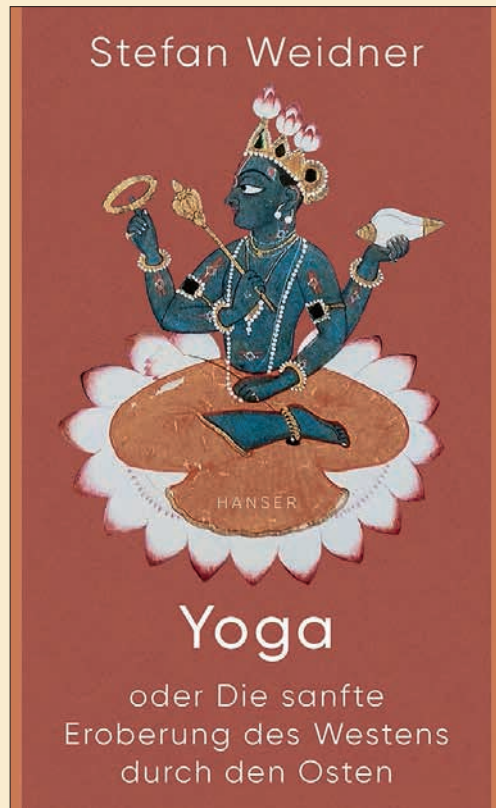
18.30 Uhr | NZZ-Foyer, Zürich

Castello di Ama: das Topweingut aus dem Chianti Classico

Eine Übersicht über alle Veranstaltungen der NZZ finden Sie unter: nzz.ch/live

Dehnübung für den Geist

Stefan Weidner: Yoga oder Die sanfte Eroberung des Westens durch den Osten. Hanser 2025. 416 S., um 44 Fr.



cmd. Millionen Menschen machen regelmässig den Hund oder die Kobra. Dass sich die halbe Welt so verrenkt, finden aber nicht alle gut: Das Praktizieren von Yoga sei kulturelle Aneignung, hiess es in den letzten Jahren öfters. Das Buch des Islamwissenschaftlers Stefan Weidner zeigt dagegen, wie witzlos es ist, eine Philosophie – denn das ist Yoga im Grunde – als Besitz eines Landes zu sehen. Auf dem Weg durch die Jahrtausende macht man etwa im islamischen Mittelalter halt, wo ein Übersetzer

die indische Spiritualität ins Gelehrtenpublikum trug. Man erfährt, wie die Kolonialzeit in Indien die Suche nach Traditionen ankurbelte, wie diese sich mit dem Zeitgeist paarten und Yoga sich um 1900 mit dem westlichen Interesse an der Psyche vermischte. Und zuletzt begreift man auch, dass es den modernen Sport- und Körperkult brauchte, um Yoga von der spirituellen zur gymnastischen Praxis werden zu lassen. Kurz, dieses Buch ist perfekt geeignet, die Beweglichkeit des Geists zu trainieren.

Tod auf Hawaii

Hampton Sides: Cooks letzte Reise. Mare 2026 (erscheint am 24. Februar). 512 S., um 46 Fr.

ddf. War es ein Parasit, der ihm erst die Gesundheit raubte und dann den Verstand? Oder wurde er gallig nach dem Scheitern seiner Mission, die Nordwestpassage zu finden, den Weg vom Pazifik in den Atlantik? Tatsache ist: Als der britische Entdecker James Cook auf seiner dritten Weltreise 1779 Hawaii erreicht, ist kaum etwas übrig von der Humanität und der Weisheit, mit der er sich bekannt gemacht hat. Nach dem Diebstahl einer Ziege lässt Cook Dörfer niederbrennen. Und dann kommt er in einer Rauferei mit Einheimischen um. Das Rätsel des Captain Cook kann auch der amerikanische Autor Hampton Sides nicht lösen. Aber er recherchiert und erzählt dessen letzte Reise so akribisch und lebendig wie kaum einer sonst. Und er reflektiert sie umfassend: als tragische Geschichte eines Entdeckers, der beim Entdecken bemerkt, dass Entdecken immer schon Erobern bedeutet.



Butter statt Margarine

Harald Jähner: Wunderland. Rowohlt 2025. 480 S., um 47 Fr.

rib. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Hitlerdeutschland. Doch vielleicht war der Zweite Weltkrieg erst zehn Jahre später ganz vorbei. 1955 endete das Besatzungsstatut, die Bundesrepublik Deutschland wurde zum souveränen Staat, die letzten Kriegsgefangenen aus Sibirien kehrten zurück. Und das Wirtschaftswunder setzte ein. Erstmals wurde wieder mehr Butter als Margarine gegessen, mehr Bohnenkaffee als Surrogat getrunken. Der Fernseher wurde Mittelpunkt des Haushalts. Nie wieder wurden so viele Kinder



geboren, so viele Überstunden gemacht und wurde so viel Alkohol getrunken wie damals. Der Autor Harald Jähner erzählt von den Aufschwungsjahren, die das Selbstverständnis der Deutschen noch heute prägen. Und von einer Gesellschaft, die erst mit dem Konjunkturbuch 1967 aus dem Taumel des neuerworbenen Wohlstands erwachte.

Stalins Rückkehr

Irina Scherbakowa: Der Schlüssel würde noch passen. Moskauer Erinnerungen. Droemer 2025. 320 S., um 38 Fr.



cmd. Wenn man den Menschen die Augen für die Vergangenheit öffnet, werden sie dann zu wachernen Zeitgenossen? Ja, glaubte Irina Scherbakowa 1989. Die russische Historikerin hat damals die Organisation Memorial mitgegründet, um an die Opfer des Sowjetregimes zu erinnern. Kurz darauf wurden viele Archive geöffnet, Scherbakowa war sich sicher, dass das Russland dauerhaft verändern würde. Heute macht sie sich keine Illusionen mehr über die Kraft der «historischen Wahrheit». In ihren eindrücklichen Erinnerungen beschreibt sie, wie sich im Land schleichend eine Sowjetnostalgie ausbreitete, wie der Staat die Erzählung vom heldenhaften Reich zurückbrachte – und in der Schule an eine neue Generation weitergab. Stalin? Der sei ein «effizienter Manager» gewesen, sagte ihr ein Schulmädchen fünf Jahre nach Putins Machtübernahme.

Der Wille zählt

Christoph Safferling: Ohnmacht des Völkerrechts. dtv 2025. 320 S., um 36 Fr.

ddf. Der russische Überfall auf die Ukraine, Israels Kriegsführung in Gaza, das Kidnapping des venezolanischen Staatschefs durch die USA: Das Völkerrecht sah schon bessere Zeiten, da macht Christoph Safferling dem Leser nichts vor. Aber gerade mit diesem Realismus empfiehlt sich sein Buch. Was macht das Völkerrecht aus, woher kam es, welche Krisen überstand es schon? Der deutsche Rechtswissenschaftler weiss all das laientauglich zu erklären – genau wie den Umstand, dass das internationale Recht noch nie automatisch Frieden schaffen konnte, denn anders als anderen Rechtssystemen mangelt es ihm an Institutionen, die Verstösse ahnden könnten. Umso mehr lebt es von der Überzeugung, vom Glauben der Nationen an eine vernunftgetragene Weltordnung. Und an diesem Glauben sieht Safferling – so viel Hoffnung muss sein – weltweit keinen Mangel.



Die Politik kocht mit

Wolfgang Brenner: Herdfeuer und Hochkultur. Eine andere Geschichte des Kochens. Reclam 2026 (erscheint am 11. Februar). 256 S., um 39 Fr.

cmd. Selbst saure Gurken, wer hätte das gedacht, haben eine spannende Geschichte. Dass die Preussen sie im 18. Jahrhundert im grossen Stil zu produzieren begannen, war König Friedrich geschuldet. Als Inhaber des Salzmonopols hat er alle Untertanen verpflichtet, ihm fixe Salz mengen abzukaufen. So kam Geld in seine Kasse, aber was sollten die Leute mit dem vielen Salz machen, das sie gar nicht brauchten? Billiges Gemüse einlegen, lautete eine vernünftige Antwort. Die Episode illustriert, was Wolfgang Brenner in seinem Buch betont: Was



die Menschen assen, war selten eine rein private, sondern oft eine sehr politische Sache. Das ist zwar nicht besonders überraschend. Aber die Erzählung, die von der Urzeit bis in die Gegenwart reicht, ist mit so vielen guten Geschichten garniert, dass man ihr mit Freude folgt.

So ginge Frieden

Daniel Gerlach: Die Kunst des Friedens. Eine andere Geschichte des Nahen Ostens. Bertelsmann 2025. 352 S., um 37 Fr.



läu. Der erste völkerrechtliche Vertrag ist 3300-jährig. Pharao Ramses II. und der Hethiterkönig Hattusili III. vereinbarten damals in Keilschrift «guten Frieden». Doch auch die politische Propaganda wurde früh erfunden: Schon der Perserkönig Darius I. inszenierte sich selbst als Verteidiger der Wahrheit und seine Gegner als Lügner. Wer aber Frieden will, muss von solch spalten der Rhetorik Abstand nehmen. Das zeigt der Journalist und Orientalist Daniel Gerlach in seiner multiperspektivischen Geschichte der Diplomatie im Nahen Osten. Diese funktionierte seit je dank Vermittlern hinter den Kulissen, die den Konfliktparteien beim Verhandeln halfen, von frühchristlichen Bischöfen über osmanische Diplomaten bis zum Emir von Katar. Gerlach weiss, wovon er spricht: Er ist selbst als Berater bei Friedensdialogen tätig, zuletzt in Syrien.

«Keine Schmutzfugen!»

Helmut Stalder: Franke. Pioniere des Edelstahls. Verein für wirtschaftshistorische Studien 2025. 160 S., um 33 Fr.

ddf. Kann man die Welt mit Spülbecken erobern? «Ganz aus rostfreiem Chromnickelstahl», hiess es in der Reklame der Metallwarenfabrik Franke in Aarburg bei Olten: «Vollkommen nahtlos. Keine Schmutzfugen!» Tatsächlich war Hermann Franke einer der Ersten, der in den frühen 1930er Jahren den neuartigen Edelstahl in die Schweiz importierte und ihn – in Form eines geschweissten Spültischs mit Ausgussbecken und Abtropfblech – in die Küchen brachte. «Diese Innovation war der Durchbruch», schreibt Helmut Stalder. Der Historiker erzählt von einem Werkstoff, der zu einer Selbstverständlichkeit in unserem Alltag wurde. Vor allem aber von einer Firma, die in nur vier Generationen von der Hinterhofwerkstatt zum Weltkonzern aufstieg. Und – auch das ist aussergewöhnlich an diesem Fall helvetischer Industriegeschichte – ein Weltkonzern blieb.



Aufruhr um einen preussischen Prediger

Christopher Clark: Skandal in Königsberg. DVA 2025. 224 S., um 38 Fr.

rib. Beweise hatte niemand, aber Gerüchte gab es genug. Und das reichte für eine Anklage. Im Oktober 1835 lud das höchste kirchliche Verwaltungsorgan Preussens Johann Wilhelm Ebel zu einer Befragung vor. Dem lutherischen Prediger an der Altstädtischen Kirche in Königsberg wurde vorgeworfen, er habe mit seinem Freund Georg Heinrich Diestel eine Sekte gegründet. Von sexuellen Eskapaden war die Rede. Eine junge Frau sei an übermässiger Erregung gestorben. Der Fall wurde zur Affäre. Höchste Kreise waren involviert, die Behörden gerieten in



Aufruhr. Christopher Clarks Buch ist die Anatomie eines Skandals, der sich heute genau so abspielen könnte. Die Prediger wurden abgesetzt. Sieben Jahre später wurden die Urteile revidiert. Die Anschuldigungen waren haltlos. Doch das kümmerte niemanden mehr.

Umbrüche überall

Manfred Pfister: Englische Renaissance. Galiani Berlin 2025. 480 S., um 129 Fr.



cmd. Dass ein Buch ein «Panorama» entfalte, schreiben Rezensenten oft und gern. Für das Werk von Manfred Pfister gibt es aber wirklich kein besseres Wort: Mit gut fünfhundert Originaltexten und einer Fülle von Illustrationen führt einem der Anglist das England der Renaissance vor Augen. Im 16. und 17. Jahrhundert krempelten Philosophen wie Francis Bacon das Denken um, Autoren wie Shakespeare machten das Theater zu einem Zentrum des Lebens. Aber nichts Neues blieb unumstritten: Umbrüche, das macht einem die Vielfalt der Texte bewusst, sind immer mit Unsicherheit verbunden, mit Zwist und Abwehr. Über das «verderbte» Theater etwa wurde permanent gestritten; während die empirische Wissenschaft aufblühte, erstarkte auch die Esoterik, und so manch einer begann angesichts des Wandels von einer verlorenen goldenen Zeit zu träumen.

Republik für 40 Tage

Raphael Rues und Andrej Abplanalp: Kampfzone Ossola. Der Widerstand an der Schweizer Südgrenze 1943–1945. Hier und Jetzt 2026 (erscheint Anfang März). 128 S., um 29 Fr.

ddf. Für viele Italiener begann der Zweite Weltkrieg erst, nachdem sie ihn verloren hatten: 1943, nach der Landung der Alliierten auf Sizilien und dem Sturz Mussolinis, besetzten Hitlerstruppen das Land. Mit den heimischen Faschisten kämpften sie fortan gegen Partisanen und Alliierte. Andrej Abplanalp und Raphael Rues schildern die Geschehnisse dort, wo der Widerstand gegen die Besatzung am erfolgreichsten war: in der Region um Domodossola, an der Schweizer Grenze. Hier errichteten die Partisanen eine Republik, die sie vierzig Tage halten konnten. Und hier spielte auch ein Teil der Schweiz eine bemerkenswerte Rolle: Gegen alle Neutralität bot sich ihnen das Tessin als Versorgungs- und Rückzugsort an. Im März befindet der Nationalrat über die Rehabilitierung jener Schweizer, die die Resistenza unterstützt oder für sie gekämpft haben.



Albert O. Hirschman: Leidenschaften und Interessen

Von Lorraine Daston

Es ist ein kurzes Buch, ein elegantes und ein gelehrtes. Und wenn man es gelesen hat, wird man nie vergessen, was es besagt: wie das Streben nach wirtschaftlichem Gewinn lange von christlichen Theologen als Todsünde verurteilt und schon von antiken Philosophen als unstillbare Begierde geschmäht worden war, dann aber, in den blutgetränkten Zeiten des 16. und 17. Jahrhunderts, herangezogen wurde, um den noch gefährlicheren Leidenschaften politischer Ambition und religiösen Fanatismus entgegenzuwirken. Mitte des 18. Jahrhunderts war aus der Sünde der Habsucht «le doux commerce» geworden: Zähler der Leidenschaften, Motor der Zivilisation, Hüter der politischen Freiheit.

Ich schrieb an meiner Doktorarbeit, als ich das Buch von Albert O. Hirschman erstmals las: *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before Its Triumph* (1977, deutsch *Leidenschaften und Interessen*). Ich wusste kaum etwas über Hirschmans Renommee als Ökonom und politischer Denker, geschweige denn über seinen früheren Kampf gegen den Faschismus, erst im Spanischen Bürgerkrieg, später in der Résistance. Ich hielt



Lorraine Daston, geboren 1951 in Lansing (Michigan, USA), leitete bis 2019 das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin. 2023 erschien von ihr auf Deutsch: *Regeln. Eine kurze Geschichte* (Suhrkamp, Interview in NZZ Geschichte Nr. 50).

ihn für einen Historiker – den faszinierendsten Historiker, den ich je gelesen hatte. Er selbst schien alles gelesen zu haben, von Augustinus über Machiavelli bis Montesquieu, aber auch weniger bekannte Denker wie La Rochefoucauld und Sir James Stuart. Allerdings war die Zahl der Fussnoten schockierend gering und jene der Verweise auf Sekundärliteratur noch geringer. Die meisten Historiker wür-

den wohl lieber nackt in der Öffentlichkeit auftreten, als ihre Fussnoten zu kürzen. Daher erschien mir Hirschmans Minimalismus wie das Schwenken eines roten Tuchs vor einem Stier (so stellte ich mir die Rezensenten in den Fachzeitschriften vor).

Erst später wurde mir klar, dass Hirschmans Buch keine Monografie ist, sondern ein historischer Essay – eine Gattung, die seit der Professionalisierung der Geschichtsforschung im 19. Jahrhundert so gut wie ausgestorben ist. Eine Monografie behandelt ein spezifisches Thema im Detail. Ein Essay hingegen darf über Jahrhunderte und Kontinente hinwegschweifen, scheinbar disparate Ideen verbinden und den Leser ebenso bezaubern wie erhellen. *The Passions and the Interests* bezaubert den Leser, während es ihn überzeugt.

Dieser Zauber liegt ebenso im Stil wie im Inhalt. Auf der einen Ebene ist es eine Geschichte der Idee der «unsichtbaren Hand», die im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert überall auftaucht – in Adam Smiths politischer Ökonomie, in Kants Universalgeschichte oder in Hegels «List der Vernunft»: wie also egoistische Entscheidungen von Individuen unbeabsichtigt Gemeinwohl und Fortschritt fördern können. Auf einer tieferen Ebene jedoch ist es eine Geschichte jener unsichtbaren Hand, die in diesen Argumenten selbst am Werk ist. Es geht um die unbeabsichtigten Folgen der Behauptung, das Eigeninteresse zähme barbarische Leidenschaften und fördere so Freiheit und Frieden.

Tatsächlich schliesst Hirschman sein Buch mit einigen Zeugen des 19. Jahrhunderts, die erkannten, dass aus dem «doux commerce» ein «commerce sauvage» geworden war. Und dass ein Volk, das seinen Komfort und seine Ruhe höher schätzt als seine Freiheit, nur allzu leicht einen Despoten akzeptiert, solange der Aktienmarkt boomt.

Liest man diese Worte heute, fast fünfzig Jahre später, klingen sie unheimlich prophetisch. | G |

Illustration: Agata Marszałek

Kökslåda!

Selber Chuchichästli!

Sprachen öffnen Räume – auch jenseits der Alpen.

Lernen Sie Schweizerdeutsch (oder Schwedisch)
in einem von 380 Sprachkursen der Volkshochschule Zürich.

**VOLKSHOCHSCHULE
ZÜRICH**

vhszh.ch/sprachen





Carlo A. Crameri

Cornfield

Acryl auf Holztafel, 140 x 104 cm

GAYA

paf.bz

Glutmut.com